

Menschenrechts- verteidiger

im Bundesstaat Guerrero



*Widerstand und Initiativen
der mexikanischen
Zivilgesellschaft zur
Verteidigung und Förderung
der Grundrechte*

Peace Brigades
International
Mexiko Projekt



Menschenrechtsverteidiger im Bundesstaat Guerrero

Widerstand und Initiativen der
mexikanischen Zivilgesellschaft
zur Verteidigung und Förderung
der Grundrechte

Peace Brigades International
Mexiko Projekt



Titel: Menschenrechtsverteidiger im Bundesstaat Guerrero.
Widerstand und Initiativen der mexikanischen Zivilgesellschaft
zur Verteidigung und Förderung der Grundrechte.

Autoren: Susana Nistal und Iñigo Prieto

Koordination: Sergi Bach

Übersetzung aus dem Spanischen: Gregor Maaß

Überarbeitung und Korrektur: Alexander Blessing, Hannelore Maaß

Edition und Vertrieb: Peace Brigades International

Design und Layout: Wolfgang Ecker und Teresa Treiber

Druck: Gráficas Luna

Fotografien: Peace Brigades International, Centro de Derechos
Humanos de la Montaña Tlachinollan und Red Guerrerense de
Organismos Civiles de Derechos Humanos

Karten: Gregor Maaß

Finanzierung: Bundesministerium für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)



Mexiko, Dezember 2007.

Peace Brigades International | Mexiko Projekt
P.O. BOX 40007 | San Francisco | CA 94140 USA
Tel. +1 415 287 0895
pbimexico@pbi-mexico.org | www.pbi-mexico.org

Danksagung

Diese Publikation ist das Ergebnis des Engagements und des Einsatzes all jener Personen, die seit den Anfängen an der Arbeit von PBI in Mexiko mitgewirkt haben und das Projekt dadurch ermöglichten. Insbesondere richten wir unseren Dank und unsere Anerkennung an: Die Personen aus der Zivilgesellschaft, die mit uns ihre Zeit, ihre Erlebnisse, ihre Ansichten sowie ihre Analyse geteilt haben. An die interviewten Personen aus Behörden und Ämtern, die uns ihre Arbeit vorstellten. An alle Freiwilligen und all jene Personen, die die Arbeit von PBI in Mexiko seit den Anfängen möglich gemacht haben. An alle Freiwilligen, Freunde und Verwandten, die uns bei der Durchführung der Interviews, bei den Transkriptionen, der Überarbeitung und der Übersetzung dieser Seiten mit ihrer Zeit, mit Geduld und mit konstruktiver Kritik unterstützten. An das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung für die Finanzierung der Publikation und an PBI Deutscher Zweig e.V. für die Ermöglichung dieser Finanzierung.

Inhalt

Einleitung

Vorstellung	7
Methodologie	9
Die Verteidigung der Menschenrechte in Guerrero. Ein historischer Abriss	11



Die Verteidigung der Menschenrechte. Organisationen, Forderungen und Initiativen

Die Straflosigkeit und das Justizsystem	20
Auswirkungen der Straflosigkeit auf Gesellschaft und Staat	21
Die Angehörigen der Verschwundenen. AFADEM	24
Zugang zur Justiz für alle. Das Menschenrechtszentrum <i>Tlachinollan</i>	27
Frauen und der Zugang zur Justiz. Das Menschenrechtsnetzwerk <i>Red Guerrerense</i>	30
Die Problematik der Militarisierung	32
Der Militarisierungsprozess und seine Auswirkungen	33
Organisationen der indigenen Völker <i>Na Savi</i> und <i>Me'Phaa</i>	36
Die Rechte der indigenen Bevölkerung und Autonomievorschläge	45
Sicherheit, Justiz und gemeinschaftliche Umerziehung in den Regionen Costa Chica und Montaña	46
Radio <i>Nomndaa</i> . Die Sprache des Wassers	52
Natürliche Ressourcen und Entwicklungsprojekte	58
Die Umweltschutzorganisationen der <i>Campesinos Ecologistas</i> und der <i>Mujeres Ecologistas</i> : Kampf für den Erhalt der Wälder und das Recht auf Nahrung	59
Kampf ums Wasser. Das Wasserkraft-Projekt La Parota und die Bucht von Zihuatanejo	65
Von der Mine sollen alle profitieren. Das Gold von Carrizalillo	71

Der mexikanische Staat und die sozialen Forderungen

Staatliche Politik und Menschenrechte	76
Mexikos Rolle in den internationalen Menschenrechtsinstanzen	76
Der UN-Menschenrechtsbericht und der Nationale Menschenrechtsplan	81
Die Sonderstaatsanwaltschaft FEMOSPP	82
Erfolge und Herausforderungen für den Bundesstaat Guerrero	85
Öffentliche Sicherheit und Militarisierung	90
Die Militarisierung der öffentlichen Sicherheit	90
Die öffentliche Sicherheit im Bundesstaat Guerrero	92
Militärjustiz: Beschwerden vor den internationalen Instanzen	94
Entwicklungspolitik und Kampf gegen die Armut	97
Der Landbesitz	97
Armutsbekämpfung und Infrastrukturinvestition	100
Politik für soziale Entwicklung im Bundesstaat Guerrero	103



Schutzmechanismen für Menschenrechtsverteidiger

Verteidigung der Menschenrechte:	
Die Begleitung von PBI in Guerrero	106
Schlussfolgerungen: Aktionen zum Schutz der Menschenrechtsverteidiger	112

Anhang	114
---------------	------------

Abkürzungsverzeichnis	116
------------------------------	------------

Bibliografie	118
---------------------	------------



Hintergrund

Peace Brigades International (PBI) ist eine von den Vereinten Nationen anerkannte internationale Menschenrechtsorganisation, die Anfragen von Organisationen nachgeht, die sich gewaltfrei für einen sozialen Wandel und die Umsetzung der Menschenrechte einsetzen. Das von PBI entwickelte Konzept der internationalen Begleitung trägt zum Schutz von Personen bei, die aufgrund ihrer Arbeit von politischer Gewalt bedroht sind. Auf diese Weise bleiben Handlungsräume für eine gewaltfreie Konfliktbearbeitung erhalten. Der Aufbau eines internationalen Freiwilligenteams in Mexiko begann im Jahr 1999. Ende 2001 wurden auf ausdrückliche Anfrage verschiedener lokaler Organisationen die ersten Begleitungen im Bundesstaat Guerrero durchgeführt. Seitdem konzentriert sich die Arbeit von PBI auf diesen Bundesstaat.

Dieser Bericht ist vor allem ein Ausdruck unserer Anerkennung und unseres Respekts gegenüber der Vielfalt und Kreativität der zivilgesellschaftlichen Initiativen, die sich in Guerrero für die Förderung und den Respekt der Menschenrechte einsetzen. Die Fragen mit denen sich Menschenrechtsverteidiger¹ in Guerrero auseinandersetzen, spiegeln allgemeine Problematiken wider, die von der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Globalisierung geprägt sind und die Wahrung der Menschenrechte verhindern. Der Bericht greift beispielhaft die Ansichten jener Organisationen auf, die PBI während dieser Zeit näher kennen lernen konnte. Auf diese Weise soll aufgezeigt werden, wie verschiedene soziale Akteure mit großem Engagement neue Ansätze und Initiativen entwickeln, um mit ihrer alltäglichen Realität umzugehen und sie zu verändern.

Die Vorbereitungen der Arbeit von PBI in Mexiko begannen bereits im Jahr 1994, nachdem im Zusammenhang mit dem Aufstand der Zapatisten eine verstärkte internationale zivile Präsenz in Chiapas angefragt wurde. Für PBI bedeutete die Arbeit in Mexiko eine Ausweitung und Fortführung der bisherigen Aktivitäten in Zentralamerika, insbesondere in Guatemala und El Salvador. Im Anschluss an verschiedene vorbereitende Schritte wurde schließlich in der Generalversammlung 1998 der Aufbau eines Projektes in Mexiko entschieden. Ziel des Mexikoprojektes war es zunächst in den Bundesstaaten Oaxaca und Guerrero zu arbeiten. In Chiapas existierte zum Zeitpunkt der Projektgründung bereits eine breite internationale Präsenz von Organisationen mit unter-

1 Zur besseren Lesbarkeit wurde in diesem Bericht auf die Geschlechterdifferenzierung verzichtet.

schiedlichen Mandaten. Daher stellte PBI fest, dass es dort am zweckmäßigsten sei über eine Mitgliedschaft in der Koalition Internationaler Dienst für den Frieden (SIPAZ) aktiv zu werden.

In Oaxaca und in Guerrero geschehen tragische Menschenrechtsverletzungen, die von internationalen Organisationen wie *Amnesty International* und *Human Rights Watch* dokumentiert wurden, und deren Auswirkungen sich durch die Auflösung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes und in der Zersplitterung der Zivilgesellschaft bemerkbar machen. In Guerrero begann die Begleitarbeit von PBI schließlich durch eine Anfrage der Menschenrechtskommission *La Voz de los Sin Voz*. Im Bundesstaat Oaxaca wurden seitdem regelmäßige Besuche und Begleitungen durchführt.

Die Vereinigten Mexikanischen Staaten (Mexiko) sind ein Zusammenschluss aus 31 freien und souveränen Bundesstaaten sowie dem Hauptstadtdistrikt (Distrito Federal). Sie verfügen jeweils über ihre eigene Verfassung und einen eigenen Kongress. Der Bundesstaat Guerrero ist in 81 Gemeinden unterteilt, die ebenfalls mit einer ausgeprägten Autonomie ausgestattet sind und ihre eigenen Gemeinderäte und Bürgermeister wählen. Die Gemeinden gliedern sich in sieben Regionen: Acapulco, Centro, Norte, Tierra Caliente, Costa Grande, Costa Chica und Montaña.

Seit den ersten Erkundungen im Rahmen der Projektvorbereitung ist PBI darauf aufmerksam geworden, dass die Konflikte in Mexiko komplex und dauerhaft sind und das Land durch soziale und regionale Ungleichheiten charakterisiert ist. Viele der Konflikte haben ihren Ursprung in der Auseinandersetzung über Landbesitz und Naturressourcen, wobei häufig auch die Interessen von multinationalen und halbstaatlichen Unternehmen eine Rolle spielen. Die föderative Struktur des Landes sowie die ausgeprägte Unabhängigkeit der Bundesstaaten und Gemeinden tragen wesentlich zur Komplexität der politischen Konflikte und Menschenrechtsverletzungen bei. Denn trotz etlicher Verbindungen zwischen nationaler, bundesstaatlicher und kommunaler Regierungsebene entstehen jeweils unterschiedliche Dynamiken und werden häufig verschiedene Interessen verfolgt.

Dieser Bericht ergänzt die internationale Schutzbegleitung von PBI. Er soll über die Menschenrechtsverletzungen an Indigenen- und Bauernbewegungen in Guerrero und Mexiko informieren und damit zu Veränderung beitragen. Die hier vorgestellten Fälle und Probleme beziehen sich sowohl auf die Verteidigung der bürgerlichen und politischen Freiheitsrechte als auch die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen

Rechte sowie die Umweltrechte. Die vorgestellten Organisationen gehören keiner politischen Partei an und arbeiten ausschließlich mit gewaltfreien Methoden. Als solche sind sie Opfer von Repression geworden und erfüllen damit die Kriterien, unter denen PBI internationale Schutzbegleitung ermöglicht.

Methodologie

Dieser Bericht ist das Ergebnis der jahrelangen Erfahrung des Mexiko-Projektes von PBI. Grundlage des Textes sind eine Reihe von Interviews aus den Monaten Juli bis November 2007 (siehe Anhang), ergänzt durch Informationen aus öffentlichen Quellen (siehe Bibliografie).

Den Prinzipien von PBI entsprechend haben wir darauf geachtet, verschiedenste Akteure einzubeziehen, um sowohl die Ansichten von Mitgliedern der Zivilgesellschaft zu reflektieren als auch die Meinungen der mexikanischen Behörden sowie einiger Vertreter von internationalen Organisationen aufzugreifen. Aus diesen Interviews entstand ein erster Entwurf, in den wir Anmerkungen und Ergänzungen von verschiedenen Experten eingearbeitet haben, die mit dem Mexikoprojekt zusammenarbeiten und sowohl PBI als auch den beschriebenen Kontext von Grund auf kennen. Der vorliegende Bericht ist Ergebnis dieser verschiedenen Beiträge, wobei wir in der Endredaktion die Prinzipien der Nicht-Einmischung und der Überparteilichkeit berücksichtigt haben.

Der erste Teil des Berichtes stellt die Arbeit und die Initiativen von sozialen Organisationen und Menschenrechtsorganisationen im Bundesstaat Guerrero, entlang der folgenden vier zentralen Themenbereiche, vor: Zugang zum Rechtssystem und Kampf gegen Straflosigkeit; Problematik der Militarisierung; Rechte der indigenen Bevölkerung und ihre Autonomievorschlüsse; und Kampf der Landbevölkerung um Landrechte und Naturressourcen. Entlang dieser vier zentralen Thematiken wird die Arbeit der Menschenrechtsverteidiger, sowie die Schwierigkeiten und Risiken mit denen sie konfrontiert sind, dargestellt.

Im Anschluss werden die Standpunkte und die Vorschläge der mexikanischen Behörden und der internationalen

Organisationen zu den genannten Themen vorgestellt. Hier ist hervorzuheben, dass es sich bei den staatlichen Initiativen vor allem um Reaktionen auf die Forderungen der sozialen Akteure handelt. In einem abschließenden Teil werden, ausgehend von der Auffassung und der Analyse von PBI, die Gefahren und Risiken für Menschenrechtsverteidiger in Guerrero analysiert und die internationale Schutzbegleitung durch PBI in Guerrero diskutiert.

Damit die verschiedenen sozialen Bewegungen in ihrem Kontext verstanden werden können, erfolgt jeweils eine kurze Einführung zu ihrer Entstehungsgeschichte und zur Arbeit in der jüngsten Vergangenheit. Am Ende des Berichtes ist ein Anhang beigefügt, dem eine Auflistung der interviewten Personen, eine Liste der von PBI in Guerrero begleiteten Organisationen und eine Liste mit weiteren Organisationen zu denen PBI in Guerrero Kontakte hält, entnommen werden kann.

Die Verteidigung der Menschen- rechte in Guerrero. Ein historischer Abriss

Seit der Gründung des Bundesstaates wurde Guerrero immer wieder durch breite Widerstandsbewegungen erschüttert, die Konflikte um Landbesitz und Auseinandersetzungen über die verschiedenen Entwicklungsmodelle von Bauern und Kaziken² zum Ausdruck brachten. Für Abel Barrera³ ist eines der charakteristischsten Eigenschaften Guerrereros die autoritäre und repressive Form des Regierens, die auf Unterwerfung und Kontrolle der Bevölkerung ausgerichtet ist. Die Kaziken und die Machtausübung mit Waffen, sowie die Gewalt und die Anwendung von Folter, haben den dauerhaften Notstand einer verrohten Gesellschaft bewirkt, aus der sich die Bevölkerung ebenfalls mit Waffen erhoben hat. So zeigt die Geschichte der sozialen Bewegungen in Guerrero, die sich teils zivil, teils bewaffnet mobilisiert haben, dass jegliche Demokratisierungstendenzen stets mit Gewalt unterdrückt worden sind und die Verantwortlichen in die Straffreiheit entkommen.

Die Gründung des Bundesstaates geht auf die Mitte des 19. Jahrhunderts zurück. Im Umfeld von Persönlichkeiten wie Vicente Guerrero und Juan N. Álvarez entwickelten sich Bauern- und Indigenenbewegungen, die sich für den Föderalismus und für verbesserte Bedingungen in der Agrarwirtschaft einsetzten, da sich so eine Möglichkeit bot politische Autonomie und die Selbstverwaltung der Naturressourcen zu sichern.⁴ Während der mexikanischen Revolution, zu Beginn des 20. Jahrhunderts, entstanden in Guerrero Bewegungen, deren Auswirkungen landesweit von Bedeutung waren. Ihre wesentliche Forderung war die Durchführung einer Agrarreform, da die liberale Politik des 19. Jahrhunderts und die Gesetze zur Enteignung von Gemeinden- und Kirchenbesitz

- 2 Als Kaziken werden Personen bezeichnet, die aufgrund ihrer wirtschaftlichen, politischen oder religiösen Macht über großen Einfluss innerhalb einer Dorfgemeinschaft verfügen.
- 3 Dieser Abschnitt basiert im Wesentlichen auf einem Interview mit dem Anthropologen Abel Barrera, Direktor des Menschenrechtszentrums *Tlachinollan*, 24. Juli 2007.
- 4 Bustamante Álvarez, Tomás, *Los campesinos en la reinvencción de Guerrero*, In: Bustamante Álvarez, Tomás und Sarmiento Silva, Sergio (Koordination) *El Sur en movimiento. La reinvencción de Guerrero en el S XXI*, Mexiko, Ed. Laguna, 2001, S. 161-166.

(*leyes desamortizadoras*) die Mehrheit der Bevölkerung um ihr Land gebracht hatten.⁵ Die wirtschaftliche Entwicklung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts war lediglich auf die Hauptstadt Chilpancingo und auf die touristische Region Acapulco begrenzt. Die anderen Regionen wurden zunehmend marginalisiert, verbunden mit der Ansicht, dass sie nicht zur Entwicklung Guerreros beitragen können (insbesondere die Region Montaña, aufgrund des vorwiegend indigenen Hintergrunds). Die Nutzung der anderen Regionen begrenzte sich auf die Ausbeutung ihres Reichtums an Naturressourcen (Holz, Metalle, und in jüngster Zeit der Anbau von Drogen).

Zivilgesellschaftliche Bewegungen

In den fünfziger und sechziger Jahren entstanden soziale Bewegungen von Bauern und Lehrern. Sie kritisierten die niedrigen Preise für Agrarprodukte, die Verarmung, die strukturelle Gewalt und die Straflosigkeit. Das Problem der Straflosigkeit war im ländlichen Raum, im Kontext von Kaziken und der Korruption unter den Regierungen der Partei der Institutionalisierten Revolution (PRI), besonders gravierend. Der Lehrer Genaro Vázquez Rojas gründete 1959 eine Agrarorganisation mit dem Namen Bürgervereinigung Guerreros (ACG) und später auf nationaler Ebene die Unabhängige Bauerngewerkschaft (CCI). In Atoyac bildete der Lehrer Lucio Cabañas Barrientos die Partei der Armen (PDLP), eine Studenten- und Bauernorganisation. Der Protest dieser Organisationen sah sich bald mit gewaltsamer Repression von Seiten der Polizei konfrontiert, was die Radikalisierung einiger Gruppen verursachte, die sich schließlich für den bewaffneten Kampf entschieden. Cabañas bildete 1967 die Guerilla *Brigadas Campesinas Justicieras* und Vázquez im Jahr darauf die Guerilla *Acción Cívica Nacional Revolucionaria* (ACNR).

Von diesem Moment an entwickelte der mexikanische Staat ein militaristisches Verständnis von nationaler Sicherheit.⁶ Zu dem Zeitpunkt als sich auf nationaler Ebene die Studenten- und Demokratiebewegungen herausbildeten, war Guerrero bereits ein militarisierter Bundesstaat. Das Militär führte bis Anfang der achtziger Jahre in Zusammenarbeit mit der Bundeskriminalpolizei und den Polizeieinheiten des Bundesstaates Guerrero einen Krieg mit rechtswidrigen Methoden. Diese Periode wird als »schmutziger Krieg« (*guerra sucia*) bezeichnet. Opfer der Repression waren sowohl Mitglieder der sozialen Organisationen als auch die Bevölkerung. Das grundlegende Ziel des »schmutzigen Krieges« war, den

5 Bustamante Álvarez, Tomas, Ebd. S. 164-165.

6 Menschenrechtszentrum *Tlachinollan, Militarización en Guerrero*, San Cristóbal de Las Casas, *Primer encuentro hemisférico frente a la militarización*, 6.-9. Mai 2003. <<http://www.laneta.apc.org/scl/desmilitarizacion/encuentro/ponencias/-santiago.htm>>.



bewaffneten Aufstand von Vázquez und Cabañas zu beenden. Zu den dafür angewandten Methoden zählten willkürliche Festnahmen, Amtsmissbrauch, Folter, Hinrichtungen und vor allem das Verschwindenlassen von Personen. In Guerrero sind 400 Fälle von verschwunden gelassenen Personen aus dieser Zeit dokumentiert, von denen die meisten keine Verbindung zu bewaffneten Gruppen hatten. Die festgenommenen Personen wurden dem Militär übergeben, weshalb die direkte Verantwortung für das Verschwindenlassen beim Militär liegt.⁷ Als Reaktion auf diese Politik begannen sich Ende der achtziger Jahre die Angehörigen der Verschwundenen zu organisieren. Dieser Prozess könnte als Beginn der Menschenrechtsbewegung in Guerrero bezeichnet werden.

Die Kinder, Ehefrauen und Mütter der Verschwundenen begannen das Wiedererscheinen ihrer Familienangehörigen zu fordern. Sie traten dem Staat und den Machthabern entgegen, um den Amtsmissbrauch und die Militarisierung anzu-

7 Interview mit Tita Radilla, Vizepräsidentin der Vereinigung der Angehörigen von Verhafteten, Verschwundenen und Opfern von Menschenrechtsverletzungen in Mexiko (AFADEM), 19. Juli 2007.

klagen und Gerechtigkeit zu fordern. Viele der Familienangehörigen aus Guerrero, insbesondere der Region Costa Grande, schlossen sich Ende der siebziger Jahre in dem auf nationaler Ebene gebildeten Komitee für die Verteidigung von Gefangenen, Verfolgten, Verschwundenen und politischen Exilanten an.

Parteipolitische Kämpfe

Laut Abel Barrera hat es trotz der Gewalt in Guerrero stets eine Tendenz zur Demokratisierung gegeben, die jedoch durch die Macht der Kaziken unterdrückt wurde. Das bedeutendste Element des in den sechziger Jahren beginnenden zivilen Aufbegehrens war dabei der Wahlkampf. Die Bauern-, Lehrer- und Indigenenbewegungen besaßen ein ausgeprägtes Parteienverständnis und konzentrierten ihre Anstrengungen auf die parteipolitische Machtübernahme. Trotz der enormen Vielfalt an Bewegungen entstand aus diesem Grund keine gefestigte, starke Zivilgesellschaft, die sich für die Verteidigung der Menschenrechte, die Rechte der indigenen Bevölkerung, die Rechte der Frauen und für die Umweltrechte einsetzt.

Nach der Wahlreform Ende der siebziger Jahre gewann die Kommunistische Partei 1979 die Wahlen der Gemeinde Alozuca in der Region Montaña. Alozuca war damit die erste Gemeinde, die nicht von der Hegemonialpartei PRI, sondern von einer Oppositionspartei regiert wurde. Die Kommunisten versuchten auch andere Gemeinden der Region zu organisieren und gründeten zu diesem Zweck den Rat der Völker der Region Montaña. Ihr radikaler parteipolitischer Ansatz wurde mit Repression beantwortet, die sich auch auf die Lehrerschaft in Tlapa ausweitete.

Bei den Wahlen im Jahr 1988 gelang es der von Cuauhtémoc Cárdenas angeführten Opposition nicht die Präsidentschaft der Republik zu gewinnen, im Bundesstaat Guerrero erlangte sie jedoch die Mehrheit. Aufgrund dieses Ergebnisses wurde ein Jahr später die Partei der Demokratischen Revolution (PRD) gegründet. Zunächst gewann die PRD in verschiedenen Gemeinden, bis sie 2005 schließlich die Landtagswahlen für sich entscheiden konnte.⁸

1994 entstand in der Region Costa Grande die Bauernorganisation der Südlichen Madre Sierra (ocss), die Unterstützungsleistungen für die Landbevölkerung forderte und große Teile der Bevölkerung mobilisierte. Der soziale Druck ermöglichte es mit der Regierung von Rubén Figueroa Alcocer über die Leistungsforderungen in Verhandlung zu treten. Aber die Regierung missachtete nicht nur die Vereinbarungen: Am 28.

8 Bartra, Armando, *La lucha por el camino largo*, In: Masiosare, Nr. 374, *La Jornada*, 20. Februar 2005.

Juni 1995 führen eine Gruppe von Bauern der *ocss* zu einer öffentlichen Veranstaltung und wurde von Polizeieinheiten des Bundesstaates nahe der Ortschaft Aguas Blancas in einen Hinterhalt gelockt. 17 Mitglieder der Organisation wurden dabei ermordet. Der Gouverneur legte einige Monate später sein Amt ohne strafrechtliche Konsequenzen nieder und die Verantwortlichen des Massakers blieben straffrei. Am ersten Jahrestag des Massakers trat erstmalig die landesweit operierende Guerilla Revolutionäre Volksarmee (EPR) öffentlich in Erscheinung. Später kam es zu Gefechten zwischen EPR und Militär. Die Anführer der *ocss* wurden inhaftiert, gefoltert und als Guerilleros angeklagt. 1997 wurden 14 Mitglieder der PRD ermordet, und der Anführer und ehemalige Abgeordnete Ranferi Hernández musste nach Frankreich ins Exil gehen.⁹

Die achtziger und vor allem die neunziger Jahre waren gekennzeichnet durch die Verfolgung all jener, die sich gegen das Regime der PRI stellten. Etliche Mitglieder der PRD wurden Opfer von Verhaftung, Folter und Mord. Trotzdem wurde in diesen Jahren weiterhin die Gewährleistung der politischen Rechte, das Wiedererscheinen der Verschwundenen und die Befreiung der politischen Häftlinge gefordert. Diese aus parteipolitischen Perspektive gestellten Forderungen waren ein wichtiger Beitrag im Kampf für die Menschenrechte.

Indigene Bewegungen

Obwohl Guerrero einen hohen Anteil an indigener Bevölkerung hat, ist dieser kulturelle Aspekt nicht so sichtbar wie in den anderen südlichen Bundesstaaten von Mexiko. Das fehlende indigene Selbstverständnis des Bundesstaates erklärt Abel Barrera damit, dass diese Seite von Guerrero verschwiegen, abgewertet, und diskriminiert wird, und es zudem an Möglichkeiten fehlt andere Gesellschaftsmodelle zu entwickeln. Der indigene Einfluss ist im kulturellen Bereich sehr stark, aber bei der Machtausübung und den Organisationsformen hat der mestizische Einfluss größeres Gewicht. Das hat möglicherweise eine Schwächung der indigenen Gemeindestrukturen bewirkt und wie dort Macht ausgeübt wird. In der Region Montaña mussten viele Lehrer, die politische Macht erlangt hatten, ihre indigene Herkunft negieren und ihre Gewohnheiten ändern, um sich ganz in die mestizische Gesellschaft zu integrieren. War ihr indigenes Regierungsverständnis überwiegend an der Gemeinschaft orientiert, diskussionsoffen und mit kollektiver Entscheidungsfindung durch die Gemeindeversammlung verbunden, so haben sie sich an zentralistische, autoritäre und diskriminier-

9 Armando Bartra, *Guerrero Bronco*, Mexiko, Era, 2001.



Abel Barrera, Direktor des Menschenrechtszentrums Tlachinollan [Tlachinollan]

rende Regierungsformen angepasst. Die Einführung des Parteienmodells in Guerrero hatte tief greifende Folgen und ersetzte gewissermaßen die Gemeindeversammlungen, was die Polarisierung einiger indigener Gemeinden bewirkt hat.

Die Grundlagen für die heutigen indigenen Bewegungen wurden Anfang der neunziger Jahre geschaffen. Damals hatten sich soziale Organisationen, die sich an Protesten gegen die offiziellen Feierlichkeiten zum 500. Jahrestag der spanischen Eroberung beteiligen wollten, im Rat Guerrero 500 Jahre Widerstand (CG500ARI) zusammengeschlossen.¹⁰ Der parallel dazu auf nationaler Ebene geschaffene Rat Mexiko 500 Jahre Widerstand erlangte nie die Stärke und den Einfluss des Rat Guerrero. Dieser wirkte über den Bundesstaat Guerrero hinaus auch auf nationaler und internationaler Ebene, und zeichnete sich durch einen eigenständigen Diskurs, große Verhandlungsfähigkeit und starke politische Mobilisierung aus. Der Rat Guerrero 500 Jahre Widerstand initiierte verschiedene Forderungen, wie die Einstellung des Staudammprojekts San Juan Tetelcingo (Forderung des Rat der *Nahua* Völker der Region Alto Balsas), den Bau der Straße zwischen Tlapa und Marquelia, die Versorgung der Bauern mit öffentlichen Dienstleistungen, den Schutz der Umwelt oder die Erhöhung der Lehrergehälter. Sie waren auch die ersten, die sich mit der zapatistischen Bewegung in Chiapas verbündeten, und organisierten einen großen Solidaritätsmarsch nach Mexiko-Stadt. Als der Rat Guerrero 500 Jahre Widerstand jedoch begann sich mit den finanziellen Forderungen der Gemeinden auseinanderzusetzen, wurde er zunehmend geschwächt. Die Zuteilung großer Geldbeträge löste interne Probleme aus, und der Bewegung gelang es nicht, sich auf die Einforderung der indigenen Rechte, die Verteidigung des Grund und Bodens und die Stärkung der Gemeinden zu konzentrieren.

Heute bauen lokal und regional orientierte Bewegungen auf den Erfahrungen des Rat Guerrero 500 Jahre Widerstand auf, und suchen, wie im Fall der Gemeindepolizei, nach Lösungen für konkrete Problemstellungen. Sie entstehen meist aus einer aktuellen Notwendigkeit heraus und finden in den Gemeindestrukturen und in den Strukturen der *Ejidos*¹¹ Unterstützung, um sich zu behaupten und um Alternativen zu entwickeln. Trotzdem sind einige dieser Bewegungen nicht vor parteipolitischen Einflüssen immun. Sie sehen in der Übernahme von politischer Macht Möglichkeiten für eine verbesserte Verhandlungsposition, um so Veränderungen in die Wege zu leiten. Wie schon beim Rat Guerrero 500 Jahre Widerstand führt dieses Verständnis jedoch wie-

10 Sarmiento Silva, Sergio, *El movimiento indígena en Guerrero*, In: Ojarasca, Nr. 88, *La Jornada*, August 2004.

11 Ejido: Eine für Mexiko charakteristische Form des gemeinschaftlichen Grundbesitzes mit individuellen Nutzungsrechten.

derholt zur langfristigen Schwächung und Auflösung der Bewegungen.

Bei der Suche nach neuen Formen des Zusammenlebens sehen sich die indigenen Organisationen auch mit der Militarisierung ihrer Gemeinden konfrontiert. Bei einem der schwerwiegendsten Fälle außergerichtlicher Hinrichtung, dem Massaker von *El Charco* in der Region Costa Chica, erschossen Angehörige des Militärs im Juni 1998 zehn *Na Savi* sowie einen Studenten der Nationalen Autonomen Universität Mexiko (UNAM).¹² In den von Armut und Marginalisierung gezeichneten Regionen, wo es an Zugang zum Gesundheits- und Bildungssystem mangelt und die Versorgung mit Nahrungsmitteln nur unzureichend gewährleistet wird, wirkt die Militarisierung als ein weiterer destabilisierender Faktor.

Die Menschenrechtsbewegung

Im Jahr 1990 gründete Javier Mojica in Acapulco das Zentrum zur Förderung und Verteidigung der Menschenrechte als Bildungsstätte und Ort der Auseinandersetzung mit dem Thema. Pater Orbelín Jaramillo initiierte im Jahr 1993, in Coyuca de Benítez, das Menschenrechtskomitee *La Voz de los Sin Voz*. Es klagte zunächst vom allem die Repression gegen linke Organisationen an. Der beginnende Menschenrechtsdiskurs verstärkte sich mit dem Einfluss der zapatistischen Bewegung, die für kollektive Rechte der indigenen Bevölkerung eintraten und mit ihrer Forderungen nach Würde, Respekt und Gerechtigkeit zur Diskussion beitrugen. 1994 nahm das Menschenrechtszentrum *Tlachinollan* als Teil der Diözese Tlapa seine Arbeit auf. Das Zentrum begann Fälle von Menschenrechtsverletzungen in der Region Montaña zu dokumentieren, sie auf juristischer Grundlage zu bearbeiten und öffentlich Anklage zu erheben. Nach und nach hat sich *Tlachinollan* zu einem Ort der Begegnung von Bauern- und Indigenenbewegungen entwickelt und ermöglichte die Entstehung verschiedener sozialer Initiativen.

Parallel dazu entstanden völlig neue Bewegungen, die internationale Aufmerksamkeit und Solidarität auf sich zogen. So z.B. die Umweltschutzorganisation der *Campesinos Ecológicos* von Petatlán und Coyuca de Catalán (OCESP), die sich für ökologisches Bewusstsein einsetzen, um das Überleben in der von Umweltzerstörung bedrohten Sierra Petatlán zu sichern. Die Organisation entstand zum einen als Reaktion auf die verheerenden Folgen der übermäßigen Waldrodung, zum anderen um sich gegen Einschüchterung und Verfolgung zur Wehr zu setzen. In einer vom Drogenhandel und Gewalt geprägten und extrem unsicheren Region blockierten

12 Interview mit Mario Patrón, Anwalt des Menschenrechtszentrums *Tlachinollan*, 24. Juli 2007.

die *Campesinos Ecologistas* die Arbeiten eines transnationalen Holzunternehmens und konfrontierten sich schließlich mit Kaziken und Militärs.

Die Verteidigung der Umweltrechte ist ein Teil des Kampfes gegen die Verletzung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte in Guerrero. Die Entwicklungsvorhaben der Regierung und verschiedener Unternehmen kollidieren mit den Forderungen der betroffenen Bevölkerung, die ihr Recht beanspruchen vorab konsultiert zu werden und in die Vorbereitung und Entwicklung der Pläne einbezogen zu sein.

Die Beteiligung der Frauen

In diesem kurzen Einblick in die Entwicklung der sozialen Bewegungen und der Menschenrechtsbewegung in Guerrero ist wiederholt die Beteiligung der Frauen angesprochen worden. In ihrer Rolle als Mütter, Ehefrauen, Schwestern oder Kinder von Verschwundenen waren sie oft die ersten, die der Empörung der Gesellschaft Ausdruck gaben und den Staat in den Jahren des »schmutzigen Krieges« konfrontierten, um das Wiedererscheinen der Verschwundenen einzufordern.

Angesichts der Zerstörung der Familienstrukturen durch wirtschaftliche Probleme und Migration, haben die Frauen Überlebensstrategien ergriffen und sich organisiert, um Einkommen schaffende Projekte durchzuführen. Oft sind sie dazu gezwungen sich gegen die repressiven Umstände zu wehren. Wenn sich in den indigenen Dorfgemeinden die Männer verstecken sobald das Militär kommt, da sie als mutmaßliche Guerilleros verfolgt werden, sind es die Frauen, die sich mit den Soldaten konfrontieren. Sie klagen die sexuellen Vergewaltigungen an und fordern Gerechtigkeit, für sich und für ihre verfolgten Familienangehörigen. Die Frauen haben innerhalb der Menschenrechtsorganisationen zur Entwicklung einer neuen Perspektive beigetragen, die geschlechterspezifische Aspekte der Menschenrechte beachtet. Durch ihre Arbeit haben sie die tägliche Gewalt gegen Frauen im Bundesstaat Guerrero offen gelegt und zu erkennen gegeben, wie notwendig tief greifende Veränderungen der Gesellschaft sind. Die Verteidigung der Rechte der Frauen ist aufgrund der weit verbreiteten Straflosigkeit sowie der Gleichgültigkeit und Geschlechterdiskriminierung vieler Funktionäre besonders schwierig. Um diese Situation zu verändern sind verschiedene Organisationen entstanden, die den Austausch zwischen Frauen ermöglichen, Anklage erheben, und für eine Geschlechterperspektive in der Politik eintreten.



EXHIBITION

**Die
Verteidigung
der Menschen-
rechte.**

**Organisationen,
Forderungen
und Initiativen**

Die Straflosigkeit und das Justizsystem

[Es wird empfohlen] eine tiefgreifende Transformation des Justizsystems zu veranlassen, die das Funktionieren des Rechtsstaates und der Gewaltenteilung garantiert, die Rechte der Opfer anerkennt, [...] die Militärjustiz auf ihren eigenen Bereich beschränkt, [...] die derzeitigen Mechanismen für die Ermittlung gegen Verbrechen der Vergangenheit stärkt, die Aufklärung der Menschenrechtsverletzungen der Vergangenheit und die integrale Wiedergutmachung garantiert.

Bericht über die Menschenrechtssituation in Mexiko UNHCHR (2003)

Auf Einladung der Regierung wurde in Mexiko ein Menschenrechtsbüro des Hochkommissariats der Vereinten Nationen für Menschenrechte (UNHCHR) eingerichtet, um eine Analyse der Menschenrechtssituation des Landes durchzuführen. Das Zitat am Beginn dieses Kapitels gibt einen Teil der Empfehlungen 11 und 12 des Abschlussberichtes wider, in denen das UN-Menschenrechtsbüro Reformen im Justizsektor anmahnt.

Der im Jahr 2003 veröffentlichte Bericht analysiert verschiedene schwerwiegende Verletzungen der Grundrechte und stellt fest, dass diese im Kontext einer allgemeinen Straflosigkeit verübt werden. Er weist zudem darauf hin, dass die strukturellen Mängel des mexikanischen Rechtssystems den Fortbestand dieser Situation ermöglichen. In diesem Zusammenhang hebt der Bericht hervor, dass das Justizsystem nicht nur manipuliert wird, um sich der Bestrafung zu entziehen, sondern als auch um Bestrafung für nicht vorhandene Delikte zu ermöglichen (wobei bei Verurteilungen politische Ziele verfolgt werden). Das Recht auf einen gerechten Prozess wird nicht respektiert. Die Folge ist, dass die Bevölkerung weder den Behörden der Strafverfolgung noch dem Justizapparat vertraut.

Der Bericht geht auch auf die Umstände ein, unter denen Mexiko im Jahr 2002 die Interamerikanische Konvention zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen ratifizierte. Mexiko trat dieser Konvention nur unter Vorbehalt bei: Gegen Mitglieder des Militärs, die während ihres Dienstes Verbrechen begehen, darf die Konvention nicht angewendet werden. Ebenso wurde die rückwirkende Anwendung der Konvention gegen Verbrechen, die vor dem Zeitpunkt der Ratifizierung stattfanden, als nicht zulässig erklärt.¹³ Diese Vorbehalte bedeuten eine weitere Verlängerung der Straflosigkeit.

13 UN-Menschenrechtsbüro in Mexiko, *Diagnóstico sobre la Situación de los Derechos Humanos en México*, Mexiko, UNHCHR, 2003, S. 27-28.

Aus juristischer Perspektive spricht man von Straflosigkeit, wenn ein bestimmtes Vergehen, das von den Gesetzen des Landes als Delikt definiert ist, nicht verfolgt und bestraft wird. Im engeren Sinn impliziert der Begriff Straflosigkeit, dass Delikte, die unbestraft bleiben, eine Verletzung der universal anerkannten Menschenrechte bedeuten.¹⁴

Laut *Amnesty International* führt die Straflosigkeit, zusammen mit den Gesetzen und Normen, die sie ermöglichen, zur Institutionalisierung der Ungerechtigkeit durch eben jene Instanzen, die mit der Rechtsprechung beauftragt sind. Den Opfern von Menschenrechtsverletzungen werden drei grundlegende Rechte vorenthalten: das Recht auf Wahrheit, das Recht auf Gerechtigkeit sowie das Recht auf Wiedergutmachung.

Auswirkungen der Straflosigkeit auf Gesellschaft und Staat

Der XI. Bericht des Menschenrechtszentrums *Tlachinollan* stellt fest, dass die Staatsgewalt des Bundesstaates Guerrero die Forderungen der sozialen Bewegungen zur Einhaltung der Grundrechte als Angriff gegen die Monopolstellung ihrer Autorität wahrnimmt. Daher wird den Forderungen ihre Legitimation abgesprochen und die Menschenrechtsverteidiger und ihre Familien werden lebensbedrohlich angegriffen, eingeschüchtert, verleumdet oder mit konstruierten



Demonstration von AFADDEM in Mexiko-Stadt [PBI]

- 14 Ambos, Kai, *Impunidad y Derecho Penal Internacional*, Buenos Aires, Ad Hoc. 1999, S. 35 und 60. Koedition: CIEDLA, Konrad Adenauer Stiftung, Max Planck Institut für ausländisches und internationales Strafrecht, Revista Ciencias Penales de Uruguay und Coordinadora Nacional de Derechos Humanos del Perú.

Delikten angeklagt. Die Mitglieder zivilgesellschaftlicher Organisationen sind mit dem Dilemma konfrontiert entweder ihre Arbeit angesichts der Repressalien aufzugeben, oder sich mit den Bedrohungen zu arrangieren.

Auf diese Weise verweigert der Staat das Recht Menschenrechtsverletzungen anzuklagen und stellt die moralische Integrität der Ankläger in Frage. Darüber hinaus bleiben die Angriffe auf Menschenrechtsverteidiger straflos, wodurch insbesondere Staatsbedienstete geschützt werden.¹⁵ Das Klima der Straflosigkeit ermöglicht die Korruption in den staatlichen Behörden und trägt zu deren Ineffizienz bei.

Durch die Korruption kann jeder, der eine Straftat begangen hat, für unschuldig erklärt werden. Und der Unschuldige, der für das Recht kämpft, wird einfach ignoriert.¹⁶

Diese Verhältnisse haben Angst, Misstrauen und Resignation in der Bevölkerung bewirkt, die von diesen Themen oft nichts wissen will.

Es hat auch Ablehnung gegeben. Ich war zum Beispiel in einigen Schulen, in Gymnasien, um dort Vorträge zu halten, und oft gibt es eine ablehnende Haltung, vor allem bei den Jugendlichen. Sie sagen, dass die Guerilleros an allem was passiert ist schuld sind. Dann sage ich ihnen, dass nicht alle Guerilleros waren, und dass es eine Bewegung war, die sie vielleicht nicht verstehen, weil sie jung sind und nicht die Umstände kennen, unter denen sie entstanden ist. Aber wir respektieren die Meinung jedes einzelnen. Einige sagen: Sie haben meinen Großvater mitgenommen, oder sie haben meinen Onkel mitgenommen, und sie sind schuld daran, dass wir von all dem nichts mehr wissen wollen [...]. Die Repression war damals schrecklich, und wir können verstehen, dass die Bevölkerung davon nichts mehr wissen will.¹⁷

15 Menschenrechtszentrum *Tlachinollan, Tejedores de Esperanza. XI informe*, Tlapa, Juni 2005 bis Mai 2006, S. 74 und 79.

16 Interview mit José Manuel Olivares Hernández, Direktor des Regionalen Menschenrechtszentrums *Morelos y Pavón*, 3. August 2007.

17 Ebd.

Tita Radilla, Vizepräsidentin der Vereinigung der Angehörigen von Verhafteten, Verschwundenen und Opfern von Menschenrechtsverletzungen in Mexiko (AFADÉM), erklärt sich diese ablehnende Haltung der Studenten mit der Gewalt der Sicherheitskräfte in den sechziger und achtziger Jahren in Guerrero, die seit 1996 teilweise wieder auflebt.

Die Praktiken der staatlichen Behörden müssen vor dem Hintergrund der Konstruktion der politischen Identität in Guerrero und Mexiko begriffen werden. Der Einsatz von Gewalt als Regierungsinstrument hat dazu geführt, dass Gewaltanwendung mit der Ausführung einer politisch legiti-

mierten Autorität gleichgesetzt wird. Dort, wo die Gewalt die Funktionen der Autorität erfüllte, wurde die Gewalt schließlich zur Autorität.¹⁸

Abel Barrera, Direktor des Menschenrechtszentrums *Tlachinollan*, kommt zu einem ähnlichen Ergebnis: Die Machtausübung durch Gewalt, Waffen und Repression hat dazu geführt, dass die Gesellschaft ebenfalls ihre Interessen mit Waffen verteidigt. In diesem gesellschaftlichen Kontext mangelt es an einem Verständnis über die grundlegenden Menschenrechte. Das Töten von Personen wird somit als ganz normale Option zur Lösung von zwischenmenschlichen Problemen gesehen.

Es gibt viele Menschen die keine Ahnung von den Menschenrechten haben, von unseren Rechten, den Rechten der Frauen, den Rechten der Kinder [...] Aber wir wissen es nicht, weil wir es nicht gelernt haben. Inzwischen verstehen die Leute hier schon etwas mehr, denn es wurden einige Menschenrechts-Workshops durchgeführt.¹⁹

18 Sánchez Ortega, Jorge Alberto, *Los Procesos Históricos*, In: Bustamante Álvarez, Tomás und Sarmiento Silva, Sergio (Koord.), *El Sur en movimiento. La reinención de Guerrero en el siglo XXI*, Mexiko, Laguna, 2001. S. 242.

19 Interview mit Celsa Valdovinos, Präsidentin der Umweltschutzorganisation *Mujeres Ecologistas* der Sierra von Petatlán (OMESP), 20. Juli 2007.

Auf nationaler Ebene hat unsere Organisation die ganze Zeit über existiert. Wir glauben das hat dazu beigetragen, dass der Staat gezwungen war zu ermitteln sowie eine Sonderstaatsanwaltschaft zu gründen, und dass die Nationale Menschenrechtskommission Ermittlungen durchführt. [...] Ich habe den Familienangehörigen immer gesagt: Glaubt ihr, dass der Staat sagen wird »Familienangehörige, hier sind wir, und wir werden alles erledigen«, während ihr euch zu Hause niederlegt und schlaft? Nein. Wir müssen das angehen, denn die Familienangehörigen müssen etwas tun, müssen bitten, fordern, oder wie auch immer, damit das Thema nicht von der Tagesordnung verschwindet. Denn wir wollen nicht, dass sich das wiederholt. Aber auch heute gibt es wieder Fälle von Verschwundenen. Es gibt so viele Verschwundene. Ich habe gesehen, dass es laut der Menschenrechtskommission Guerreros in diesem Jahr bereits 16 Verschwundene gibt.

Tita Radilla, AFADEM

Die Angehörigen der Verschwundenen. AFADEM

Die große Zahl der Fälle von Verschwundenen in Mexiko Anfang der sechziger Jahre hat dazu geführt, dass sich die Angehörigen zusammenschlossen, um nach dem Verbleib der Verschwundenen zu suchen. Auf diese Weise gründete sich 1977 das Komitee für die Verteidigung von Gefangenen, Verfolgten, Verschwundenen und politischen Exilanten, das 1997 in Vereinigung der Angehörigen von Verhafteten, Verschwundenen und Opfern von Menschenrechtsverletzungen in Mexiko (AFADEM) umbenannt wurde. Die grundlegende Forderung war und ist heute noch: das Wiedererscheinen der Verschwundenen und das Ende der Praktik des Verschwindenlassens und der Straffreiheit.²⁰ Die mexikanische Regierung schwieg jahrzehntelang zu den Forderungen von AFADEM.

Die Regierung reagierte einfach nicht, und es war als wenn wir für sie nicht existierten. Präsident Salinas de Gortari hat einmal gesagt: Ich höre sie nicht, und ich sehe sie nicht. So ist die Situation; von Gleichgültigkeit bestimmt.²¹

Die Mitglieder von AFADEM haben dennoch an ihren Forderungen festgehalten und vertreten weiterhin Fälle von Verschwundenen vor der mexikanischen Justiz. Aufgrund einer Anzeige, die 1999 vor der Bundesgeneralstaatsanwaltschaft (PGR) erstattet wurde, konnte erreicht werden, dass die Nationale Menschenrechtskommission das Thema wieder aufgriff. Als Ergebnis entstand ein Bericht, der 532 Fälle von Verbrechen durch den Staat in den siebziger und frühen achtziger Jahren erfasst. Der Bericht empfahl der mexikanischen Regierung diese Verbrechen aufzuklären. Zu diesem Zweck wurde im November 2001 die Sonderstaatsanwaltschaft für Soziale und Politische Bewegungen der Vergangenheit (FEMOSPP) gegründet.

Aufgrund der Erfahrung mit der FEMOSPP und mit dem Verlauf der Anklagen vor verschiedenen mexikanischen Gerichten, misstrauen die Familienangehörigen weiterhin dem mexikanischen Justizsystem. Sie stellen dessen Unabhängigkeit in Frage und bezweifeln, ob es tatsächlich politisch gewollt ist, die Straflosigkeit zu beenden, den Verbleib der Verschwundenen zu klären und die für das Verschwindenlassen Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.

Wir glauben, dass die Staatsanwaltschaften angewiesen worden sind die Zeit verstreichen zu lassen und nur sehr langsam vorzugehen. [...] Die Sonderstaatsanwaltschaft hat fünf Jahre benötigt um drei Verfahren zu bearbeiten, und dabei ist kein einziger Verantwortlicher verhaftet wor-

²⁰ Homepage von AFADEM:

<<http://www.laneta.apc.org/afadem-fedefam/presentacion.htm>>.

²¹ Interview mit Tita Radilla, 19. Juli 2007.

den. Wie viel Zeit werden sie noch brauchen wenn sie in diesem Tempo weiterarbeiten? [...] Wir denken das ist nur eine Strategie der Regierung, die diese Instanzen schafft um Zeit vergehen zu lassen. Die Regierung sagt, dass es nun eine Sonderstaatsanwaltschaft für die Fälle gäbe, die aber dann ein oder zwei Tage vor Übergabe des Abschlussberichtes geschlossen wird. Und das alles nur um die Angehörigen ruhig zu halten, damit sie ihnen keine Probleme bereiten. Das zeigt uns – der Staat hat keinen tatsächlichen politischen Willen zu ermitteln. Sie wollen nur ihre 6-jährige Regierungszeit überstehen, ohne jegliches Interesse an einer Aufklärung der Fälle.²²



Diese Situation hat dazu geführt, dass AFADEM sich inzwischen an internationale Instanzen gewendet hat um dort Gerechtigkeit zu bewirken. Dieser Aspekt wird im zweiten Teil des Berichtes näher behandelt.

Das Verschwindenlassen von Personen

Nach der Definition von *Amnesty International* handelt es sich bei Fällen von verschwundenen Personen um eine Freiheitsberaubung durch Beamte des Staates. Dritten Personen gegenüber wird die Verhaftung nicht bestätigt und jegliche Information über den Verbleib des Opfers verweigert. Dadurch wird die verschwundene Person dem Schutz des Gesetzes entzogen und kann der Folterung oder Tötung ausgesetzt sein.²³

Das Verschwindenlassen von Personen ist eines der schwerwiegendsten Verbrechen, die in Mexiko während des »schmutzigen Krieges« begangen wurden. Auch heute findet diese Praktik noch Anwendung, wie Berichten von *Amnesty International*²⁴, AFADEM und des UN-Menschenrechtsbüros zu entnehmen ist. Inzwischen hat sich das Verschwindenlassen von Personen quasi zu einer Untersuchungsmethode der Polizei des Bundesstaates Guerrero entwickelt.²⁵ In der Präambel des im Oktober 2005 in Guerrero verabschiedeten Gesetzes über das Verschwindenlassen (*Ley para Prevenir y Sancionar la Desaparición Forzada de Personas en el Estado de Guerrero*) heißt es:

Das Verschwindenlassen von Personen in Mexiko geht auf die Jahrzehnte der sechziger, siebziger und Beginn der achtziger Jahre zurück, insbesondere auf die Zeit des »schmutzigen Krieges«. Für die in dieser Zeit gegründete Weiße Brigade, die sich aus dem mexikanischen Militär, der Bundeskriminalpolizei, der Polizei des Bundesstaates und der Polizei auf Gemeindeebene zusammensetzte, wurde das Per-

22 Ebd.

23 *Amnesty International*: <http://www.es.amnesty.org/temas/presos-de-conciencia/pagina/quienes-son/>.

24 *Amnesty International, México. La desaparición: un delito permanente*, Juni 2002. Index AI: AMR 41/020/2002/s, p. 1.

25 Empfehlung 19/2002 der Bundesstaatlichen Menschenrechtskommission CODDEHUM in Bezug auf neun verschwundene Personen im Jahr 2001, wofür zwei ehemalige Direktoren der Bundesstaatlichen Polizei (*Policía Judicial del Estado/Policía Ministerial*) verantwortlich gemacht werden.



Tita Radilla in ihrem Büro in Atoyac [PBI]

sonal ausdrücklich für das Verschwindenlassen von Personen ausgebildet. In unserem Bundesstaat Guerrero gab es in den letzten Jahrzehnten unzählige Fälle von verschwundenen Personen, wobei in der Mehrzahl der Fälle Bürger betroffen waren, die Verbindungen zu sozialen Bewegungen hatten um die Lebensbedingungen zu verbessern.

Folter und Straflosigkeit

Im Gegensatz zum Verschwindenlassen von Personen ist die Folter kein im Strafgesetzbuch des Bundesstaates Guerrero ausgewiesenes Verbrechen. Zwar verbietet und bestraft die Verfassung Mexikos Folter und es gibt ein föderales Gesetz das Folter vorbeugt und sanktioniert, aber dieses Gesetz ist nur für Staatsbedienstete auf nationaler Ebene anwendbar.²⁶ Da auf Länderebene kein solches Gesetz besteht, unternimmt die Generalstaatsanwaltschaft (PGJE) von Guerrero im Falle einer Anklage gegen Folter keine Vorermittlungen, und daher wird dieses Verbrechen in Guerrero nicht bestraft.

Das Kollektiv gegen Folter und Straflosigkeit (CCTI) arbeitet seit 2005 in Guerrero und unterstützt Folteropfer, Familienangehörige von Gefangenen, Überlebende der Repression oder ganze Gemeinden, deren gesellschaftlicher Zusammenhalt von den Militär- und Polizeiinterventionen beeinträchtigt wurde. CCTI arbeitet mit einer Gruppe von Ärzten und Psychologen zusammen, die für die Begutachtung von Folterfällen ausgebildet sind. Ihre Sachverständigengutachten sind Grundlage der juristischen Anklagen und Eilaktionen.

26 Menschenrechtszentrum Tlachinollan, *Seguimiento en el Estado de Guerrero a las recomendaciones realizadas por el Relator Especial sobre la Situación de los Derechos Humanos y las Libertades Fundamentales de los Indígenas*, In: *Derechos Humanos de los Pueblos Indígenas*, Kooperationsprogramm Menschenrechte Mexiko – Europäische Union, Mexiko, Außenministerium, 2006.

27 Interview mit José Raymundo Díaz Taboada, Kollektiv gegen Folter und Straflosigkeit (CCTI), 7. Februar 2007.

Wir werden von Gemeinden angefragt, um in Workshops die Menschenrechte zu erklären und Folter zu definieren. Manchmal sind sich die Betroffenen gar nicht bewusst, dass sie Opfer von Folter geworden sind. Es handelt sich hier um Gebiete, in denen die Anwendung von Gewalt durch das Militär und die Polizei sehr verbreitet ist, und es besteht das Risiko, dass die Menschen sich daran gewöhnen und es als normal betrachten. So beginnen wir darüber zu sprechen was vielen der Bewohner in der Vergangenheit geschehen ist, konkrete Fälle physischer und psychologischer Folter und deren Folgen für das Leben der ganzen Gemeinschaft.²⁷

Die Gesetzeslücke bedeutet eine Verletzung der UN-Konvention gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, die von Mexiko 1986 ratifiziert wurde. So wird ermöglicht, dass Staatsbedienstete sich weiterhin der Folter als Ermittlungsmethode bedienen und dabei straffrei bleiben.

Zugang zur Justiz für alle.**Das Menschenrechtszentrum *Tlachinollan***

Das Menschenrechtszentrum *Tlachinollan* entstand 1994 in der Stadt Tlapa de Comonfort, mit dem Ziel, die Anerkennung der Menschenrechte in der Region Montaña in Guerrero zu fördern. Heute arbeitet *Tlachinollan* darüber hinaus in verschiedenen Regionen Guerrereros. Die Organisation wurde vor dem Hintergrund des zapatistischen Aufstandes in Chiapas gegründet. Ihr Verständnis der Menschenrechte umfasst sowohl die bürgerlichen und politischen Rechte als auch die kollektiven Rechte der indigenen Völker. Die Arbeit beinhaltet von Beginn an die direkte Betreuung von Opfern, die Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen, die Bekanntmachung von Fällen in der Öffentlichkeit, vor der Nationalen und der Bundesstaatlichen Menschenrechtskommission, internationalen Instanzen und Menschenrechtsorganisationen.²⁸

Die Region Montaña unterteilt sich in 17 Gemeinden, von denen 11 als besonders marginalisiert gelten. Diese Gemeinden finden sich unter den 50 ärmsten Gemeinden von ganz Mexiko wieder. Armut bedeutet hier, dass die Mehrheit der Bevölkerung kein finanzielles Einkommen hat, ihr Zugang zu Bildung und Gesundheit extrem mangelhaft ist, und sich ihr Wohnraum in sehr schlechtem Zustand befindet. Die mehrheitlich indigene Bevölkerung in diesen Gebieten sieht sich zudem mit dem Problem der Gewalt als einer Folge von Drogenhandel und Militarisierung konfrontiert und hat allgemein keinen Zugang zum Rechtssystem.²⁹

Die Arbeit von *Tlachinollan* orientiert sich an der Analyse der Menschenrechtssituation und an der Frage wie man Veränderung bewirken kann. Um die Regierung zum Handeln auffordern zu können, muss die Bevölkerung zunächst einmal an die entsprechenden Orte gelangen und dazu große Distanzen auf schlechten Verbindungswegen hinter sich bringen. Auf diese Weise verzögert sich der Zugang zur Justiz bzw. wird er für die Bevölkerung, der es an finanziellen Ressourcen mangelt, zu einem kostspieligen Unterfangen. Das alles und weitere zusätzliche Probleme, wie sprachliche Barrieren, die Diskriminierung der indigenen Bevölkerung und die Ineffizienz des mexikanischen Justizsystems, führt dazu, dass der Zugang zur Justiz für die Mehrheit der Landbevölkerung verschlossen bleibt.

Wir befinden uns in einer Region, wo der Zugang zur Justiz ein strukturelles Problem ist, und zwar in vielerlei Hinsicht. Es besteht eine kulturelle Diskriminierung, wenn es in der

Wir haben damit begonnen das Thema über konkrete Fälle in die Öffentlichkeit zu bringen. Wir sprechen über Folter, über die Notfälle, über das Einmarschieren des Militärs in indigene Gemeinden [...] Die Menschenrechtsgemeinschaft nimmt die Region Montaña inzwischen stärker wahr und wir glauben, dass unsere Organisation viel dazu beigetragen hat.

*Abel Barrera,
Menschenrechtszentrum
Tlachinollan*

28 Interview mit Abel Barrera, Direktor des Menschenrechtszentrums *Tlachinollan*, 24. Juli 2007.

29 Menschenrechtszentrum *Tlachinollan*, *Contra el Silencio y el Olvido. Décimo Informe*, Juni 2003 bis Mai 2004, S. 17-24.



Staatsanwaltschaft und im Zuständigkeitsbereich für Gesundheit in keiner Abteilung Übersetzer gibt und die Beamten die lokalen Sprachen der Gemeinden nicht sprechen. Auch im geographischen Sinn, wenn ein Mixteke aus Cochoapa sich auf einen fünf Stunden langen Weg begeben muss, nur um zu sehen, ob sie ihn gut oder schlecht behandeln: wird er überhaupt berücksichtigt, muss er noch einmal kommen, um seine Zeugen und die Beweise mitzubringen.³⁰

Um diesen Bedürfnissen entgegen zu kommen, bietet *Tlaxiaco* Rechtsberatung an, die von einem Bildungsprogramm und der Verbreitung von Information begleitet wird. Die juristische Abteilung führt Beratungen und Mediationen durch, nimmt Beschwerden entgegen und bearbeitet sie.

Die Rechtsberatungen versuchen den Informationsmangel und den fehlenden Zugang zur Justiz der mittellosen Bevölkerung zu lindern. Besonders wichtig sind die Bereiche des Arbeits-, Familien- und Agrarrechts sowie die kollektiven Rechte. Zudem bearbeitet *Tlaxiaco* Fälle von Strafprozessen, Fälle innerfamiliärer Gewalt und arbeitsrechtliche Fälle.

Das Beratungsprogramm richtet sich sehr offen an die Bevölkerung und hat es mit allen möglichen Fällen zu tun - Zivilprozesse, Strafprozesse, handelsrechtliche Prozesse oder arbeitsrechtliche Prozesse. Es richtet sich vor allem an Personen, die keine finanziellen Mittel aufbringen können, um sich von jemanden beraten zu lassen, und um jemanden zu haben, der Ihnen bei der Lösung von Problemen zur Seite steht. [...] Wir beraten, damit sie den Privatanwälten und den Behörden nicht mehr hilflos gegenüberstehen. In Fällen innerfamiliärer Gewalt und bei Fällen von Strafprozessen und arbeitsrechtlichen Prozessen beschäftigen wir uns auch mit den Anklagen der Leute.³¹

Durch Mediation wird versucht Lösungen für Konflikte zu finden, indem eine Einigung der Konfliktparteien ermöglicht wird. Das Ziel ist es, Probleme zu lösen und Ungerechtigkeit sowie Gewalt zu vermeiden.

Die Leute glauben nicht mehr an die Justiz. Dadurch wird noch mehr Straflosigkeit und Gewalt erzeugt. Angesichts dieser Situation hält es *Tlaxiaco* für notwendig, alternative Mechanismen zu entwickeln, die zumindest Antworten auf die konkreten Probleme der Leute geben können. Darum sind die Vorladungen zu *Tlaxiaco* entstanden, die im Grunde genommen ein Zeichen der Legitimität unse-

³⁰ Interview mit Mario Patrón, 24. Juli 2007.

³¹ Interview mit Vidulfo Rosales, Anwalt beim Menschenrechtszentrum *Tlaxiaco*, 24. Juli 2007.

rer Organisation sind. [...] Darum kommen die Leute nach unserer Aufforderung nicht nur hier her, sondern sie nehmen auch die Vereinbarungen an. Wir haben 31 Fälle von Alimentenzahlungen, wo der Mann hier her kommt und die Unterhaltszahlungen für seine Frau und seine Kinder hinterlässt. Wir haben auch Fälle von Schulden durch Handelsabkommen. In diesem Bereich wird in den indigenen Gemeinden viel Missbrauch betrieben. Sie müssen dort Schuldscheine unterschreiben, bekommen 1.000 Pesos und verpflichten sich zum Beispiel 10.000 Pesos zurückzuzahlen. In so einem Fall versuchen wir die Schulden neu zu strukturieren, denn der eine ist natürlich interessiert daran bezahlt zu werden, aber der andere kann das Geld nicht aufbringen. Also versuchen wir eine Umgestaltung, ausgehend vom Gerechtigkeitsprinzip. Und wir behandeln strafrechtliche Fälle, deren Schäden wieder gut zu machen sind, und die durch Dialog und finanzielle oder materielle Entschädigung auch gelöst werden können.³²



Mitarbeiter des Menschenrechtszentrums Tlachinollan gemeinsam mit Irene Khan, Generalsekretärin von Amnesty International [Tlachinollan]

Integrale Verteidigung

Einige der Beschwerden, die in der Rechtsberatung zur Sprache kommen, spiegeln schwerwiegende Verletzungen der Grundrechte wider und werden an eine besondere Abteilung für integrale Verteidigung (*defensa integral*) weitergegeben.

Der Mechanismus [...] funktioniert so, dass wir die typischsten Fälle aus der Vielzahl der Beschwerden auswählen, solche, die beispielhaft für die Menschenrechtsverletzungen in Mexiko sind. Es handelt sich dabei um Fälle, die als Einzelfälle das Konzept einer Menschenrechtsverletzung veranschaulichen, und dabei die strukturellen Ursachen verdeutlichen. Außerdem setzt diese integrale Verteidigung eine multidisziplinäre Herangehensweise voraus [...].³³

Die Idee der integralen Verteidigung entstand aus den Erfahrungen des Menschenrechtszentrums *Miguel Agustín Pro Juárez* (PRODH). Die Methodologie wurde vom PRODH während der Verteidigung zweier Mitglieder der Umweltschutzorganisation *Campesinos Ecologistas*, Rodolfo Montiel und Teodoro Cabrera, angewandt. *Tlachinollan* hat diese Beratungsform später aufgegriffen und weiterentwickelt, indem sie die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte sowie die kollektiven Rechte der indigenen Bevölkerung in die Analyse einbezieht.

32 Interview mit Mario Patrón, 24. Juli 2007.

33 Interview mit Vidulfo Rosales, 24. Juli 2007.

Juristische Instrumente für sich allein sind nicht ausreichend, um Zugang zum Rechtssystem zu bekommen. Schließlich müssen wir uns an eben jene staatlichen Behörden wenden, deren Verständnis und Auffassung der Erfüllung der Menschenrechte zuwider läuft. Wenn Du also die juristischen Instrumente nicht mit anderen Elementen wie politischem Druck, politischer Einflussnahme und politischem Dialog, Druck über die Kommunikationsmedien, nationale und internationale Vernetzung und der Mobilisierung der Leute kombinierst, wirst Du nur bedingt zur Justiz herstellen können. [...] Erst durch die Verbindung der verschiedenen Beiträge aus dem Bildungsbereich, der Rechtsberatung, der Öffentlichkeitsarbeit und der internationalen Vernetzung, gestaltet sich eine gemeinsame Strategie, die das Ganze vorwärts bringt.³⁴

Tlachinollan hat auch Vorschläge für strukturelle Veränderungen initiiert, wie z.B. die Agenda für Entwicklung und Autonomie der indigenen Völker Guerrereros. Ebenso wurden wichtige Organisationsprozesse in ganz Guerrero angestoßen. In diesem Zusammenhang förderte *Tlachinollan* auf Landesebene die Entstehung der Koordination für die Verteidigung des Grundbesitzes als Unterstützungsnetzwerk zwischen Organisationen aus den verschiedenen Regionen.

Frauen und der Zugang zur Justiz. Das Menschenrechtsnetzwerk *Red Guerrerense*

Das Menschenrechtsnetzwerk *Red Guerrerense* entstand im Jahr 2001 als ein Zusammenschluss aus Organisationen der verschiedenen Regionen: Region Costa Grande (*La Voz de los Sin Voz, Mahatma Gandhi*), Region Acapulco (*Sembrador de la Esperanza*), Region Centro (*José María Morelos y Pavón*) und Region Montaña (*Tlachinollan*) sowie das Menschenrechtsinstitut Guerrero. Ziel des Zusammenschlusses ist es, gemeinsame Initiativen zu entwickeln und die Arbeit der einzelnen Gruppen zu stärken.

Das Menschenrechtsnetzwerk *Red Guerrerense* war von Beginn an daran interessiert, über die Betreuung von Einzelfällen hinaus auch tiefer greifende strukturelle Veränderungen zu bewirken und Einfluss auf die Politik zu nehmen. Aus diesem Interesse heraus wurden zwei wichtigen Kampagnen entwickelt, zum einen der Vorschlag für ein Gesetz auf Landesebene über das Verschwindenlassen von Personen und zum anderen eine Kampagne in Bezug auf innerfamiliäre Gewalt. Derzeit arbeitet das *Red Guerrerense*

Wenn man nicht anklagt, und wenn man nicht bestraft, wird man die Gewalt nicht stoppen, denn so lange eine Frau Gewalt erfährt, wird sie weder studieren können, noch daran denken andere Rechte einzufordern. Daher halten wir es für grundlegend, dass ihr zunächst das Recht auf Leben garantiert werden muss, dann das Recht auf ein würdevolles Leben.

*Silvia Castillo Salgado,
Menschenrechtsnetzwerk
Red Guerrerense*

an einem vom UN-Menschenrechtsbüro koordinierten Bericht über die Menschenrechtssituation in Guerrero, wobei es mit der Erfahrung im Thema Gewalt gegen Frauen beiträgt und die Gender-Perspektive des Berichtes stärkt.

Als das *Red Guerrerense* an der Kampagne für die Menschenrechte der Frauen »Gerechtigkeit für ein Leben ohne Gewalt« zu arbeiten begann, wurde zunächst mit Organisationen wie dem Projekt für wirtschaftliche soziale und kulturelle Menschenrechte (PRODESC) oder dem Nationalen Menschenrechtsnetzwerk *Todos los Derechos para Todas y Todos* (RED TDT) ein Bericht zur Situation der Frauen erstellt. Diese Analyse machte erst deutlich, wie stark die Straflosigkeit und die Korruption der Justizapparate sich auf die Rechte der Frauen auswirken.

Nach der Zusammenstellung von Informationen über die innerfamiliäre Gewalt, dokumentierte das *Red Guerrerense*, dass es bis heute 183 offene Rechtsverfahren wegen Tötung von Frauen gibt. Frauen, die Opfer von Gewalt geworden sind, sehen sich allgemein mit einem diskriminierenden Umfeld konfrontiert und müssen sich mit Beamten auseinandersetzen, denen es an Sensibilität und Ausbildung mangelt.

Wir fordern als erstes eine Veränderung im Verhalten und in der Einstellung. Man muss begreifen, dass wir Frauen Rechte haben, die zu respektieren sind, die garantiert werden müssen und die sichtbar sein müssen. Alle Institutionen müssen bereit sein, die Frauen zu beraten, und sie nicht als arme Frauen zu betrachten, denen wir etwas geben wofür sie uns dankbar sein müssen.³⁵

Die Kampagne wurde der Bevölkerung durch eine Serie von Veranstaltungen in verschiedenen Städten des Bundesstaates näher gebracht. Zugleich haben diese Veranstaltungen einen Raum eröffnet, wo Anklagen formuliert wurden und mehr Informationen über das Thema erhoben werden konnten. Darauf aufbauend hat das *Red Guerrerense* verschiedene Vorschläge eingebracht und die staatlichen Institutionen zu Veränderungen im Umgang mit dieser Problematik aufgefordert. Zum einen sollen die Politik der Regierung und die staatlichen Programme, einschließlich des staatlichen Haushalts, unter der Gender-Perspektive ausgearbeitet werden. Zum anderen werden Änderungen im Zivilgesetzbuch und im Strafgesetzbuch gefordert, damit die Gesetze die Rechte der Frauen aufgreifen. Darüber hinaus unterstützt das *Red Guerrerense* einen Gesetzesvorschlag, der sich gegen innerfamiliäre Gewalt richtet.



34 Interview mit Mario Patrón, 24. Juli 2007.

35 Interview mit Silvia Castillo Salgado, Technisches Sekretariat des Menschenrechtsnetzwerks *Red Guerrerense*, 20. September 2007.

Die Problematik der Militarisierung

Das Militär ist schon seit langem hier in der Gemeinde Atoyac. Sie kamen und wurden nie wieder abgezogen [...] Wir wissen, dass sie da sind, um die sozialen Bewegungen zu unterdrücken, und nicht, wie sie sagen, um das organisierte Verbrechen zu bekämpfen.

Tita Radilla, AFADEM

Für die verschiedenen sozialen Akteure ist die Militarisierung eines der wichtigsten Problematiken des Bundesstaates. Die mexikanische Regierung rechtfertigt die Präsenz des Militärs damit, dass es das effizienteste Instrument sei, um gegen unerlaubten Waffenbesitz und Drogenhandel vorzugehen. Guerrero ist gegenwärtig eines der Hauptzentren des Drogenanbaus in Mexiko. Die Militärpräsenz wird als ein Mittel zur Stabilitätssicherung der Regionen dargestellt, doch hat sich die staatliche Politik nicht mit den strukturellen Ursachen der Armut, des Elends und der massiven Migration beschäftigt. Die zivilgesellschaftlichen Organisationen erklä-



Die Dorfgemeinschaften in der Region Montaña stellen sich der Militärpräsenz entgegen [Tlachinollan]

ren, dass die Armee durch ihre Interventionen vor allem Aufgaben der Aufstandsbekämpfung und der öffentlichen Sicherheit übernommen hat und dabei eine hohe Anzahl von Menschenrechtsverletzungen an der Bevölkerung verübt.³⁶ Das hat zu Zweifeln daran geführt, ob das mexikanische Militär die Effizienz und die Qualifikation besitzt, Aufgaben durchzuführen, die sonst zivilen Polizeikräften zukommen. Die Organisationen stellen die Legalität und die Legitimität dieser Interventionen in Frage und klagen den fehlenden Zugang zum Justizsystem und die entsprechende Straflosigkeit für die Militärs an. Die von Angehörigen des Militärs begangenen Menschenrechtsverletzungen werden systematisch den Instanzen der Militärjustiz zugewiesen, die sich in der Praxis so verhalten, dass sie die Taten der Militärs decken.³⁷ Wenn also von Militarisierung gesprochen wird, dann ist damit nicht nur das militärische Aufgebot mit den bereits beschriebenen Funktionen gemeint, sondern auch die Anwendung der Militärgerichtsbarkeit auf Fälle von Menschenrechtsverletzungen, die von Angehörigen des Militärs an Zivilen verübt werden. Von zunehmender Bedeutung ist zudem, dass Militärs auch in zivilen Institutionen der öffentlichen Sicherheit und der Staatsanwaltschaft präsent sind.

Verschiedene Organisationen haben zahlreiche Fälle von Menschenrechtsverletzungen dokumentiert, die von Mitgliedern des Militärs verübt wurden: Folter, Verschwindenlassen von Personen, sexuelle Vergewaltigung, willkürliche Verhaftungen, Einschüchterungen, Landvertreibungen, illegale Verhöre und anderes. Die sexuellen Übergriffe der Militärs gegen Frauen, vor allem aus der indigenen und ländlichen Bevölkerung, verdeutlichen, dass ihrem Verhalten geschlechterspezifische Gewalt und Rassismus zugrunde liegen.³⁸ Als Reaktion auf diese Situation haben die betroffenen Frauen selbst eine wesentliche Rolle in der Verteidigung der Rechte eingenommen. Sie fordern Gerechtigkeit und Respekt und erhalten für ihr Engagement und ihren Mut soziale Anerkennung.³⁹

Der Militarisierungsprozess und seine Auswirkungen

In Mexiko hat sich seit Ende der siebziger Jahre im Bereich der nationalen Sicherheit die militaristische Perspektive durchgesetzt.⁴⁰ Dabei ist Guerrero einer der Bundesstaaten, in dem die umfassendste Intervention des Militärs stattfand, um dort gegen Guerillabewegungen zu kämpfen und um die politische Dissidenz sowie die organisierte Bevölkerung zu

36 Menschenrechtszentrum *Tlachinollan, Contra el silencio y el olvido. Décimo informe*, Tlapa, Juni 2004 bis Mai 2005.

37 Ebd., S. 30-38.

38 *Amnesty International, México: Mujeres indígenas e injusticia militar*, Index AI: AMR 41/033/2004, 23. November 2004.³⁶

39 Interview mit Abel Barrera, 24. Juli 2007.

40 Menschenrechtszentrum *Tlachinollan, Militarización en Guerrero. San Cristóbal de Las Casas, Primer encuentro hemisférico frente a la militarización*, vom 6. bis 9. Mai 2003.

<<http://www.laneta.apc.org/sclc/desmilitarizacion/encuentro/ponencias/santiago.htm>>.

kontrollierten. Die Präsenz des Militärs ist seit dieser Zeit konstant geblieben. In den achtziger Jahren, als die Guerilla offenbar geschlagen war, gliederten sich die Militärs zunehmend in die Polizeiapparate ein. Mitte der neunziger Jahre wurde das Militär wieder zur Bekämpfung neuer Guerillagruppen eingesetzt. Dieser Prozess fand landesweit statt, nachdem 1994 der zapatistische Aufstand in Chiapas erfolgt war, und verstärkte sich zwei Jahre später, als in Guerrero die Guerilla EPR in der Region Costa Chica auftauchte. Von diesem Moment an wurden die Polizei- und Militäroperationen verstärkt, um Waffen aufzuspüren und mutmaßliche Mitglieder der Guerilla zu verfolgen. Vor diesem Hintergrund wurden Menschenrechtsverletzungen wie Amtsmissbrauch, Folter und Misshandlung gegenüber verschiedenen Bauern- und Indigenengemeinden begangen.⁴¹ In Atoyac wiederholten sich ähnliche Situationen wie in den siebziger Jahren, wobei die Repression gegen soziale Bewegungen besonders stark war.

Das Traurige und Gefährliche hierbei ist folgendes: Da diese Gruppen auch allgemeine Forderungen aufgreifen, wie das Wiedererscheinen der Verschwundenen, das Thema der politischen Häftlinge, die Forderungen der Bauern und anderer, [...] versucht der Staat, unsere Organisationen, die diese verschiedenen Themen bearbeiten, mit den bewaffneten Gruppen in Verbindung zu bringen.⁴²

41 Menschenrechtszentrum Miguel Agustín Pro Juárez, *Informe Sobre la Presunta Implicación del Ejército Mexicano en Violaciones a los Derechos Humanos en el Estado de Guerrero*, Juli 1997.

42 Interview mit Tita Radilla, 19. Juli 2007.

43 Interview mit Felipe Arreaga, Umweltschutzorganisation *Campesinos Ecologistas*, 19. Juli 2007.

44 Menschenrechtszentrum Miguel Agustín Pro Juárez, Fall: *Campesinos Ecologistas* <http://centroprodh.org.mx/casos/ecologistas/index_ecologistas.htm>.

In der Sierra de Petatlán, ebenfalls in der Region Costa Grande gelegen, setzt sich die Umweltschutzorganisation der *Campesinos Ecologistas* für den Erhalt des Waldes ein und hat Blockaden gegen den Abtransport des Holzes organisiert. Mitglieder der Organisation werden verfolgt und ihnen wird vorgeworfen, einer bewaffneten Gruppe anzugehören. Die Präsenz des Militärs in dieser Zone ist nicht neu, sondern geht auf die siebziger Jahre zurück, als den gleichen Leuten vorgeworfen wurde, der Guerilla von Lucio Cabañas anzugehören.⁴³ Im Jahr 1999 mussten sich Felipe Arreaga und andere Mitglieder der Organisation monatelang in den Bergen verstecken, um vor dem Militär zu flüchten. Rodolfo Montiel und Teodoro Cabrera wurden von den Soldaten festgenommen. Unter Folter wurden sie zu ihren Aktivitäten in der Organisation der *Campesinos Ecologistas* verhört. Montiel wurde unter Druck gesetzt, seine Zugehörigkeit zu einer bewaffneten Gruppe zu gestehen, wogegen er jedoch stets widersprach.⁴⁴

Unter den Auswirkungen der Militarisierung in Guerrero leiden insbesondere die indigenen Gemeinden. Daher machen die Organisationen in den Gemeinden Ayutla und Acatepec die Beendigung der Militarisierung zu ihrer zentralen Forderung. Als Reaktion auf diese Situation sind auch Organisationen wie das Regionale Menschenrechtszentrum *Morelos y Pavón* in der Gemeinde Chilapa entstanden, das durch öffentliche Klagen einige Praktiken des Militärs verhindern konnte.



Auf nationaler Ebene nehmen das Militär und die Regierung die indigenen Gemeinden, die am stärksten marginalisiert sind, als größten Feind wahr. [...] Ihre Unfähigkeit die Bedürfnisse der Gemeinden zu erfüllen, provoziert Demonstrationen, Proteste, Forderungen und die Politisierung der sozialen Bewegung. Anstatt auf diese Forderungen einzugehen, ist das einzige was ihnen einfällt die Bewegungen zu unterdrücken, zu kriminalisieren und Angst zu verbreiten.⁴⁵

In der Gemeinde Ayutla wurde 1998 das unter dem Begriff *El Charco* bekannt gewordene Massaker verübt, bei dem zehn *Na Savi* und ein Student getötet wurden. Dieser Fall markiert einen wichtigen Moment in Guerrero und scheinbar hatten in diesen Jahren einige Gefechte zwischen dem Militär und den Guerillagruppen stattgefunden. Zwischen 1996 und 1997 war die Region wichtig für die Rekrutierung der bewaffneten Gruppen. Für die Regierung bedeutete dies, dass jegliche Organisationsprozesse subversive Prozesse sein mussten.⁴⁶ Die Anklagen richteten sich daher häufig gegen Militärinterventionen, die das Ziel verfolgen, Organisationsprozesse – vor allem in den indigenen Gemeinden – zu zerschlagen.

Im Fall Xochistlahuaca werden, wie an anderer Stelle dieses Berichtes beschrieben ist, sowohl die Übergriffe von Mitgliedern des Militärs gegen den Radiosender der Gemeinde, als auch die Arbeit des Geheimdienstes, angeklagt.

45 Interview mit José Manuel Olivares Hernández, 3. August 2007.

46 Interview mit Mario Patrón, 24. Juli 2007.

Organisationen der indigenen Völker *Na Savi und Me'Phaa*

Früher kamen die Militärs hierher in die Berge, und als ich sie kommen sah, hatte ich große Angst. Und jetzt stelle ich fest, dass es Personen wie wir sind. Sie sind auch Menschen und dann sage ich meinem Mann, ich glaube, wenn wir uns organisieren und verständigen, dann verstehen auch sie. [...] Sie haben auch ihre Kasernen und ihre Büros wo sie arbeiten, also haben sie nicht das Recht in die Gemeinden einzudringen [...] Die Indigenen gehen zu ihrer Arbeit, in ihre Häuser, und sie stören die Militärs nicht. Also sollen sie auch verstehen, und sollen sich bewusst machen bis wohin ihre Arbeit geht und bis wohin sie gehen können.

*Guadalupe Castro Morales,
Unabhängige Organisation
des Volkes der Na Savi
(OIPM)*

Die Unabhängige Organisation des Volkes der *Na Savi* (OIPM, *mixtecos*) und die Organisation des Indigenen Volkes der *Me'Phaa* (OIPM, *tlapanecos*) gingen aus der heute nicht mehr bestehenden Unabhängigen Organisation der Völker der *Mixtecos* und *Tlapanecos* (OIPMT) hervor. Die Arbeit der *Na Savi* und der *Me'Phaa* geht auf die Bedürfnisse der Gemeinden ein, um Armut, Ausgrenzung und Diskriminierung der indigenen Bevölkerung zu überwinden. Ihre Forderungen an die Regierungsinstitutionen, vorrangig auf Gemeindeebene, beziehen sich auf eine gerechte Umverteilung der öffentlichen Mittel und den Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen. Die Militarisierung ihrer Gemeinden kann als Antwort auf ihre Konfrontation mit dem politischen und wirtschaftlichen System verstanden werden. Ihre Forderungen werden aber weiterhin nicht beachtet.

Die Regierung will nichts verändern [...] Wenn die Parteien gewählt werden, gehen sie in die Gemeinden und sagen: Jetzt sind wir Freunde. Sie umarmen Dich sogar und so weiter. Wenn sie dann im Amt sind, dann sind wir nichts mehr wert, dann beachten sie uns nicht mehr. Wir als Organisation gehören zum Beispiel keiner Partei mehr an, wir glauben nicht mehr daran, denn sie betrügen uns nur, und lügen uns ihre Versprechen vor, denn sie werden sie nicht erfüllen. Zum Beispiel sagen sie immer im Fernsehen: es gibt Programme für die Indigenen [...] jetzt wird es Wohnraum geben, es wird die Hilfe von *Oportunidades* geben, die Volksversicherung. Aber in Wirklichkeit funktionieren sie nie, sondern sie tragen nur diesen Namen. Ich glaube, dass es so etwas in der Stadt gibt, aber für die Indigenen niemals. Die Regierung sagt immer, dass es weniger Arme gibt. Weniger Arme? Das stimmt nicht. Es wird nie Unterstützung für sie geben, ich denke es wird immer mehr Unterstützung für die großen Unternehmer geben.⁴⁷

Die Organisationen wurden auf der Basis der bereits bestehenden Gemeindestrukturen geschaffen. Im Falle der *Me'Phaa* ist die Beteiligung der Frauen sehr stark, da sie Lösungen für Probleme wie die innerfamiliäre Gewalt und den Alkoholismus finden wollen und ihren gleichberechtigten Anteil am Leben der Gemeinschaft stärken möchten:

Früher, in meiner Gemeinde, da haben die Leute viel getrunken [...] und sie besoffen sich nicht nur zu Feiern, sondern an-

47 Interview mit Otilia Eugenio Manuel, Organisation des Indigenen Volkes der *Me'Phaa*, 23. Juli 2007.

dauernd. Ich habe einmal gesehen wie ein Mann seine Frau schlug, bis die Frau starb, sie war schwanger, und blutete.

Ich ging zu einem Treffen wo alle Nachbarn versammelt waren [...] und ich sagte zu ihnen: Wisst Ihr was, hört auf Eure Frauen zu schlagen, auch Sie haben das Recht in der Versammlung zu sprechen und daran teilzunehmen. [...] Keiner beachtete mich: Die Frauen gehören hier nicht hin, sondern sind nur dafür da Tortillas zu machen, die Kinder großzuziehen und ihren Männern zu helfen. Also sagte ich zu ihnen: Nein. Ich gab nicht auf, und ich ging von Haus zu Haus und sprach mit den Frauen, und wir trafen uns und dann wurde schließlich mit dem Alkoholverkauf Schluss gemacht. Jetzt werden solche Getränke nicht mehr verkauft, das haben die Frauen erreicht.⁴⁸



Die Organisationen wollen erreichen, dass sich die indigenen Gemeinden selbst gegen Missbrauch und Übergriffe der Behörden, in einem Kontext von Unsicherheit, polizeilicher Willkür und fehlendem Zugang zum Justizsystem, wehren. Außerdem fordern sie von der Lokalregierung, Vorhaben durchzuführen, die den Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen verbessern. Die Arbeit der Organisation der *Na Savi* sieht dabei folgendermaßen aus:

Die Dorfbewohner haben uns aufgesucht, damit wir sie bei den Forderungen der einzelnen Gemeinden unterstützen. Sie beantragen Bauvorhaben und wir sind dafür da sie zu unterstützen. Aber der Bürgermeister von Ayutla macht alles so wie er es will, er respektiert die Organisation nicht, er sagt den Vertretern der Gemeinden, dass sie nicht mit der Organisation zusammenarbeiten sollen, weil die Organisation nicht gut arbeitet, dass sie nur stört. [...] Das ist so nicht in Ordnung, denn das Geld gehört dem Volk, und das Volk muss etwas dafür bekommen, um die nötigsten Bedürfnisse jeder einzelnen Gemeinde zu befriedigen. Er arbeitet nur, er ist nur ein Verwalter, er ist nicht der Besitzer des Geldes, denn das Geld gehört dem Volk.⁴⁹

Die Verwaltung der öffentlichen Gelder der Gemeinden ist oft Ausgangspunkt für Korruption und Bereicherung. Die Versprechen, Schulen oder Gesundheitszentren zu bauen oder auszustatten, werden meist nicht erfüllt, oder nur halb erfüllt, und ein Großteil der Gelder kommt nie an.

48 Ebd.

49 Interview mit der Unabhängigen Organisation des Volkes der *Na Savi*, 22. Juli 2007.



Versammlung der
Unabhängigen Organisation
des Volkes der Na Savi [PBI]

Die Gemeinden [...] werden vernachlässigt und befinden sich in indigenen Regionen, wo die Gemeindebeauftragten kein Spanisch sprechen, sondern *Mixteco*. So kann sie der Bürgermeister ganz einfach betrügen. Da, wo er Bauvorhaben durchführt, holt er keine fachkundige Erfahrung, er sagt nur »unterschreib mal hier«, denn [...] es gibt Gemeindebeauftragte, die nicht lesen können [...] und so betrügt er sie, der Herr Bürgermeister.

Ein Teil des Kampfes besteht darin, zu überwachen, wie die Lokalregierung mit den öffentlichen Geldern des Bundesstaates und der nationalen Ebene umgeht. Ayutla ist eine der Gemeinden in der Region, wo die meisten Mittel zur Verfügung gestellt werden, weil es viele indigene Gemeinden mit hohem Armutsindex gibt, und weil hier das Massaker *El Charco* verübt wurde. Die beiden Organisationen versuchen die Verwendung der Mittel zu überwachen und an den Entscheidungen über die Bauvorhaben teilzuhaben. Angesichts einer sie diskriminierenden und manipulierenden Staatsgewalt müssen sie jedoch zunächst einfordern, dass ihre Rechte respektiert werden.

Das Recht uns so zu respektieren wie wir sind, dass sie uns alle respektieren. Zum Beispiel haben die Senatoren und die Abgeordneten das Verfassungsrecht beschlossen. Dort heißt es, die Regierung darf niemanden angreifen, aber sie haben dieses Recht wiederholt verletzt. [...] Natürlich erkennen sie uns als Indigene an, aber sie wollen uns beiseite schaffen, verängstigen, sie wollen keine Organisationen. Denn das einzige Verbrechen das wir begehen ist, uns zu organisieren.⁵⁰

Die Militarisierung der Region

Die erlittene Repression machte den Organisationsprozess der indigenen Bevölkerung in Ayutla sehr schwierig. Das Menschenrechtszentrum *Tlachinollan* erklärt dazu:

Es handelt sich um eine Region, die in besonderem Maße von verschiedenen Repressionsformen betroffen ist. Einer der historisch gesehen wichtigsten Fälle außergerichtlicher Hinrichtung des Bundesstaates Guerrero wurde in dieser Region als Repressionsmechanismus verübt, der Fall *El Charco*. Ein weiterer Repressionsmechanismus sind die sexuellen Vergewaltigungen und die geschlechterspezifischen Übergriffe auf Frauen als ein Foltermechanismus, denn die Vergewaltigungen gehen einher mit der Abfrage

50 Interview mit Otilia Eugenio Manuel, 23. Juli 2007.

von Information über vermummte Personen und ähnliche Themen. Das hat dazu geführt, dass sich die Gemeinden organisieren, wobei die Organisation und die Einheit als ein Widerstandsmechanismus gegen die Militarisierung wirken. Es ist eine der wenigen Regionen, wo trotz der starken Militarisierung auch Erfolge gegenüber den Militärs erreicht werden. Erfolge insofern, dass die Militärs lernen mussten, die Stärke der Gemeinden zu respektieren. Die Militärpräsenz ist noch immer offensichtlich, aber es gab Momente, [...] in denen die Militärs sich angesichts der unmittelbaren Organisation der Gemeinden wieder zurückgezogen haben, denn sie erlebten zuvor bereits Situationen, in denen sie aus den Gemeinden vertrieben worden sind. Und es ist ein beispielhafter Kampf, wenn man bedenkt, dass das Militär in der Geschichte und auch heute noch, die am meisten von Straflosigkeit gezeichnete Institution unseres Landes ist.⁵¹

Seit dem Massaker von *El Charco* hat das Militär, in Zusammenarbeit mit den Polizeieinheiten, kontinuierlich die Anführer der indigenen Gemeinden bedroht und angegriffen, wie Raúl Lucas Lucien, Vorsitzender der Organisation der *Na Savi* erklärt:

Bereits in den Jahren 1998 und 1999, nach dem Massaker von *El Charco*, begann das Militär mich zu verfolgen und zu bedrohen... Die Armee kam mehrmals zu mir nach Hause und das letzte Mal haben sie mich gepackt und waren genau dort. Sie bedrohten mich: Sie warfen mir vor, ich wäre ein Anführer, der die anderen antreibt, und dass ich dafür teuer bezahlen werde, dass sie mich ermorden werden. Sie kamen vier Mal zu mir nach Hause und seitdem erhalte ich Morddrohungen von der Armee. Später haben sie auch auf meine Frau geschossen. Sie schießen auf sie, und wir sehen, es gibt absolut keine Gerechtigkeit.

Am 15. Februar 2007 wurde ich in meinem Ford Pick-Up angegriffen. Sie warfen mich zu Boden, zerstörten die Windschutzscheibe, und ich trug eine Schusswunde am Hals davon. Auch damals hat uns die Polizei nicht geholfen, es gab keinen Prozess und die Regierung bedrohte uns weiterhin. Bereits vor diesem Zwischenfall [am 18. Oktober 2006] hatten sie mich danach gefragt, was ich mache, warum ich diesen Pick-Up hätte, warum ich einen nagelneuen Wagen fahre und was ich denn wohl anbauen würde. Ich erklärte ihnen, dass ich Beauftragter des Gemeindeeigentums bin,

51 Interview mit Mario Patrón, 24. Juli 2007.

dann begannen sie mich zu bedrohen: »Du kennst deine Region, Du weißt wo Drogen angebaut werden und wo die Vermummten sich aufhalten [...] Du musst es wissen und wenn Du es nicht weißt, werden wir uns umsehen. Wenn wir etwas finden, werden wir zu Dir kommen. Denn wir wollen, dass Du uns hilfst zu erfahren, wo es Drogen gibt und wo die Bewaffneten sind.«

Die ständige Präsenz des Militärs in den letzten Jahren hat das Leben in den Gemeinden stark beeinträchtigt. Von den Kontrollposten und bei Verhören wird die indigene Bevölkerung oft rassistisch und diskriminierend behandelt. Die Fragen und Beschuldigungen drehen sich stets um die angebliche Präsenz von bewaffneten Gruppen und den Anbau von Drogen. Die Vorsitzende der *Me'Phaa*, Ohtilia Eugenio Manuel, beklagt, dass ihre Beschwerden über solche Vorfälle keinen Zugang zur Justiz finden:

Sie haben einen Jungen festgenommen, der gerade dabei war sich zu waschen. Sie brachten ihn an einen 4 Kilometer entfernten Ort, um ihn zu verhören, ob er von einer Guerilla sei, wo seine Kameraden seien, und sie würden ihn umbringen, wenn er es ihnen nicht sagt. Sie zwangen ihn dazu ihre Uniform anzuziehen und fotografierten ihn. All das wurde angezeigt, es wurde eine Beschwerde bei der Nationalen Menschenrechtskommission eingereicht. Wir haben so viele Anklagen eingereicht. Sie nehmen Personen ohne Haftbefehl fest, ohne Straftat, einfach auf dem Weg. Manchmal stellt die Polizei Kontrollposten an den Straßen auf, und überprüft die Leute. Dort heißt es dann, ob man sie nicht festnehmen solle, da sie ja Stiefel tragen und deswegen vielleicht Guerilleros sind. Dann werden sie verhört und müssen sagen wie sie heißen und woher sie kommen. Obwohl wir all diese Übergriffe der verschiedenen Polizeieinheiten angezeigt haben, haben sie uns nie geantwortet, ob eine Straftat besteht oder ob keine besteht. Es gab keine Straftat, nichts, wir haben die Anklage präsentiert und nichts mehr davon gehört.

Die Militärs errichteten ihre Camps auf dem gemeinschaftlich genutzten Boden der Gemeinden, wobei die Ernte zerstört und auch geplündert wird. Sie verschrecken die Kinder (die sich nicht mehr in die Schule trauen), stören die Frauen am Fluss, betreten die Gemeinden, um sich im Dorf umzuschauen und beschuldigen die Männer, dass sie Macheten tragen – ihr normales Arbeitswerkzeug.

Die Soldaten kommen auf die Maisfelder, schießen und dringen in die Häuser ein, um dort zu stehlen. Sie haben Hühner und Ziegen geschlachtet. Sie haben alles was wir hatten mitgenommen, alles für sich. Die Frauen haben sie vergewaltigt, als sie auf dem Weg waren, ihren Männern Essen zu bringen. [...] Viele Frauen wurden vergewaltigt. Sie weinten und sagten: Ich kann nichts machen. Die Soldaten arbeiten für den Staat und haben Waffen, wir haben keine Waffen.⁵²

Geschlechterspezifische Gewalt als Repressionsmechanismus

Am 16. Februar 2002 wurde die 17-jährige *Me'Phaa* Valentina Rosendo Cantú, gebürtig in der Gemeinde Acatepec, von Soldaten vergewaltigt und gefoltert. Nur einen Monat später, am 22. März, drangen Mitglieder der Armee in die *Me'Phaa* Gemeinde Barranca Tecuani ein und vergewaltigten Inés Fernández Ortega. Ohtilia Eugenio Manuel und ihre Schwester Andrea nahmen den Fall von Valentina entgegen und haben sich seitdem als Übersetzerinnen zur Verfügung gestellt, um die Anklagen der beiden Frauen zu unterstützen:

Danach kam Inés, die auch von den Soldaten vergewaltigt wurde. Wir sind mit Ihr überall hingegangen. Gerechtigkeit haben wir bisher nicht gesehen. Dort wo die Soldaten heute sind sagen die Leute: Es bringt nichts eine Beschwerde einzureichen, denn es gibt keine Gerechtigkeit. Deshalb entscheidet sich die Gemeinde die Soldaten davonzujagen, wie hier in der Gemeinde [*Barranca*] Tecuani. Hier wurden sie bis dort hinten, diesen ganzen Weg entlang, zurückgedrängt. Davon gibt es keine Videos. Aber es gibt ein Video der Gemeinde Barranca de Guadalupe, wo die Bewohner die Soldaten ebenso davongejagt haben, weil sie sich sagen: Es gibt keine Gerechtigkeit, wenn man anklagt. Die Soldaten bleiben einfach da und wir wissen nicht was passieren wird, die Leute fühlen sich gestört.

Die sexuellen Vergewaltigungen der Frauen sind als Folter dokumentiert worden, da sie gleichzeitig gezwungen wurden, über angebliche Verbindungen zur Guerilla zu informieren. Die Übergriffe haben starke Auswirkungen auf die indigenen Gemeinden, da sie die Zerstörung der Familien- und der Gemeinschaftsstrukturen zur Folge haben. Es sind vor allem die Frauen selbst, die heute ihre Rechte verteidigen und die eine aktive Rolle bei der Verteidigung ihrer körperlichen Unversehrtheit und dem Schutz der Gemeinden übernommen



Andrea Eugenio Manuel, in Begleitung von PBI vor dem Büro der OPIM [PBI]

52 Interview mit Ohtilia Eugenio Manuel, 23. Juli 2007.



*Obtilia Eugenio Manuel,
Andrea Eugenio Manuel und
Inés Fernández Ortega* [PBI]

men haben. Sie haben sich wiederholt mit den Militärs konfrontiert und sie von ihrem Grund und Boden vertrieben. Die Frauen sind es leid, dass ihre Hauptforderungen nach Respekt und Gerechtigkeit nicht erfüllt werden: Respekt ihnen gegenüber als Frauen und als Indigene, Respekt für ihre Kultur, ihre Gebräuche und ihre Organisationsformen; und Gerechtigkeit für die vielen Beleidigungen, Übergriffe und Menschenrechtsverletzungen, die sie erlitten haben.⁵³

Zerschlagung der Organisationsprozesse

Die Präsenz der Soldaten in der Region wird nicht als das einzige Instrument zur Kontrolle der Gemeinden und zur Bedrohung ihrer Anführer wahrgenommen. Die Organisationen legen Beschwerde dagegen ein, dass es Personen gibt, die Aufgaben für den Geheimdienst wahrnehmen. Zudem sind in den Regionen bewaffnete Gruppen von Zivilisten als paramilitärische Gruppen identifiziert worden.

Sie bespitzeln die Indigenen, die Bauern, wie sie arbeiten und was sie anbauen. Sie schauen sich um, wer die Gemeinde anführt. Sie versuchen die Strukturen zu verstehen, wer in der Gemeinde etwas zu sagen hat, wer die Anführer in der Gemeinde sind, damit bald darauf die Armee kommt und sie bedroht.⁵⁴

Diese Situation ist nicht neu und ähnliches ist auch aus anderen Regionen des Bundesstaates bekannt. Zum Beispiel in der *Sierra de Petatlán* in den siebziger Jahren, wie sich Felipe Arreaga von den *Campesinos Ecologistas* erinnert:

Ich begann mich für die sozialen Forderungen und für die Wälder einzusetzen. Wir begannen Aktionen und Absperungen zu machen und dann kamen Paramilitärs. Ich glaube es waren Verbündete der Armee. Der Oberst oder der General, ich weiß nicht genau wer, schickte in zivil gekleidete Leute von der Armee. Sie waren dort bei uns, und später brachten sie uns um, ermordeten uns und sagten, sie wären von der Guerilla.⁵⁵

53 Interview mit Inés Fernández Ortega und Obtilia Eugenio Manuel, 23. Juli 2007.

54 Interview mit der Unabhängigen Organisation des Volkes der *Na Savi*, 22. Juli 2007.

55 Interview mit Felipe Arreaga, 19. Juli 2007.

Die Präsenz von Informanten des Militärs in den Gemeinden ist bereits vielfach festgestellt worden. Während der Gedenkfeiern des Massakers von *El Charco* 2002 wurde ein Informant des Militärs vertrieben, der Informationen über die geplanten Aktivitäten sammelte. In dieser Situation wurde auch Obtilia Eugenio bedroht. Als sie die Verteidi-

gung der Fälle von Inés Fernández und Valentina Rosendo übernahm, bestanden diese Bedrohungen weiter fort:

Nach Valentina, als ich Inés als Übersetzerin unterstützte, richtete sich die Bedrohung auch auf mich. Ich treffe einen Mann auf der Straße, [...] ein Indigener, von dem wir wissen, dass er für die Militärs arbeitet, und er sagt dort zu mir: »Pass gut auf Dich auf, hör auf mit diesen Anklagen, denn was die Frauen sagen stimmt nicht. Du verbreitet nur Lügen aber die, die beschuldigt werden, sind sehr verärgert, sie wollen sich rächen. Das sage ich Dir zu Deinem Besten, weil ich Dich kenne, pass auf Dich auf«. Ich habe diesem Herren nichts geantwortet, und danach kamen anonyme Drohungen und das alles. Darum bekomme ich Schutzmaßnahmen, die mir zugewiesen worden sind. Nicht weil die Regierung das will, sondern weil sie von anderen Ländern dazu aufgefordert worden sind. Aber die Maßnahmen werden nicht so erfüllt, wie sie angedacht waren.

Der Druck und die Bedrohungen gegen Obtilia Eugenio und andere Mitglieder der Organisation waren bis Ende 2004 spürbar. Ein paar Tage nach ihrer Beteiligung an einer öffentlichen Veranstaltung, in der sie gegen die Militarisierung und die sexuellen Vergewaltigungen Anklage erhob, erhielt sie eine anonyme schriftliche Morddrohung, die sich eindeutig auf die Anklage in den genannten Fällen bezog.⁵⁶ Die Inter-amerikanische Menschenrechtskommission hat daraufhin die mexikanische Regierung aufgefordert, Schutzmechanismen für Obtilia Eugenio und ihre Familie einzurichten. Im Jahr 2007 richtete sich der Druck auf Fortunato Prisciliano Sierra, den Ehemann von Inés Fernández. Er wurde von denselben Personen angegriffen und erhielt eine Morddrohung, mit dem Ziel, die Anklage gegen die Militärs zu verhindern.⁵⁷ Obtilia Eugenio sieht dahinter klare Zielstellungen:

Sie wollen mir Angst machen, damit ich die Leute nicht weiter organisiere. Angst verbreiten ist ihre Taktik. Wir wissen, dass die Regierung einige Leute hat, Paramilitärs, und wir wissen um wen es sich handelt, denn es sind Indigene. Damit die Regierung dann, wenn es Tote gibt, sagen kann: Das ist zwischen ihnen, sie streiten unter sich, denn sie sind Indigene.

Die Übergriffe auf die Gemeinden und die Organisationen wurden auch von zivilen bewaffneten Gruppen verübt, die Verbindungen zur Armee und zu den Polizeiparaten besit-

56 *Amnesty International*, Urgent Action, AMR 41/001/2005, 12. Januar 2005.

57 Menschenrechtszentrum *Tlachinollan*, Presseerklärung, 27. August 2007.

58 *El Sur*, 19. September 2007.

59 *La Jornada Guerrero*,
30. Januar 2007.

60 *El Sur*, 19. September 2007.

61 Bericht des UN-Sonderberichterstatters über die Menschenrechtssituation und die Grundfreiheiten der Indigenen Völker, Rodolfo Stavenhagen, über seinen Besuch in Mexiko vom 1.-18. Juni 2003.

zen.⁵⁸ Seit dem Jahr 2000 haben sich mehrere Familien, die Verbindungen zum Militär haben, von der *Me'Phaa* Gemeinde Barranca Guadalupe abgespalten und die Gemeinde La Unificada gegründet. Diese Familien genießen den Schutz der Armee, sind bewaffnet, und überwachen die Mitglieder der Organisationen. La Unificada ist auch als Camp der Armee genutzt worden.⁵⁹ Im Jahr 2006 wurden Übergriffe von bewaffneten Gruppen dokumentiert, die in die Schule einer Gemeinde eindrangen, Bücher und Materialien zerstörten und Mitglieder der Organisation schlugen und bedrohten. Erneute Informationen über die Präsenz von Gruppen bewaffneter Männer gab es 2007, als diese in schwarzer Kleidung und mit verdecktem Gesicht in den Gemeinden patrouillierten.⁶⁰

UN-Sonderberichterstatter haben ebenfalls Beschwerden über die Existenz von paramilitärischen Gruppen in Guerrero und Oaxaca entgegen genommen. Es handelt sich um eine Situation der »Unsicherheit und Bedrohung für die indigenen Gemeinden, im Kontext der Umweltkonflikte, der Agrarkonflikte, sowie der politischen und sozialen Konflikte, die manchmal verbunden sind mit der Existenz von paramilitärischen Gruppen oder dem organisierten Verbrechen, und der Präsenz der mexikanischen Armee«.⁶¹



Demonstration zum Gedenken an das Massaker von El Charco, Juni 2007 [PBI]

Die Rechte der indigenen Bevölkerung und Autonomie-vorschläge

Der UN-Sonderberichterstatter über die Menschenrechtssituation und die Grundfreiheiten der Indigenen Völker stellt fest, dass starke soziale Konflikte in den ländlichen Regionen die Verletzung der Menschenrechte der indigenen Bevölkerung begünstigen. Es handelt sich dabei um Land- und Ressourcenkonflikte sowie um die Konflikte um die politische Macht.⁶² Guerrero hat einen Anteil von etwa 18 % indigener Bevölkerung, die vor allem in den Regionen Montaña, Costa Chica und in geringerem Anteil auch in den Regionen Centro und Norte lebt.

Die Verfassungsreform von 2001 hatte das Ziel, die Rechte der indigenen Bevölkerung zu stärken, indem einige wesentliche Artikel modifiziert werden sollten. Sie sollte sich nach der Gesetzesinitiative der Parlamentarischen Vermittlungskommission COCOPA richten, und auf dem 1996 zwischen der Zapatistischen Armee der Nationalen Befreiung (EZLN) und der Regierung unterzeichneten Abkommen von San Andrés basieren. Die Reform hat jedoch die an sie gestellten Erwartungen nicht erfüllt. Wesentliche Punkte wurden außen vor gelassen, wodurch die Anerkennung der indigenen Rechte stark beeinträchtigt wurde.⁶³ Insbesondere wurde den folgenden Forderungen nicht nachgekommen: die kollektive Ausübung der Rechte der indigenen Bevölkerung an Land und Bodenschätzen, die Anwendung ihrer eigenen normativen Systeme, die rechtliche Anerkennung der Gemeinden als juristische Person, verbunden mit der Möglichkeit ihre Rechte kollektiv einzuklagen, und das Recht auf Selbstbestimmung.

Guerrero ist einer der Bundesstaaten, in dem die juristische Anerkennung der Rechte der indigenen Bevölkerung

62 Ebd.

63 Ebd.



besonders schwach ist. Der rechtliche Rahmen weist Lücken auf, die kollektiven Rechte werden nicht anerkannt, und den Bewegungen, die ihr Recht auf Selbstbestimmung einfordern, wird mit Repression begegnet.⁶⁴ Die Nichtanerkennung der internationalen Abkommen durch die Behörden, wie im Fall der Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), die Mexiko bereits im Jahr 1990 ratifiziert hat, macht deren effektive Anwendung sehr schwierig.

Die Erfahrungen, die nachstehend vorgestellt werden, zeigen, wie diese Rechte in der Praxis eingefordert werden. Der Fall der Gemeindepolizei ist ein neuartiges Projekt, das sowohl auf lokaler wie auf nationaler Ebene als beispielhaftes Modell im Bereich der öffentlichen Sicherheit bewertet wird. Die Erfahrungen der *Nancue Ñomndaa* aus Xochistlahuaca beziehen sich auf die Einforderung des Rechts zur Selbstbestimmung und verdeutlichen die strukturellen Ursachen der hohen Konfliktivität in mexikanischen Gemeinden.

Sicherheit, Justiz und gemeinschaftliche Umerziehung in den Regionen Costa Chica und Montaña

Die Regionale Koordination der Gemeindeautoritäten (CRAC), auch bekannt als Gemeindepolizei, ist eine Organisation der indigenen und mestizischen Gemeinden der Regionen Costa Chica und Montaña in Guerrero. Sie entstand im Jahr 1995, um gegen das Klima der Gewalt und der Unsicherheit in der Region vorzugehen. Die Korruption der Beamten und die Schwierigkeiten beim Zugang zum Justizsystem hatten dazu geführt, dass die Bevölkerung dem Justizapparat und der Polizei stark misstraute. Die Gründung der CRAC ist das Ergebnis eines umfangreichen Prozesses von Entscheidungsfindungen in Versammlungen der Gemeinden und der Regionen. Ziel ist es, öffentliche Sicherheit zu garantieren, Gerechtigkeit zu gewährleisten und Straftäter umzuerziehen. Der Organisationsprozess der CRAC ist einer der wichtigsten und stärksten der letzten Jahre im gesamten Bundesstaat.⁶⁵ Laut dem Menschenrechtszentrum *Tlachinollan* handelt es sich um eine wichtige Erfahrung der Einforderung kollektiver indigener Rechte, insbesondere des Rechts auf Selbstbestimmung und die Anwendung von eigenen und selbst entwickelten Systemen und Strukturen.

In dem historischen Prozess der CRAC als Organisation gab es nie einen öffentlichen oder einen politischen Anspruch auf ein eigenes normatives System. Es ging immer um die

64 Menschenrechtszentrum *Tlachinollan*, *Un año más de resistencia de los pueblos indígenas de Guerrero*, 12. Oktober 2004.

65 Homepage der Gemeindepolizei CRAC: <<http://www.policiacomunitaria.org>>.

konkreten Bedürfnisse und um die Realität: Es gibt Vergewaltigungen, Diebstahl, Hinrichtungen, Überfälle, und wir haben uns an die Behörden gewendet, aber die Behörden haben uns keine Antwort gegeben. Also haben wir uns organisiert und unser eigenes Justizsystem eingerichtet. Die Basis für die Erschaffung dieses Justizsystems sind die *Me'Phaa* und die *Na Savi*. Sie entwickeln diesen ganzen Organisationsprozess, mit ihrer gesamten Weltanschauung, mit ihrer ganzen Kultur, ihrer Art und Weise Konflikte zu lösen. Das bringen sie in die Regionale Koordination ein und vor diesem Hintergrund entwickelt sich das ganze System, das effektiv für öffentliche Sicherheit sorgt.⁶⁶

Von der Gründung der Gemeindepolizei zu Justiz und gemeinschaftlicher Umerziehung

Anfang der neunziger Jahre fand eine Reihe von Versammlungen statt, um Lösungen für die dringenden Probleme zu finden, die unbestraft bleibende Kriminelle in der Region verursachten. Zeitgleich zur Entstehung des Rat Guerrero 500 Jahre Widerstand und der Arbeit einiger anderer Organisationen (*Luz de la Montaña*, *Unión General Campesina* sowie *einige Gemeindeverwaltungen*) entstand der Rat Indigener Autoritäten, der den Bau der Straße von Tlapa nach Marquelia vorantrieb. Als diese Verbindungsstraße zwischen den Regionen Costa Chica und Montaña schließlich 1995 fertig gestellt war, widmete sich die Organisation einem neuen Thema: der öffentlichen Sicherheit. Die Region war zu dieser Zeit stark von Viehdiebstahl, Straßenüberfällen und Vergewaltigungen betroffen. Die Problematik wurde in vielen Ver-



Gerichtshaus der Gemeindepolizei in San Luis Acatlán [PBI]

⁶⁶ Interview mit Mario Patrón, 24. Juli 2007.

sammlungen diskutiert, und nach und nach entstanden in den verschiedenen Gemeinden Ideen, wie man auf die Unsicherheit reagieren kann.⁶⁷

Es gab sehr allgemeine Ansätze, sehr unterschiedliche Beobachtungen, sehr verschiedene Beiträge. Es sprachen Lehrer, Bauern, Hausfrauen... sie trafen zusammen um zu überlegen, wie man gemeinsam mit der Gewalt umgehen konnte, die in den Gemeinden und in der Region verbreitet war. So gab es viele Diskussionen, Versammlungen an verschiedenen Orten [...] alles um eine Lösung für das Problem zu finden. Bis es dann letztendlich Übereinstimmung gab, die gemeinschaftlich organisierte Sicherheit einzuführen, die wir heute haben: die Gemeindepolizei.⁶⁸

Zu Beginn wurden in den Gemeinden Polizeieinheiten gebildet, die den Auftrag hatten, auf den Wegen zu patrouillieren, vorbeugend einige Viertel zu bewachen und Versammlungen und öffentliche Veranstaltungen zu schützen. Dadurch wurden die Verbrechen maßgeblich verringert und die Kriminalität konnte eingeschränkt werden. Es kam aber bald die Frage auf, wie man mit dem Justizsystem umgehen solle. Die vermeintlichen Straftäter wurden festgenommen und den staatlichen Behörden übergeben, die sie jedoch wieder freiließen. Die Unwirksamkeit und die Korruption der Beamten aus den öffentlichen Justizinstitutionen wurden dadurch noch offensichtlicher. Diese Situation veranlasste die Bevölkerung, die Regionale Koordination der Gemeindeautoritäten mit der Rechtsprechung und der Verwaltung der Justiz zu beauftragen, während die Polizeieinheiten den Schutz und die Patrouillen übernahmen.⁶⁹ Bei der Gründung der CRAC orientierte man sich an den Organisationsformen der Gemeinden. Höchste Autorität ist die Regionale Versammlung, die auch für die Lösung der schwerwiegendsten Konflikte zuständig ist. Die Mitglieder der Koordination werden von der Versammlung unter denjenigen ausgewählt, die bereits andere Ämter in der Gemeinde übernommen haben (Polizei, Gemeindebeauftragte und Agrarbeauftragte). Bei der Verwaltung der Justiz wird die Koordination von Beratern unterstützt, die selbst schon einmal im Amt waren und von der Versammlung berufen werden, bei besonders komplexen Fällen oder organisationsinternen Problemen zu helfen.

Auf diese Weise werden die Leute ausgewählt, die das Amt der Gemeindeautorität übernehmen, Leute die sich beteiligen, die sich um soziale Probleme sorgen, Ihnen wird die Ehre gegeben in der Versammlung gewählt zu werden.⁷⁰

67 Interview mit Pater Mario Campos, Beauftragter der *Pastoral Social* in Tlapa, 24. Juli 2007.

68 Interview mit Jesús Reyes Bonifacio, CRAC, 29. September 2007.

69 Homepage der Gemeindepolizei.

70 Interview mit Jesús Reyes Bonifacio, 29. September 2007.

Mit der Gründung der CRAC wurde das System der gemeinschaftlichen Umerziehung eingeführt, das bei einfachen Delikten einen Arbeitseinsatz in der Gemeinde vorsieht. Die zu leistende Arbeit wird je nach Schwere des Delikts festgelegt. Dabei wird immer versucht die Betroffenen zu entschädigen und ein freundschaftliches Übereinkommen zu erreichen.

Die Beziehung zum Staat

Während des Entstehungsprozesses der Gemeindepolizei war die Beziehung zu den drei verschiedenen Regierungsebenen nicht einfach, denn dieses Modell stellte die Effizienz der Sicherheitsorgane und der Rechtsprechung in Frage. Es kam zu Auseinandersetzungen und Interessenkonflikte mit anderen lokalen Polizeieinheiten, die aber gelöst werden konnten. Zu Beginn wurde das Projekt gut aufgenommen, und es gab sogar Unterstützung von Seiten des Staates: Ausbildung durch das Innenministerium und die mexikanische Armee, Ausstattung mit Waffen durch den Gouverneur, Registrierung der Waffen bei der Armee und die Anerkennung sowie Unterstützung durch die Gemeindeverwaltungen.

In der Gemeinde befinden sich verschiedene Regierungsinstanzen wie die Staatsanwaltschaft, die Friedensrichter und die Polizeieinheiten der Staatsanwaltschaft und der lokalen Regierungen. Dann gibt es noch die Koordination der Gemeindepolizei, die auch in der Gemeinde arbeitet [...] Wir stören uns nicht, wenn wir uns treffen geht jeder seinen Weg, wir versuchen uns nicht anzugreifen, das sind die internen Abkommen, die mit den Instanzen der lokalen Regierung bestehen.

Die größten Probleme und Konfrontationen entstanden, als die CRAC begann auch Rechtsprechungen vorzunehmen. Im Jahr 2002 wurden Mitglieder der Gemeindepolizei und der Koordination verhaftet. Die Vergehen, die ihnen vorgeworfen wurden, bezogen sich auf von ihnen ausgesprochene Urteile, die aber durch die Bevölkerung legitimiert und autorisiert sind. Die Bevölkerung mobilisierte sich daraufhin gegen die Regierung, und schließlich wurden Vereinbarungen zur Zusammenarbeit und gegenseitigem Respekt getroffen.

Mit einer neuen Strategie beabsichtigte der Staat die Gemeindepolizei in die staatlichen Sicherheitsapparate einzugliedern und einige Personen der Gemeinden mit einem Jurastudium zu fördern, damit sie Beamte und Richter werden können. Die CRAC sieht hinter diesen Maßnahmen den

Versuch ihre Autonomie und ihre Handlungsfreiheit zu begrenzen⁷¹, und wirft dem Staat fehlendes Verständnis gegenüber der indigenen Bevölkerung vor. Während der Staat die Legalität der Gemeindepolizei negiert, verteidigt die Regionale Versammlung die Legitimität des Projektes. Sie beruft sich dabei auf die internationalen Abkommen über indigene Rechte, denn ihre Bewegung ist »ein Ausdruck der Völker, die ihre eigenen Instrumente entwickeln, um dort Sicherheit zu gewährleisten, wo sie der Staat nicht garantiert.«⁷²

Sei dem Beginn der Amtszeit des Gouverneurs Zeferino Torreblanca im Jahr 2005, hat sich die Gemeindepolizei über das zweideutige Verhalten des Staates beklagt, der die CRAC einerseits toleriert und anerkennt, andererseits jedoch zulässt, dass die Justizapparate ihre Arbeit kriminalisieren. Mehrere Koordinatoren haben einen Haftbefehl, da sie von Personen angeklagt worden sind, die von der CRAC festgenommen wurden. In diesen Fällen erkennen die Kläger nicht an, »dass sie sich gegenüber ihren Nachbarn etwas zuschulde haben kommen lassen, und sie bekommen problemlos Unterstützung durch die Behörden, damit sie jene anklagen, die ihnen die Möglichkeit zu einer Umerziehung und zu einem Leben in Frieden und Ruhe gegeben haben.«⁷³ Für die CRAC verdeutlicht sich durch die Haftbefehle gegen ihre Koordinatoren die fehlende Anerkennung des Rechtssystems der indigenen Bevölkerung. Nach ihrer Einschätzung werden die Haftbefehle ohne eine vorherige angemessene Untersuchung des Vorfalls ausgestellt, und ohne genau zu klären, ob es ausreichend Anhaltspunkte dafür gibt, dass sie die entsprechende Straftat begangen haben.

Und das ist kompliziert: Das System des Staates hat nicht verstanden, dass es eine indigene Bevölkerung gibt, dass es dort ein gleichberechtigtes Recht gibt, nämlich die Gewohnheitsrechte, die legales Recht sind.⁷⁴

71 Homepage der Gemeindepolizei.

72 Mendoza Zaragoza, Jesús, *La policía comunitaria, entre la ilegalidad y la legitimidad*, In: *El Sur*, 28. Oktober 2007.

73 Regionale Koordination der Gemeindeautoritäten (CRAC), Pressemitteilung, 7. September 2007.

74 Interview mit Jesús Reyes Bonifacio, 29. November 2007.

Die Gemeindepolizei als Modell für die Öffentliche Sicherheit

Die Gemeindepolizei hat durch ihren Organisationsprozess und durch die Erfolge der letzten Jahre in den Gemeinden an Legitimität gewonnen und Einfluss auf die Strukturen des Bundesstaates genommen.

Jetzt, wo das Thema der öffentlichen Sicherheit im Bundesstaat Guerrero so heiß diskutiert wird, blieb dem Gouverneur nichts anderes übrig als die Effizienz der Gemeindepolizei anzuerkennen, im Gegensatz zu der immer deutli-

cher werdenden Krise der Staatsapparate [...] durch die Mafia und das organisierte Verbrechen. Also hat sie Einfluss gehabt, nicht im Sinne einer legislativen Reform, aber im Sinne einer Reform über den Weg der Tatsachen, der Anerkennung und des Respekts ihres Justizsystems.⁷⁵

Das Projekt der Gemeindepolizei erstreckt sich derzeit auf 10 Gemeindebezirke und 65 Gemeinden der *Me'Phaa, Na Savi, Nahua* und mestizischen Gemeinden, und kommt insgesamt etwa 100.000 Personen zugute. Ende 2007 wurde die Anzahl der Gerichtshäuser von ursprünglich einer Einrichtung auf drei erhöht, um einen besseren Zugang in der gesamten Region zu gewährleisten. Wie in jedem sozialen Prozess gibt es auch bei der Gemeindepolizei Krisenmomente und Bedarf zur Weiterentwicklung. Da die Sicherheitssituation sich verbessert hat, verkennen einige Gemeinden bisweilen die Notwendigkeit einer aktiven Teilnahme. Wenn es jedoch notwendig wird, stehen die Gemeinden zu dem Projekt und verteidigen es.⁷⁶ Inzwischen gibt es auch neue Herausforderungen: Die heutigen Sicherheitsprobleme sind nicht mehr die gleichen, die zur Gründung der Gemeindepolizei geführt haben. Es gibt neue Variablen und andere Straftaten. Zudem muss sich die Gemeindepolizei mit ihrem eigenen Wachstum auseinandersetzen und eine geeignete ökonomische Existenzgrundlage finden.



Feierlichkeiten anlässlich des 12. Jahrestags der Gemeindepolizei [Tlachinollan]

75 Interview mit Mario Patrón, 24. Juli 2007.

76 Interview mit Padre Mario, 24. Juli 2007.

Wir haben sehr viel mit dem Wasser zu tun: wie wir uns nennen, wie wir unsere Sprache bezeichnen, sehr viele Dinge, viele Elemente, das Wasser ist immer dabei. Zum Beispiel bedeutet der Name unserer Sprache *das Wort des Wassers* oder *die Sprache des Wassers*; wenn wir sagen unsere Gemeinde sagen wir *Wasser-Land* [...] wenn wir von *träumen* sprechen sagen wir *im Wasser schlafen* und viele andere Dinge die mit dem Wasser zu tun haben. Das Wasser ist sehr wichtig für uns, es ist lebenswichtig, genau wie die Erde, das Land.

David Valtierra,
Radio *Ñomndaa*

77 Die Bezeichnungen

Xochistlahuaca und *Amuzgo* stammen aus dem *Náhuatl*. Die Sprache der *Amuzgos* ist das *Ñomndaa*. Die *Amuzgos* bezeichnen sich selbst als *Nancue Ñomndaa* und ihre Gemeinde nennen sie *Suljaa'*.

78 Gutierrez Ávila, Miguel Angel, *Déspotas y caciques. Una antropología política de los amuzgos en Guerrero*, Mexiko, Universidad Autónoma de Guerrero, 2001.

79 Menschenrechtszentrum Miguel Agustín Pro Juárez, *Xochistlahuaca: la herencia del poder. Informe sobre las violaciones a los derechos humanos y abuso de poder de las autoridades de Xochistlahuaca*, Guerrero, Mexiko-Stadt, Februar 2001.

Radio *Ñomndaa*, Die Sprache des Wassers

Die Gemeinde *Xochistlahuaca* wird vorwiegend von den Indigenen der *Amuzgos* (*Nancue Ñomndaa*)⁷⁷ bewohnt und befindet sich in der Region *Costa Chica*, an der Grenze zum Bundesstaat *Oaxaca*. In *Xochistlahuaca* (*Suljaa'*) leben zudem Mestizen und Gemeinden der *Nahuas*, die während der Revolution aus dem Bundesstaat *Puebla* hierher und in weitere Gemeinden an der Grenze zu *Oaxaca* flüchteten.

In den dreißiger Jahren lehnten sich die *Amuzgos* regelmäßig gegen die Machthaber der Gemeinde auf. Auch 1979, 1989-90 und 1998 konfrontierten sich verschiedene Bewegungen mit dem politischen und wirtschaftlichen System und protestierten gegen die autoritäre und gewalttätige Herrschaft des Bürgermeisters der *PRI*.⁷⁸ Das Radio *Ñomndaa* ist als ein Teil dieses Kampfes der *Amuzgos* für ihre Autonomie entstanden.

Die Gemeinde (*municipio*) ist die kleinste administrative Einheit, auf der die politische und territoriale Einteilung Mexikos aufbaut. In den Gemeinden werden die öffentlichen Mittel verwaltet und hier befindet sich die Schnittstelle mit den bundesstaatlichen und den nationalen Behörden. Die Bürgermeister werden alle drei Jahre neu gewählt. Die Dorfgemeinschaften (*comunidades*) sind den Gemeinden untergeordnet, wählen jedoch auch ihre Beauftragten (*comisarios*), die sich um die Verwaltung des gemeinschaftlichen Eigentums kümmern und die Interessen der Dorfgemeinschaft gegenüber dem Bürgermeister vertreten. In den indigenen Dorfgemeinschaften werden die Autoritäten nach wie vor durch Wahlen nach den Sitten und Gebräuchen der Dorfgemeinschaft, in der Regel durch Wahlversammlungen, bestimmt, wobei die Ämter jedes Jahr neu besetzt werden. Die Gesetzgebung der Gemeinden erkennt die so gewählten Repräsentanten jedoch nicht an.

Die Bürgermeister verwalten die Mittel der nationalen und bundesstaatlichen Ebene. In Gemeinden, wo es keine vom Staat unabhängigen Wirtschaftszweige gibt, vor allem in den ländlichen Gebieten, führt diese Situation für gewöhnlich zu Kontroversen. Die Verwendung dieser Mittel stößt bei Bauern- und Indigenenorganisationen (wie z.B. bei den Organisationen in *Ayutla*) häufig auf Ablehnung, und es kommt zu Auseinandersetzungen mit den Verantwortlichen der Gemeinde.

Die traditionellen Autoritäten von *Suljaa'*

Im Jahr 2000 setzte der Bürgermeister von *Suljaa'* in einigen indigenen Dorfgemeinschaften die Autoritäten mit Gewalt ein und missbrauchte damit sein Amt.⁷⁹ Die in der Wahlversammlung gewählten Autoritäten wurden nicht anerkannt

und der Dorfgemeinschaft wurden der Partei PRI nahe stehende Beauftragte aufdrängt. Auch die Schule wurde getrennt, die zweisprachigen Lehrer wurden aufgeteilt, und die Schüler gingen fortan auf zwei verschiedene Schulen.

Das bewirkte in vielerlei Hinsicht große Unzufriedenheit. Es gab den Versuch einer Vermittlung durch die politischen Parteien, aber es war eine Vermittlung zwischen der Unzufriedenheit und der Autorität. [...] Es wurde eine Kommission zusammengesetzt, die nach Chilpancingo ging. Sie kamen mit Versprechen zurück und danach gingen sie wieder. Dann war damit Schluss, denn es passierte nichts und die Leute sagten sich: »Nun gut, sie machen uns etwas vor, denn es passiert nichts, es bleibt alles gleich.« Das Ganze fiel zeitlich mit einer starken Mobilisierung der Zapatisten zusammen, die sich »Der Marsch für die Farbe der Erde« nannte. Das sorgte für gute Voraussetzungen, um die Rechte der indigenen Bevölkerung, die wir nie hatten, in der Verfassung anzuerkennen. Und das hat hier auch für gute Stimmung für den Kampf gesorgt, um uns selbst wieder zu finden [...] In den Dorfgemeinschaften gab es Autoritäten die vom Volk ernannt wurden, jedoch nicht in der Gemeindehauptstadt. Also war es wie jemand ohne Kopf, es gab keine Koordination, sondern vereinzelt Widerstand, unorganisiert. Es wurde vereinbart Gemeindeautoritäten zu ernennen, die den Widerstand koordinieren und neue Beziehungen aufbauen sollten. So wurden die traditionellen Autoritäten ernannt. Wir bezeichnen sie als traditionell, weil es früher auch so war, aber viele Leute sagen es ist Autonomie oder die Macht der Bevölkerung, sie wollen es als Selbstverwaltung bezeichnen. Wie es auch immer heißt, die Idee dahinter ist, die Entscheidung über unser Leben, über unsere Dorfgemeinschaft und unsere Erde wieder in die eigenen Hände zu nehmen, und unsere Kultur zu stärken.⁸⁰

Ende 2002 wurde das Rathaus eingenommen, und parallel zur offiziellen Regierung richtete man eine Regierung der traditionellen Autoritäten ein. Für die Wahl der Beauftragten und der Autoritäten wurden eigenen Methoden und Verfahren angewendet. So konnte wieder Einfluss auf einen wichtigen öffentlichen Raum der Gemeinde genommen werden.

Zum Beispiel gibt es bei der Wahl der Autoritäten in jeder Dorfgemeinschaft jemanden, den wir *Tsaⁿmats'iaⁿ* nennen. *Tsaⁿmats'iaⁿ* bedeutet *jemand der schmutzig ist* [...] er ist schmutzig wegen der Arbeit, er tut etwas, er sitzt nicht nur



80 Interview mit David Valtierra, Leiter des Koordinationskomitees von *Radio Ñomndaa*, 26. Juli 2007.



Mitarbeiter von Radio
Ñomndaa [PBI]

rum und befiehlt und kommandiert. Jetzt ist das anders, jetzt wird befohlen und kommandiert. Inzwischen wird nicht mehr so wie früher gewählt. Früher war es eine Wahlversammlung, man berief eine Versammlung ein, und die Dorfgemeinschaft versammelte sich so oft es notwendig war, und man einigte sich darauf wer ihr *Tsaⁿmats'iaⁿ* sein sollte, wer es werden sollte, und niemand hat sich selbst vorgeschlagen, es gab noch nicht einmal Wahlkampagnen, es gab auch keine Gruppen die sagten »So, wir schlagen den und den vor«. Nichts dergleichen! Es war die Dorfgemeinschaft, die sich versammelte, und sie wählte je nachdem, ob man es gut machte, denn es gab so etwas wie eine Reihenfolge. Nur weil jemand gut drauf ist, bedeutet das nicht, dass man *Tsaⁿmats'iaⁿ* werden kann, denn man weiß nicht wie er arbeitet, man weiß nicht ob er die Aufgaben im Komitee des Wassers erfüllt hat, man weiß nicht, ob er die Aufgaben im Komitee der Schule erfüllt hat.⁸¹

Es gab Versuche diesen Prozess zu zerschlagen, indem die Mitglieder der traditionellen Autoritäten bedroht und kriminalisiert wurden. Zum Beispiel wurde im Jahr 2004 in einer Gemeindeversammlung beschlossen einen Bauern in Haft zu nehmen, der auf illegale Weise Ländereien aufgekauft hatte. Die Generalstaatsanwaltschaft nutzte diesen Fall, um Haftbefehle gegen mehrere Mitglieder der Versammlung zu erlassen und ignorierte damit die normativen Systeme der Gemeinde. Ein Beauftragter der Gemeinde wurde festgenommen. Er kam gegen eine Kautions wieder frei, aber der Strafprozess ist nicht abgeschlossen, und die anderen Haftbefehle sind weiterhin gültig.

Die autonome Regierung wurde schwächer und brach bei den Wahlen 2005 auseinander. Ein Teil der traditionellen Autoritäten hatte sich entschieden bei den offiziellen Wahlen der politischen Parteien teilzunehmen und verlor diese Wahl.

Das erste was die neue Regierung tat war die traditionellen Autoritäten zu schwächen. Mit der vorherigen hatte man verhandelt, zum Beispiel über einige Programme für die Bauern, da kamen die Mittel direkt bei den Bauern an, ohne Vermittlung des Bürgermeisteramtes. Aber jetzt muss alles über das Bürgermeisteramt gehen, es gibt keine Beziehungen zu den Organisationen, sie existieren nicht, es existiert nur die Autorität, die offizielle Autorität.⁸²

81 Ebd.

82 Ebd.

Die einzigen Autoritäten, die ihre Präsenz mit der gleichen Stärke aufrechterhalten, sind die Agrarbehörden. Dabei spielt

die Vorstellung vom Grund und Bodens als einem »Zufluchtsort des Widerstands« eine wichtige Rolle. Die Generalversammlung der Nutzer von gemeinschaftlichem Grundbesitz, der Ejidatarios, ist offiziell anerkannt und die Beteiligung der Bauern ist sehr groß.⁸³

Das Recht auf ein Radio in der eigenen Sprache

Vor diesem Hintergrund beginnt das Radio *Ñomndaa* Ende 2004 zu senden. Im Vergleich zu den traditionellen Autoritäten handelt es sich um ein kleineres Projekt, aber es entsteht in derselben Logik, der Verteidigung der Autonomie, als ein Raum der die Organisation und die Entwicklung neuer Ideen fördern soll. David Valtierra ist Mitglied des Koordinationskomitees von Radio *Ñomndaa*:

Wir als Radio *Ñomndaa* sind Teil dieses Kampfes für die Autonomie, denn unser Radio ist unabhängig von allen politischen Parteien und von religiöser Zugehörigkeit, wir vertreten keine Religion und keine politische Partei. Das Radio ist also die Ausübung eines Rechts, das vom Gesetz bisher noch nicht anerkannt ist. Bis heute ist es der ursprünglichen Bevölkerung versagt eigene gesetzlich geregelte Kommunikationsmedien zu haben.⁸⁴

In der Verfassungsreform von 2001 wurden die Rechte und die Autonomieforderungen der indigenen Bevölkerung nicht anerkannt. Das Recht auf eigene Kommunikationsmedien war ein Teil diese Forderungen.

Jedes Volk, überall auf der Welt, hat das Recht zu denken und zu sprechen. Und die Worte nicht einfach so auszusprechen, sondern über die Luft, über die Frequenz zu senden. Die Frequenz gehört nicht einer bestimmten Person, nicht dem, der das meiste Geld hat, die Frequenz und die Luft gehören uns allen. Also, warum wird uns untersagt unser Wort zu übermitteln, unsere Gedanken, über die Luft, über die Frequenz? Warum können die Reichen es? Warum hat die Regierung selbst ihr Radio und Fernsehen und warum hat es das Volk nicht? Warum kann man unsere Kultur nicht auch weiter weg hören? Es gibt keine wirklichen Argumente, es ist eine Frage von Diskriminierung, von Isolation, um uns unter Kontrolle zu halten.

Laut mexikanischem Recht gehört der Luftraum zum Besitz der Nation, daher benötigt man eine Genehmigung des Ministeriums für Kommunikation und Transport (sct), wenn

83 Ebd.

84 Ebd.

man die Frequenzen der Radiowellen für eine Radiostation nutzen will. Die Erteilung der Genehmigungen richtet sich nach den Interessen von Mediengrößen wie Televisa und tv Azteca und nicht nach kulturellen Kriterien, damit auch die Gemeinden Zugang haben können.⁸⁵ Dazu kommt noch der erschwerende Umstand, dass die Radiostationen der Gemeinden aus der Logik des Staates heraus als subversive Radios wahrgenommen werden:

Die Regierung kam als erstes und sagte wir seien illegal, wir würden gegen das Gesetz verstoßen und wir seien Straftäter. Auf nationaler Ebene wurde gegen uns geklagt, und sie wollten uns die Technik entwenden. Das geschah als erstes, danach begannen die Untersuchungen, dann kam die Armee [...] Wir wissen nicht warum, aber die Armee ist nicht mit diesen Aufgaben betraut, und trotzdem wurde sie hier her geschickt um zu untersuchen, Namen zu erfragen. Sie täuschten uns um an Information zu kommen. Danach wurde es schlimmer, denn die Armee hat Leichtflugzeuge, und mindestens drei Mal [...] sind sie hier über diesen Hügel, wo die Antenne ist, geflogen, haben den Hügel umkreist. [...] Es gibt auch außerhalb der Regierung Leute, denen nicht gefällt was wir sagen, denen es nicht passt, und dann rufen sie uns per Telefon an und bedrohen uns. Wir hatten schon mehrere Morddrohungen.⁸⁶

Radio *Ñomndaa* fordert die verfassungsrechtliche Anerkennung der Meinungsfreiheit, sowie die Umsetzung der in der ILO Konvention 169 festgelegten Rechte der indigenen Bevölkerung.

Das Wesentliche ist, dass wir die Abkommen von San Andrés umsetzen, denn diese Rechte werden uns vorenthalten. Sie werden nicht anerkannt, aber wir setzen sie im Rahmen unserer Möglichkeiten um, und wir glauben, sie besitzen keine Argumente um zu behaupten, das sei nicht rechtens.⁸⁷

Das Radio bietet einen Raum für die Kommunikationsbedürfnisse der Bevölkerung, um Sprache, Kultur und Identität der *Nancue Ñomndaa*, anderer Ethnien und der Mestizen in der Region zu fördern. Die Arbeit ist freiwillig, und nur die Techniker erhalten eine Vergütung. Finanziert wird das Projekt durch Beiträge, jährliche Veranstaltungen, Verlosungen, durch Beiträge einiger Händler der Region und durch den Verkauf von CDs. Musiker haben mit dem Radio die Möglichkeit Musik der Region zu verbreiten und ihre eigenen Aufnahmen zu machen:

85 Interview mit Mario Patrón, 24. Juli 2007.

86 Interview mit David Valtierra, 26. Juli 2007.

87 Ebd.

Früher gab es hier kaum Musiker. Jetzt gibt es Leute, die in *Amuzgo* singen. Es gab sie eigentlich schon immer, aber niemand hat zugelassen, dass ihre Stimme nach außen dringt, es ist wie die zum Schweigen gebrachte Stimme unseres Landes, der indigenen Bevölkerung.⁸⁸

Die Stimme der Frauen

Die Frauen beteiligen sich am Radio unter anderem durch das Programm »Frauen aus Xochistlahuaca«. Es werden dort Themen behandelt wie: Gesundheit, Frauen- und Kinderrechte, innerfamiliäre Probleme und aktuelle kulturelle Traditionen oder selten werdende Traditionen.⁸⁹ Das Programm wird in Spanisch und in *Ñomndaa* gesendet und regt die aktive Beteiligung der Frauen an. Der Inhalt des Programms wird nicht immer von den Radiomoderatoren bestimmt. Manchmal kommen Frauen zum Radio und schlagen Themen vor, die sie besprechen wollen, oder die Programmkoordinatoren befragen die Frauen, »damit man ihre Stimme hören kann, ihre Stimme im Radio, und damit sie lernen sich mehr zu äußern, denn früher haben die Frauen kaum gesprochen.«:

Die älteren Frauen erzählten, dass sie früher nicht an den Versammlungen teilnehmen durften, an den politischen Versammlungen im Rathaus oder wo auch immer. Und auch, dass ihnen nicht erlaubt wurde in die Schule zu gehen, davon waren die Frauen mehr betroffen. Durch das Radio haben wir über all diese Dinge gesprochen, und wir konnten sehen, dass die Leute jeden Tag viel Radio hören. Sie lernen jeden Tag mehr und kennen inzwischen ihre Rechte. Sie wissen jetzt über Dinge Bescheid, über die man früher nicht einfach so sprechen konnte, und sie wissen jetzt auch mehr über ihren eigenen Körper. Denn früher war es für sie beleidigend und unflätig über den Körper der Frau zu sprechen, über ihre Krankheiten zu sprechen. Und mehr noch mit der Krebs-Krankheit, denn es gab und es gibt immer noch Frauen, denen es peinlich ist zum Arzt zu gehen, oder denen es von ihren Männern verboten wird ins Krankenhaus oder ins Gesundheitszentrum zu gehen und dort vom Arzt untersucht zu werden. Das hat dazu geführt, dass viele an dieser Krankheit sterben. Ich habe mit mehreren Frauen gesprochen, die früher nicht zum Arzt gegangen sind, inzwischen tun sie es und sie kümmern sich mehr um ihre Gesundheit. Denn es ist wie ich es ihnen immer sage: wenn sie sich nicht kümmern, kümmert sich niemand. Daher müssen sie sich um sich selbst und um ihre Familie kümmern.⁹⁰



Radiomoderatorin des Programms »Frauen aus Xochistlahuaca« [PBI]

⁸⁸ Ebd.

⁸⁹ Interview mit Roberta Pineda Morán, Moderatorin des Programms »Frauen aus Xochistlahuaca«, 26. Juli 2007.

⁹⁰ Ebd.

Natürliche Ressourcen und Entwicklungsprojekte

Wenn es auf dem Grund und Boden der Bauern und der Indigenen natürliche Ressourcen gibt, egal ob es sich dabei um Wasser, Mineralien oder Wälder handelt, wird dieser Raum zum Streitobjekt zwischen Unternehmen, Regierung und Bauern. Die exemplarischsten Kämpfe der letzten Jahre wurden in Guerrero um die Verteidigung des Bodens, des Territoriums und der natürlichen Ressourcen geführt. So wie im Fall der Campesinos Ecológicas, im Fall La Parota und im Fall Carrizalillo.

Mario Patrón, Menschenrechtszentrum Tlachinollan

In vielen ländlichen Regionen Guerreros und in Mexiko allgemein ist die Bevölkerung mit den gleichen Problematiken konfrontiert: Dem eingeschränkten Zugang zum Gesundheits- und Bildungssystem, schlechter Trinkwasserversorgung und mangelhaftem Zustand der Verkehrswege. Um Schulen und Gesundheitszentren zu erreichen, müssen die Menschen große Distanzen auf unbefestigten Wegen zurücklegen, die oft in schlechtem Zustand sind. Die überwiegende Wirtschaftsaktivität in diesen Regionen ist eine vorrangig auf die eigene Ernährung ausgerichtete Kleinbauernwirtschaft.

In diesen ländlichen Regionen befinden sich jedoch auch natürliche Ressourcen, die auf den internationalen Märkten hohe Preise erzielen. Insbesondere die Wälder, Mineralien und Wasserreserven Guerreros haben das Interesse privater oder halbstaatlicher Unternehmen geweckt. Die Genehmigungen für die Nutzung bzw. den Abbau dieser Ressourcen wurden oftmals ohne Einbeziehung und Befragung der betroffenen Bevölkerung erteilt. Dort, wo es zu Abkommen mit den Betroffenen kam, wurden keine sachgemäßen Informationen über die Auswirkungen der Nutzungspläne bekannt gemacht. Die vereinbarten Entschädigungszahlungen stehen in keinem Verhältnis zu den Gewinnen der Unternehmen und den bewirkten Umweltschäden, die eine Fortsetzung der traditionellen Nutzung des Bodens meist unmöglich machen. Ein grundlegendes Problem ist, dass die Landbevölkerung nicht an der Ausarbeitung der staatlichen Entwicklungspläne beteiligt wird, obwohl ihr Land davon betroffen ist. Vorgesehen ist lediglich die Beteiligung der Bevölkerung als Arbeitskraft für die Unternehmen während der Laufzeit der Projekte.

In einigen Ejidos und Gemeinden sind Organisationen entstanden, die sich gegen die Entwicklungspläne stellen. Um die Aufmerksamkeit des Staates und der Öffentlichkeit auf

ihre Forderungen zu lenken, blockieren sie die Zugangswege und behindern die Unternehmen bei ihren Aktivitäten. Da in diesen Fällen ökonomische Interessen berührt werden, sind diese Organisationen Opfer von Diffamierungskampagnen geworden. Ihren Mitgliedern werden konstruierte Straftaten vorgeworfen, sie werden verfolgt oder inhaftiert und in besonders tragischen Fällen sind einige von ihnen ermordet worden. Weitere Konflikte werden geschürt, wenn für die Realisierung eines Projekts ein Teil der Bevölkerung um Unterstützung ersucht wird, da sich so Spaltungen der Gemeinden ergeben, die in Gewaltausbrüchen münden können.⁹¹

Die Umweltschutzorganisationen der *Campesinos Ecologistas* und der *Mujeres Ecologistas*. Kampf für den Erhalt der Wälder und das Recht auf Nahrung

Die Umweltschutzorganisation der *Campesinos Ecologistas* (OCESP) entstand in der Sierra de Petatlán und Coyuca de Catalán mit dem Ziel die Rodung der Wälder zu stoppen. Die Bauern der Region und die als *Ejidatarios* bezeichneten Nutzer von gemeinschaftlichen Landflächen, wurden Zeugen der zunehmenden Austrocknung der Flüsse und der massiven Abholzung der Wälder, die auf eine gänzliche Entwaldung der Region hindeuten schien. Die Sorge um die Auswirkungen des Wassermangels, der Verschlechterung der Wasserqualität und der zunehmenden Vertrocknung der Böden, führte die Bevölkerung dazu, sich gegen diese Entwicklung zu organisieren.

Dass wir Blockaden machen wollten war wegen dem Rückgang der Wälder, und es sah damals überhaupt nicht gut aus. [...] Man sagte mir, siehst Du nicht, dass das Wasser in Banco Nuevo knapp wird? Siehst Du nicht tagtäglich, dass es nicht in Ordnung ist? Und es stimmt, das Wasser in Banco Nuevo war bereits verschmutzt, und ich erinnere mich, dass meine Tochter und ich Ausschlag bekamen. Das Wasser im Graben war bereits rot. Alles trocknete aus. Ich konnte sehen, dass das Wasser knapp wurde, und es war nötig etwas dagegen zu tun.⁹²

Eine der ersten Aktionen war die Blockade der Holztransporte im Februar 1998: Etwa einhundert Bauern aus der Region blockierten die Zugangswege in die Berge, um die Ein- und Ausfahrt der Holztransporter zu verhindern. Im März desselben Jahres wurde die *Unión de Ejidos Rubén Figueroa* wegen exzessivem und illegalem Holzschlag angezeigt. Die von der OCESP präsentierten Beweise basierten auf offiziellen Studien

Was wir dort gemacht haben hat mit nachhaltigem Leben zu tun, dass die Wälder nicht niedergebrannt werden, damit das Wasser nicht knapp wird. Es sind Ideen, es sind Dinge, die auf dem Land passieren und Realität werden. Zu sehen was dort passiert, bewegt einen manchmal, und es schmerzt.

Felipe Arreaga, Umweltschutzorganisationen Campesinos Ecologistas / Mujeres Ecologistas

- 91 Dieser Abschnitt fasst übereinstimmende Punkte aus den Interviews mit Mitgliedern der folgenden Organisationen zusammen: Menschenrechtszentrum *Tlachinollan*, CECOP, OMESP, Ständige Versammlung der *Ejidatarios* und Arbeiter von Carrizalillo.
- 92 Interview mit Felipe Arreaga Sánchez, OCESP/OMESP.



sowie auf den eigenen Erfahrungen. Viele der Bauern hatten selbst bei dem Holzunternehmen gearbeitet und konnten bestätigen, dass weit mehr Bäume gefällt wurden als in den Verträgen vereinbart war. Der Protest der ocesp wurde in schriftlicher Form auch dem Gouverneur, dem Umweltministerium und dem Kongress von Guerrero übermittelt.

Im Jahr 1995 hatte der Gouverneur des Bundesstaates Guerrero, Rubén Figueroa Alcocer, mit der kanadischen Firma Boise Cascade einen Vertrag für den Holzschlag in der Region Costa Grande geschlossen. Das Unternehmen arbeitete dort durch die *Unión de Ejidos Rubén Figueroa* und bewirkte eine rasante Entwaldung der Zone. Laut Studien der Nationalen Kommission für Biodiversität, CONABIO, und in Übereinstimmung mit der vergleichenden Analyse von Satellitenbildern von 18 Ortschaften in der Sierra de Petatlán und Coyuca de Catalán, wurden in dieser Zone von 1992 bis 2000 etwa 40 % der Wälder gerodet. Insgesamt wurden 86000 Hektar Wald gefällt.⁹³

Reaktionen auf die Entstehung der Umweltbewegung

Die Arbeit der Umweltschutzorganisation *Campesinos Ecológicos* wurde bald darauf diskreditiert. Ihre Protestaktionen schädigten wirtschaftliche Interessen, wodurch sie, ihrer Einschätzung nach, zu Opfern persönlicher Racheakte wurden. Man unterstellte ihnen, sie würden den ökologischen Diskurs benutzen, um eine angebliche Zugehörigkeit zu Guerilla-Gruppen oder den Anbau von Drogen zu decken. Diese Beschuldigungen wurden genutzt um sie anzugreifen, zu inhaftieren, zu foltern und zu ermorden.

Bei Petatlán handelt es sich um ein Gebiet, das von der Armee und den Kaziken der Sierra de Petatlán kontrolliert wird. Das Thema der Wälder ist eine Angelegenheit von Kaziken, Drogenhändlern und Militärs. Denn das Problem mit den Wäldern ist, dass der, der die Wälder kontrolliert, auch Kontrolle darüber hat was in den Wäldern passiert, und wir wissen, dass dort Mohn und Marihuana angebaut wird. Daher fühlen sich die Bauern wie gefangen. Rodolfo, Teodoro und Felipe reagieren auf die Vernichtung, auf den exzessiven Holzschlag und sagen sich, wir werden die Wälder verteidigen. Aber sie hatten nicht gedacht, dass die Verteidigung der Wälder bedeutet, sich mit den Tiefen der Machtstruktur der Kaziken zu konfrontieren, und sie ahnten nicht, dass die Verteidigung der Berge ihr Leben in Gefahr bringen würde und dass sie von der Armee verfolgt und gefoltert werden würden.⁹⁴

93 Menschenrechtszentrum
Tlachinollan, Fall: *Campesinos Ecológicos de la Sierra de Petatlán y Coyuca de Catalán*
<<http://www.tlachinollan.org/casos/ecologistas/01marco.htm>>.

94 Interview mit Abel Barrera, 24. Juli 2007.

Den Aktivisten der Umweltschutzorganisation *Campesinos Ecologistas* wurde das Recht verwehrt, sich für die Verteidigung der Umweltrechte einzusetzen. Zudem wurden ihr Recht auf Leben verletzt, sowie das Recht auf persönliche Freiheit, auf Unschuldsvermutung und auf eine ordnungsgemäße Verfahrensgestaltung. Im Zusammenhang mit dem Fall sind vier Personen ermordet worden, unter denen sich Salomé Sánchez befindet. Er kam während eines Einsatzes des mexikanischen Militärs ums Leben, bei dem auch Rodolfo Montiel und Teodoro Cabrera verhaftet wurden. Jahre später wurde auch Felipe Arreaga Sánchez inhaftiert, und eine weitere Person sagte aus, von Mitgliedern der Armee festgenommen und gefoltert worden zu sein. Im Laufe der Zeit mussten mehrere Mitglieder der ocesp die Region verlassen, um gewalttätige Übergriffe zu vermeiden. Gegen vierzehn weitere Mitglieder der Organisation bestehen bis heute Haftbefehle.⁹⁵ Rodolfo Montiel, Teodoro Cabrera und Felipe Arreaga sind von Amnesty International zu gewaltlosen politischen Häftlingen⁹⁶ erklärt worden, da ihre Inhaftierung als Repression gegen ihren Einsatz für die Wälder bewertet wird.

Rodolfo Montiel und Teodoro Cabrera wurden 1999 festgenommen. Nachdem sie fünf Tage isoliert in einer Militärkaserne eingesperrt und gefoltert wurden, übergab man sie der Ziviljustiz. Dort wurden sie wegen Drogenhandel und Besitz von Waffen, die ausschließlich dem Militär vorbehalten sind, bestraft. Sie verbrachten zweieinhalb Jahre im Gefängnis und wurden schließlich aufgrund einer Anordnung der mexikanischen Bundesregierung befreit. Die Freilassung wurde mit dem Argument begründet, dass sie aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr haftfähig seien.⁹⁷ Entscheidend waren hierbei der politische Druck und die Solidaritätsbekundungen, sowohl aus Mexiko, als auch aus dem Ausland. Die Unterstützung war in diesem Fall besonders stark, da die international anerkannte Anwältin und Menschenrechtsaktivistin Digna Ochoa, die am 19. Oktober 2001 ermordet wurde, in den letzten Monaten vor ihrer Ermordung noch mit der ocesp in Kontakt gestanden hatte.⁹⁸

Felipe Arreaga wurde die Zugehörigkeit zu einer Guerillagruppe vorgeworfen und später wegen Mord angeklagt. Er wurde im November 2004 inhaftiert und blieb solange im Gefängnis, bis im September 2005 ein Gericht seine Unschuld erklärte.⁹⁹ Der Anwalt von Felipe Arreaga, Mario Patrón, hebt die Bedeutung dieses Freispruchs hervor, da zum ersten Mal in Mexiko ein politischer Häftling für unschuldig erklärt wurde.

- 95 Menschenrechtszentrum *Tlachinollan*, Fall: *Campesinos Ecologistas de la Sierra de Petatlán y Coyuca de Catalán*.
- 96 Amnesty International bezeichnet mit dem Begriff »gewaltloser politischer Häftling« alle Frauen und Männer, die aufgrund ihres Glaubens, ihrer politischen Überzeugung, ihrer ethnischen Abstammung, ihres Geschlechts, ihrer Hautfarbe, ihrer Sprache, ihrer nationalen oder sozialen Herkunft oder ihres wirtschaftlichen Status inhaftiert wurden und Gewalt weder propagiert noch angewendet haben.
<<http://web.amnistia.org.mx/prensa/section.php?name=articulo&id=339>>.
- 97 Menschenrechtszentrum *Miguel Agustín Pro Juárez*, Fall: *Campesinos Ecologistas*
<http://centroprodh.org.mx/casos/ecologistas/index_ecologistas.htm>.
- 98 Interview mit Mario Patrón, 24. Juli 2007.
- 99 Menschenrechtszentrum *Tlachinollan*, Fall: *Campesinos Ecologistas de la Sierra de Petatlán y Coyuca de Catalán*.



Felipe Arreaga und Alejandra González vom Menschenrechtszentrum Tlachinollan [PBI]

Die Wirkungen der Arbeit der ocesp

Der Einsatz der ocesp für den Schutz der Wälder in der Sierra de Petatlán und Coyuca de Catalán ist bemerkenswert. Die Mitglieder der Organisation forsten gerodete Waldflächen wieder neu auf und bekämpfen Waldbrände, bisweilen auch unter Einsatz ihres Lebens.

Sie mussten die Abholzung ihrer Wälder und die Kriminalisierung ihres Kampfes miterleben. Sie sind es, die ihr Leben bei der Löschung von Waldbränden einsetzen, und doch werden sie von den Umweltbehörden weder befragt noch beachtet. Sie sind aus der Not heraus zu Umweltschützern geworden. Um die Zerstörung der Berge aufzuhalten, sehen sie sich dazu verpflichtet, gegen die Besitzer von Macht und Geld zu klagen und riskieren dabei ihr Leben und ihre Freiheit.¹⁰⁰

Die Aktionen der ocesp haben dazu beigetragen, dass das transnationale Unternehmen Boise Cascade den Holzschlag aufgab und die Nationale Forstwirtschaftskommission CONAFOR ihre Politik zur Genehmigung von Lizenzen in der Zone änderte. Nach und nach wurden alle Holzschlag-Lizenzen aufgehoben und heute besteht nur noch eine einzige, die mit Zustimmung der Umweltschutzorganisation erteilt wurde. Bei der lokalen Bevölkerung wurde ein Reflektionsprozess angeregt, der zu einem vergrößerten Interesse für den Schutz der Wälder und den Kampf gegen Waldbrände geführt hat.

¹⁰⁰ Interview mit Abel Barrera, 24. Juli 2007.

Ja es hat sich gelohnt, denn mit der Blockade der Holz-
ausfuhr haben wir etwas erreicht, auch wenn wir verfolgt
und unterdrückt wurden. Wenn wir das in Banco Nuevo
nicht gestoppt hätten, würde es dort heute kein Wasser
mehr geben, obwohl einige der Quellen trotzdem bereits
versiegt sind.¹⁰¹

Umweltschutz und das Recht auf Nahrung

Die Umweltschutzorganisation der *Mujeres Ecologistas* der Sierra von Petatlán (OMESP) entstand im Jahr 2001 vor dem Hintergrund eines zunehmenden Interesses für den Umweltschutz, bewirkt durch die Forderungen und Aktionen der OCEP. Die Gründerin, Celsa Valdovinos, Frau von Felipe Arreaga, kennt die Arbeit der *Campesinos Ecologistas*, deren Forderungen und Probleme. Aus dieser Erfahrung heraus entstand ihre Überzeugung, dass die Bevölkerung, und insbesondere die Frauen, befähigt werden müssen, eine aktivere Rolle im Umweltschutz, in der Wiederaufforstung und in der Ausweitung der Nahrungsmittelproduktion einzunehmen. Ablehnung erfährt die Bildungsarbeit der Umweltschutzorganisation der *Mujeres Ecologistas* von jenen Personen, die sich zuvor auch schon gegen die Arbeit der *Campesinos Ecologistas* gestellt haben.¹⁰²

Die Arbeit der OMESSP konzentriert sich auf die Teilnahme der Frauen aus den Gemeinden an Versammlungen zu den Themen Umweltschutz und Eigenproduktion von Nahrungsmitteln. Die theoretische Fortbildung wird von den Frauen in praktische Arbeit umgesetzt: beim Schutz der Wälder, der Reinhaltung der Flussbette, der Wiederaufforstung der Zone und bei Müll-Säuberungsaktionen. Des Weiteren führen sie Gemüsegärten und Zuchtgeflügel in den Familien ein, um in der von Armut gekennzeichneten Region, wo der Anbau von Gemüse bisher nicht üblich ist, zur Verbesserung der Ernährung der Familien beizutragen. Darüber hinaus wurde eine Sparkasse eingerichtet, die den Familien der Gemeinden Zugang zu Krediten ermöglicht, um Kosten zu decken, die zum Beispiel durch Krankheiten entstehen.

Celsa Valdovinos hofft, dass die Umweltschutzorganisation der *Mujeres Ecologistas* sich zu einer eigenständigen sozialen Bewegung entwickelt, die von den Frauen selbst getragen wird.

Was ich mir wünsche ist, dass die Leute beginnen eigenständig zu arbeiten, mit dem gleichen Bewusstsein. Dass sie beginnen das, was wir ihnen beibringen und mitgeben, als etwas Verpflichtendes zu empfinden, wie eine verpflicht-

101 Interview mit Felipe Arreaga Sánchez, 19. Juli 2007.

102 Interview mit Celsa Valdovinos, 20. Juli 2007.

tende Aufgabe. Zum Beispiel bei der Ernährung, dass es uns in der Familie nutzt, gesund zu essen, uns gut zu ernähren, auf gesunde Weise. Und bei der Wiederaufforstung, weil die Bäume knapp werden, dass die Leute sich der Arbeit annehmen, dass sie darin eine Notwendigkeit für sich empfinden.

Einbindung des Projektes in das Leben der Gemeinden

Mitglieder der OMESP bestätigen, dass sie durch die Mitarbeit in der Organisation befähigt und finanziell unterstützt wurden, Landwirtschaftsprojekte mit ökologischer Ausrichtung und unter Einsatz von natürlichen Düngemitteln durchzuführen. Die Projekte haben eine größere Vielfalt der Ernährung in den Familien bewirkt und mitunter die Erwirtschaftung eines geringen finanziellen Einkommens ermöglicht.

Durch die Beteiligung in der Organisation sind die Frauen im Bereich Umweltschutz ausgebildet worden, und da sie ihr Engagement in die Familien weitertragen, werden so auch ihre Kinder in Umweltschutzfragen sensibilisiert. Sichtbares Ergebnis dieser Arbeit ist, dass man in der Region entlang der Straßen, Flüsse und Bäche und auch in den Gemeinden keinen Müll liegen sieht.

Vorher wusste man ja nichts. Wir haben uns so oft falsch verhalten, weil wir nichts wussten. Den Wald zu schützen, die Gemeinde sauber zu halten, über die Verschmutzung des Bachs Bescheid zu wissen, darauf hätten wir alle achten sollen. Früher haben wir die Sachen einfach so ins Wasser geworfen [...] Inzwischen kommen wir zusammen, säubern die Gemeinde und den Bach. Und wir passen auch auf, dass nicht gerodet wird. Bäume werden nicht mehr einfach so gefällt wie früher. Oder die Kinder [...] sie erklären uns warum man keine Vögel töten darf, und sie sagen es sogar wenn wir sie essen. Wir erklären ihnen, dass sie einen Vogel



Mitglieder der OMESP [PBI]

103 Interview mit Minerva Mendoza Martínez, Umweltschutzorganisation der *Mujeres Ecologistas*, 20. Juli 2007.

den sie getötet haben auch essen müssen, denn man tötet sie nicht einfach so und eigentlich sollte man sie überhaupt nicht töten. Und warum? Weil wir ihnen inzwischen erklären müssen, dass die Vögel zur Umwelt gehören und geschützt werden müssen. Wir beginnen ihnen das zu erklären und sie denken darüber nach.¹⁰³

Kampf ums Wasser. Das Wasserkraft-Projekt La Parota und die Bucht von Zihuatanejo

Gegen das geplante Wasserkraftwerk La Parota in der Region Acapulco begann sich seit dem Jahr 2003 eine Oppositionsbewegung herauszubilden. Der Rat der Ejidos und Gemeinden in Opposition zum Wasserkraft-Projekt La Parota (CECOP) entstand, nachdem die Bauern mit ersten Aktionen die Arbeiten der halbstaatlichen Energiebehörde (CFE) blockiert hatten. Obwohl von Seiten der betroffenen Ejidos und Gemeinden keine Genehmigung vorlag, hatten die Bautätigkeiten bereits begonnen. Die Behörde verletzte somit die mexikanische Agrargesetzgebung.

La Parota ist ein exemplarischer Fall, nicht nur auf Ebene des Bundesstaates, sondern auf nationaler und sogar internationaler Ebene. La Parota repräsentiert im Grunde genommen den Kampf gegen ein Entwicklungsmodell, das das große Kapital begünstigt. Die Investitionen verstärken die Abwanderungen der Bauern vom Land in die Stadt, und es wird deutlich, dass das Territorium der Bauern und Indigenen nicht ihretwegen als kostbar gilt, sondern wegen der sich dort befindenden Ressourcen. Es zählt einzig wie man die Ressourcen ausbeuten kann und wie mehr Reichtum für die Investoren und für die Regierung erzeugt werden kann.¹⁰⁴

Dagegen versteht die halbstaatliche Energiebehörde cfe das Projekt La Parota als eine Chance, die Armut in der Region durch Entwicklung zu überwinden. Für die betroffenen Gemeinden wurden in den Bereichen Einkommensschaffung, Gesundheitsförderung, Bildungsförderung und Abfallentsorgung verschiedene Hilfsprogramme geplant. Die vertriebene Bevölkerung soll umgesiedelt werden und zukünftig Wohnunterkünfte in besserem Zustand erhalten. Laut CFE werden sich die Baumaßnahmen zudem positiv auf die Region auswirken, da umfangreiche Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden.¹⁰⁵

Unser Kampf ist klar und eindeutig, wir sind nicht hinter dem Geld her, sondern wir verteidigen unser Territorium, damit die Regierung uns hier weiter leben lässt, denn hier sind wir glücklich und zufrieden. Hoffentlich könnt ihr diese Information verbreiten, wo immer ihr auch hingehet. Der Kampf um La Parota gilt der Verteidigung des Grund und Bodens und des Wassers, und wir sind nicht daran interessiert, dass uns mehr gezahlt wird. Wir haben es wiederholt betont – der Grund und Boden steht nicht zum Verkauf. Und was nicht zum Verkauf steht, kann man nicht kaufen, es trägt kein Peso-Zeichen. Wenn Du mit Gewalt kaufen willst, wird Dir niemand etwas verkaufen.

*José Venus Hernández
Nicanor, CECOP*

104 Interview mit Mario Patrón, 24. Juli 2007.

105 Staatliche Energiebehörde CFE, *La Parota, una alternativa al desarrollo*, September 2007.



Forderungen und Rechtsverletzungen

Seit 1976 führte die CFE in der Region Acapulco Studien für den Bau eines Wasserkraftwerkes am Fluss Papagayo durch. Ohne die betroffene Bevölkerung zu konsultieren wurden 2003 Straßenbauarbeiten durchgeführt, um den Zugang für große Baumaschinen zu ermöglichen. Die hauptsächlich betroffenen Gemeinden sind Acapulco, Tierra Colorada, San Marcos und ein Teil von Chilpancingo. Für das Projekt La Parota müssten 17.300 Hektar Land geflutet werden und die Kosten sind auf etwa 1 Mrd. US-Dollar veranschlagt worden. Der Staudamm soll in Zukunft Acapulco und andere Städte mit Energie und Wasser versorgen. Die halbstaatliche Energiebehörde CFE und die Oppositionsbewegung machen stark abweichende Angaben, was die Anzahl der Personen betrifft, die durch das Projekt vertrieben und umgesiedelt werden. Während letztere von insgesamt 100.000 Betroffenen spricht, von denen 25.000 umgesiedelt werden müssen, da ihre Böden überschwemmt werden, geht die CFE nur von 3.000 direkt Betroffenen aus. Laut CFE werden weitere 75.000 Menschen von der Umleitung des Flusses betroffen sein und nicht mehr wie gewohnt über Wasser für die Landwirtschaft und den Haushalt verfügen. Entschädigungen sind für diese Betroffenen von der CFE nicht vorgesehen.¹⁰⁶

Die Organisationen CECOP und das Menschenrechtszentrum *Tlachinollan* kritisieren, dass die Dorfgemeinschaften und die Nutzer von gemeinschaftlichen Landflächen, die *Ejidatarios*, weder über das Projekt informiert noch konsultiert wurden. Die mexikanische Gesetzgebung sieht vor, dass Entwicklungsprojekte solcher Art, die auf gemeinschaftlichem Boden geplant sind, von einer nach bestimmten gesetzlichen Vorgaben einberufenen Versammlung der Nutzer genehmigt werden müssen. Darüber hinaus hätte das Staudammprojekt negative Einflüsse auf die Umwelt, wodurch Land- und Ressourcennutzungsrechte, und das Recht auf eine intakte Umwelt verletzt werden.

¹⁰⁶ Menschenrechtszentrum

Tlachinollan, Fall: *Presa hidroeléctrica de La Parota*
<<http://www.tlachinollan.org/casos/parota.htm>>.

¹⁰⁷ Interview mit José Venus

Hernández Nicanor,
Repräsentant des Rats der
Ejidos und Gemeinden in
Opposition zu La Parota
(CECOP), 22. Juli 2007.

Sie verletzen alle möglichen Rechte: das Recht auf Wohnraum, das Recht auf Gesundheit, das Recht auf Information, das Recht auf freie Selbstbestimmung, auch das Recht auf Nahrung. Wir haben alle ein Recht auf Leben, nur weil Du arm bist heißt das nicht, dass Du kein Recht auf Leben hast.¹⁰⁷

Das Projekt hat die Gemeinden in Befürworter und Gegner gespalten. Bisher gab es in dem Konflikt drei Tote, drei Schwerverletzte, vier Personen in Untersuchungshaft, sieben

verurteilte Häftlinge und viele Personen, die bei den Auseinandersetzungen während der Versammlungen verletzt wurden. Bei den im Jahr 2005 organisierten Versammlungen wurde versucht die Zustimmung der Dorfgemeinschaften und der *Ejidatarios* zu erlangen, ohne die gesetzlichen Vorschriften für die Einberufung und Durchführung der Versammlung einzuhalten. In einigen Fällen wurden staatliche Sicherheitskräfte eingesetzt, um den Gegnern des Projekts den Zugang zu verhindern. Gegen die Rechtmäßigkeit dieser Versammlungen wurde vor dem Agrar-Gerichtshof Einspruch erhoben, wo sie als ungültig deklariert wurden. Angeklagt wurden auch die Diffamierung der Oppositionsbewegung, Morddrohungen gegen einige Mitglieder, der Einsatz staatlicher Sicherheitskräfte gegen die Bewegung und die Anordnung von Haftbefehlen.¹⁰⁸ José Venus Hernández Nicanor, der heute Vertreter der cecop ist, schloss sich der Bewegung an, nachdem sein Vater, der bereits in der Organisation aktiv war, inhaftiert wurde:

Das war als sie ihm einen Haftbefehl konstruierten wegen Entführung und Diebstahl eines Regierungsfahrzeugs, und wegen Freiheitsberaubung, gemeinsam mit dem Kollegen Marco Antonio. Als ich sah, dass sie meinen Vater festnahmen, bat ich die Kollegen um Unterstützung für Demonstrationen, denn es war unmöglich, da mein Vater zu keinem Zeitpunkt eine Straftat begangen hatte.

Für Abel Barrera, Direktor des Menschenrechtszentrums *Tlachinollan*, hat die Oppositionsbewegung unerwartet starke Auswirkungen:

La Parota, das ist eine weitere vergessene Region, eine Art unsichtbares ländliches Acapulco, mit dem enormen Reichtum des Flusses Papagayo. Niemand wollte je etwas von ihnen, nur als das Unternehmen, die CFE, das Wasser für die Stromerzeugung nutzen will, da widersetzen sich die Bauern wieder. Sie haben nicht gehaut, dass die Bauern der Region La Parota diese Widerstandskraft haben könnten, diesen Mut, die Machete zu zeigen und zu sagen, hier kommst Du nicht durch. Sie haben nicht gehaut, dass es eine Reaktion geben könnte. Die Bewegung ist nicht so groß, aber sie ist sehr mutig und sehr entschieden, um zu sagen, hier kommst Du nicht durch und wenn doch, dann nur über unsere Leiche.

Die Instrumente des sozialen Widerstands im Fall La Parota waren zum einen die Inanspruchnahme des Rechts-



Die Gegner des Wasserkraft-Projekts zeigen Fotos vom Polizeieinsatz während einer Konsultations-Versammlung [PBI]

¹⁰⁸ Menschenrechtszentrum *Tlachinollan*, Fall: *Presidencia de La Parota*.



Der UN-Sonderberichts-erstatte Rodolfo Stavenhagen mit Mario Patrón und Abel Barrera vom Menschenrechtszentrum Tlachinollan während seines Besuchs im Fall La Parota. [Tlachinollan]

wegs und die Bekanntmachung des Falls. Zum anderen wurden Zugangswege blockiert und Demonstrationen durchgeführt. Diese Strategie hat bewirkt, dass dem Unternehmen keine Baugenehmigung erteilt wurde. Die Bauern bewachen unterdessen die Zone, um einen illegalen Baubeginn zu verhindern.

Die Bekanntmachung des Falls

Der Fall La Parota wurde im März 2006 vor dem Lateinamerikanischen Wassertribunal (TLA), einer internationalen Instanz, die unter ethischen Gesichtspunkten Fälle im Bereich Umweltrecht behandelt, präsentiert. Das von Experten ausgesprochene Urteil des Tribunals sprach sich gegen die Umsetzung des Projekts aus:

Das Projekt des Wasserkraftwerkes La Parota sollte ausgesetzt werden, da es weder einen Nutzen für die lokale Bevölkerung, noch einen Beitrag für die regionale Entwicklung oder für den Schutz der Umwelt und der natürlichen Ressourcen deutlich machen kann. [...] Die Regierung des Bundesstaates Guerrero muss die Sicherheit der Bevölkerung garantieren, die Menschenrechte respektieren und zum sozialen Frieden der Bewohner der betroffenen Region beitragen.¹⁰⁹

Ebenso haben sich drei Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen zum Projekt La Parota geäußert. Rodolfo Stavenhagen¹¹⁰ hat, gemeinsam mit den Sonderberichterstattern für das Recht auf Nahrung und für das Recht auf angemessenen Wohnraum, der mexikanischen Regierung mehrere Schreiben übermittelt, in denen die Sorge über das den Bauern von außen aufgezwungene Projekt angesprochen wird. Das UN-Komitee zu den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten äußerte im Mai 2006 angesichts der fehlenden Konsultation der indigenen Gemeinden, der Verschlechterung der Umweltsituation und der möglichen Rechtsverletzungen durch die Vertreibung von tausenden Personen, ebenfalls Zweifel an dem Projekt.¹¹¹

Bewahrung der Umwelt und Entwicklung des Tourismus: die Bucht von Zihuatanejo

Der stärkste Motor wirtschaftlicher Entwicklung in Acapulco ist der Tourismus. In seinem Urteilsspruch weist das Lateinamerikanische Wassertribunal TLA darauf hin, dass im Fall La Parota das Wasser dazu dienen soll, »neu zu entwickelnde Immobilien- und Tourismusanlagen«¹¹² zu versorgen. Die negati-

109 Lateinamerikanisches Wassertribunal, »La Parota« sobre el río Papagayo en el estado de Guerrero, März 2006, <<http://www.tragua.com>>.

110 Bericht des UN-Sonderberichterstatters über die Menschenrechtssituation und die Grundfreiheiten der Indigenen Völker, Rodolfo Stavenhagen, über seine Mission in Mexiko vom 1.-18. Juni 2003.

111 Menschenrechtszentrum Tlachinollan, Fall: Presa hidroeléctrica de La Parota.

112 Lateinamerikanisches Wassertribunal, Proyecto hidroeléctrico »La Parota« sobre el río Papagayo en el estado de Guerrero, März 2006.

ven Auswirkungen der touristischen Entwicklung auf die Umwelt werden von Umweltschutzgruppen angeklagt und beeinträchtigen touristische Zentren wie Acapulco und Zihuatanejo.

Im Jahr 2006 hat sich das TLA auch über die Umweltverschmutzung in der Bucht von Zihuatanejo geäußert. Der Fall wurde vom Netzwerk der Umweltschutzorganisationen und -gruppen aus Zihuatanejo (ROGAZ), sowie Fischern, Bootsführern, Händlern und dem Menschenrechtszentrum *Miguel Agustín Pro Juárez* präsentiert. In dem Urteilspruch wird die Fahrlässigkeit der Behörden kritisiert, die die Zuleitung von ungereinigten Abwässern in die Bucht dulden. Zudem wird bemängelt, dass keine Studien zur Umweltverträglichkeit durchgeführt werden und die Wasseraufbereitungsanlagen nicht lizenziert sind. Die Umweltauswirkungen haben zu einem massiven Absterben der maritimen Fauna geführt, und die Bucht musste inzwischen als für Erholungszwecke und Fischfang ungeeignet deklariert werden.¹¹³

Ende der neunziger Jahre reagierten verschiedene Sektoren der Zivilgesellschaft in Zihuatanejo auf diese Situation. Die Organisation *sos Bahía* wurde mit dem Ziel gegründet, in der Bucht von Zihuatanejo die Umwelt zu schützen und zu bewahren. Sie arbeitet seitdem daran das Umweltbewusst-

113 Lateinamerikanisches Wassertribunal, Fall: *Contaminación y afectación costero-marina en la Bahía de Zihuatanejo*, März 2006.



Wandbild der Gegner des Wasserkraft-Projekts *La Parota* [PBI]



sein der lokalen Bevölkerung zu fördern, eine nachhaltige Entwicklung in der Zone zu unterstützen, die Umweltverschmutzung aufzuhalten und die Ökosysteme vor »unverantwortlichen Entwicklungsprojekten« zu schützen, »die das fragile Gleichgewicht unserer Umwelt zu zerstören drohen«.¹¹⁴

Später entstand das Umweltschutznetzwerk ROGAZ, das die gleichen Thematiken aufgreift und Anklagen gegen die Regierung, sowie gegen private Tourismusunternehmen erhebt. Im Jahr 2006 wurden Mitarbeiter von ROGAZ Opfer von Einschüchterungen und Bedrohungen, die sich auf ihre Aktivitäten im Umweltschutz beziehen und zeitlich mit der Anklage vor dem Lateinamerikanischen Wassertribunal zusammenfallen.¹¹⁵ Eines der größten Projekte, das von den Umweltschutzorganisationen kritisiert wurde, ist das auf Wassersport und Tourismus ausgerichtete luxuriöse Immobilienprojekt »Puerto Mío«.¹¹⁶ Da einem beteiligten Immobilienunternehmen die Umweltverträglichkeitslizenz entzogen wurde, stoppte das Bundesumweltministerium SEMARNAT das Projekt im Jahr 2000. Das Vorhaben wurde, einschließlich der geplanten Anlegestelle in der Bucht, als undurchführbar eingestuft. Obwohl die Empfehlungen des Bundesumweltministeriums weiterhin gültig sind, wurde das Projekt jüngst vom Ministerium für Kommunikation und Transport wieder aufgegriffen. Gegner des Projektes sind heute nicht nur die Umweltschutzorganisationen, sondern auch unzufriedene Unternehmer, denen diese Art von Tourismusedwicklung nicht entgegen kommt.¹¹⁷

Der Tourismus gilt als Chance für wirtschaftliche Entwicklung, jedoch finden die negativen Auswirkungen auf die Umwelt, genauer gesagt die Auswirkungen auf die Ökosysteme und den Menschen, keine Berücksichtigung. Daher haben sich Fischer, Händler, Lehrer und verschiedene Gruppen der Zivilgesellschaft in Zihuatanejo organisiert und setzen sich gegen die unkontrollierte Entwicklung ein. Mit ihrer Arbeit

114 Homepage von SOS Bahía:
<www.sosbahia.org>.

115 Observatorium für den Schutz der Menschenrechtsverteidiger, Urgent Action, MEX 007 / 0606 / OBS 073, 15. Juli 2006.

116 Lateinamerikanisches Wassertribunal, Fall: *Contaminación y afectación costero-marina en la Bahía de Zihuatanejo*, März 2006.

117 Silvestre Pacheco León, *El muelle de cruceros en Zihuatanejo es inviable*, *El Sur*, 15. November 2007.

118 Interview mit Crisóforo Guzmán Montiel, Präsident des Kommissariats des *Ejido Carrizalillo*, 19. September 2007.



Registrierung für die Informationsversammlung über das Projekt La Parota im August 2007 [PBI]

konfrontieren sie sich mit den Interessen der Behörden, die die Genehmigungen erteilen, sowie mit dem wirtschaftlich starken und einflussreichen Tourismussektor.

Von der Mine sollen alle profitieren. Das Gold von Carrizalillo

Die Ständige Versammlung der *Ejidatarios* und Arbeiter von Carrizalillo entstand 2007, um gegen die Art und Weise zu protestieren, wie das Bergbauunternehmen Luismin die Goldmine *Los Filos* betreibt. Zu Beginn der Aktivitäten des Unternehmens wurden viele unerfüllte Versprechen gemacht, wie die Aussicht auf Arbeitsplätze im Transportbereich, die Bereitstellung von Infrastruktur, Gesundheitsversorgung und Bildungseinrichtungen. Daher organisierte sich die Mehrheit der Nutzer der gemeinschaftlichen Landflächen des *Ejidos* Carrizalillo und blockierten im Januar 2007 die Zufahrtwege zur Mine, die auf dem Territorium des *Ejido* liegen und somit Eigentum der *Ejidatarios* sind. Den Minenarbeitern wurde der Zugang verwehrt, und von dem Unternehmen wurde eine Überarbeitung und Neuverhandlung der Verträge gefordert. Von diesem Moment an fanden in der Gemeindehauptstadt Verhandlungen statt, an denen auch ein Vertreter der Regierung des Bundesstaates teilnahm.¹¹⁸

Etwa einen Monat nach Beginn der Blockade wurden die *Ejidatarios* von etwa 100 teilweise bewaffneten Polizisten vertrieben, wobei ca. 70 Bauern verhaftet und in die Hauptstadt des Bundesstaates, Chilpancingo, gebracht wurden. Wenige Stunden später wurde die Blockade erneut errichtet. Im Februar klagte das Unternehmen die Ereignisse in verschiedenen landesweit erscheinenden Tageszeitungen an und forderte die Regierung des Landes zum Eingreifen auf. Kurz darauf wurde wenige Kilometer von der Blockade entfernt ein Kontrollposten der mexikanischen Armee mit über 20 Soldaten eingerichtet. Darüber hinaus reichte das Unternehmen Klagen gegen 20 Mitglieder der Organisation ein, die zu Ermittlungsverfahren führten.¹¹⁹

Die Leute waren wütend darüber, dass man sie herumgerzert hatte. Darum hat es uns gefreut, dass viele bei der Blockade waren, viele Frauen, Kinder [...] das hat dazu beigetragen, dass wir uns stärker fühlten, die Bewegung wurde stärker.¹²⁰

Von diesem Moment an zog die Bewegung die Aufmerksamkeit der Medien, der Politiker des Bundesstaates sowie

Dass sie direkt über dem Gold leben, haben die Leute von Carrizalillo erst erfahren, als ein Unternehmen dort hin kam [...] Und dann kommt das Unternehmen und beutet die reichen Bodenschätze aus, aber sie bleiben weiterhin arm. Beim Fall Carrizalillo geht es um die Verteidigung des Territoriums, aber verbunden mit der Idee, eine gerechte und gleichberechtigte Beziehung mit dem Unternehmen einzugehen. [...] Ihre Logik lautet: »Wenn das Unternehmen will, ist es willkommen, aber nur unter bestimmten Bedingungen«. Wir wollen nicht, dass sie kommen und sich auf unsere Kosten bereichern, sondern sie sollen sich mit uns zusammen bereichern.

Mario Patrón, Menschenrechtszentrum Tlachinollan

119 Menschenrechtszentrum Tlachinollan, Fall: *Ejidatarios de Carrizalillo*, <<http://www.tlachinollan.org/casos/carrizalillo.html>>.

120 Interview mit Crisóforo Guzmán Montiel, 19. September 2007.



der Parlamentarier der nationalen Ebene auf sich. Bald darauf traten die *Ejidatarios* mit dem Menschenrechtszentrum *Tlachinollan* in Kontakt, das die juristische Vertretung des Falls während der Verhandlungen übernahm. *Tlachinollan* erklärt, dass im Fall Carrizalillo das Recht auf Information, das Recht auf Zustimmung nach erfolgter Aufklärung, das Recht auf Konsultation und das Recht das eigene Territorium zu verwalten, verletzt wurden.

Durch die Präsenz der Journalisten, den Druck der Abgeordneten und die Unterstützung, die uns *Tlachinollan* gab, haben wir etwas erreicht, obwohl es nicht das war was wir wollten, aber wir sind zufrieden mit dem was wir am Ende erreicht haben. Es gab mehrere Versammlungen oben bei der Blockade, wo wir verhandelten. Ja, sie sind dann hoch gekommen, sie hatten inzwischen mehr Interesse, und als wir sagten wir gehen nicht mehr ins Rathaus zum Verhandeln, da kamen sie zu uns hoch. Und dort verhandelten wir, natürlich waren die Leute von *Tlachinollan* immer dabei.¹²¹

Durch die Verhandlungen wurde eine starke Erhöhung des Preises für die zeitweilige Nutzung der Gebiete vereinbart. Das Unternehmen verpflichtete sich, Infrastrukturmaßnahmen umzusetzen, öffentliche Dienstleistungen zu unterstützen und die Klagen gegen die *Ejidatarios* zurückzunehmen.



Verhandlungen zwischen den Ejidatarios von Carrizalillo und Vertretern des Unternehmens Luismin [TLACHINOLLAN]

121 Ebd.



Aufnahme der Auswirkungen des Tagebaus [PBI]

Die Mine von Carrizalillo

Das Gebiet von Carrizalillo befindet sich in der Gemeinde Eduardo Neri, in der Region Centro von Guerrero. Es handelt sich um ein Bauerndorf von etwa zweitausend Einwohnern, die vor allem Mais anbauen und Mezcal produzieren. Bereits seit 1994 hat das Bergbau-Unternehmen Peñoles verschiedene Möglichkeiten getestet, um das Gold unter dem *Ejido* abzubauen. Den Bauern wurden Entschädigungszahlungen angeboten, deren Summe sich an der Hälfte des Jahreseinkommens durch landwirtschaftliche Produktion orientierte. Das Bergbau-Unternehmen Luismin, das Teil des kanadischen transnationalen Unternehmens Goldcorp ist, erwarb die Konzession im Jahr 2005, um in Carrizalillo im Tagebau Gold abzubauen. Das Unternehmen arbeitet in weiteren Minen in Kanada, Guatemala, Argentinien, Brasilien und Honduras. Nach dem Jahresbericht 2005 des Unternehmens Luismin ist für das *Ejido* Carrizalillo in den nächsten zehn Jahren auf einer Fläche von 900 Hektar der Abbau von 2,8 Millionen Goldunzen vorgesehen.¹²² Der aktuelle Marktwert einer Unze Gold beträgt 646,50 US-Dollar (Stand: Juli 2007). Der ursprüngliche Vertrag zwischen Unternehmen und *Ejidatarios* hatte für die zeitweilige Nutzung der Gebiete 1475 mexikanische Pesos im Jahr vorgesehen, was etwa 150 US-Dollar entspricht.¹²³

122 Menschenrechtszentrum
Tlachinollan, Fall: *Ejidatarios de Carrizalillo*.

123 Ebd.

Die Auswirkungen der Bewegung

Die Bewegung konnte durch Verhandlungen erreichen, dass ein umfassendes Entwicklungsprojekt für die Gemeinde entstand. Die *Ejidatarios* waren direkt an der Planung beteiligt, und die Umsetzung wird jährlich mit dem Unternehmen Luismin ausgehandelt. Nachdem diese Erfolge erreicht wurden, hat sich die Bewegung nicht aufgelöst, sondern weitete sich auf die Arbeiter des Unternehmens Luismin aus. Die Arbeiter haben sich ebenfalls organisiert und schlossen sich der Ständigen Versammlung der *Ejidatarios* und Arbeiter von Carrizalillo an.


Das ist ein exemplarischer Fall, der tatsächlich Auswirkungen hat [...] Der Fall hat weitere Organisationsprozesse ausgelöst. Zum Beispiel in Oaxaca, bei den Zapoteken in der Gemeinde Cacolalpan. Seitdem sie dort die Erfahrungen von Carrizalillo kennen, haben sie einen vergleichbaren Prozess mit einem anderen kanadischen Bergbau-Unternehmen begonnen. Es ist also eine allgemeine Bewegung in Bezug auf die Frage der Minen entstanden. [...] Sie sind ein Beispiel für den Widerstand und für soziale Bewegungen geworden. Wird heute zum Beispiel einer der wichtigen Führer des Bundesstaates, Nicolás Chávez von der Koordination der Arbeiter im Bildungssektor in Guerrero CETEG, festgenommen, dann ist es die soziale Basis von Carrizalillo, die ihn durch politischen Druck befreien. Sie haben sehr gute Fähigkeiten die Leute zu mobilisieren.¹²⁴

Die Repräsentanten von Luismin äußern ihr Einverständnis mit dem gegenwärtigen Abkommen zwischen Unternehmen und *Ejidatarios*. Die Erfahrungen von Carrizalillo sollen bei zukünftigen Verträgen beachtet werden, um Konflikte zu vermeiden und die Erwartungen beider Seiten zu erfüllen, denn nach den Worten des Direktors von Luismin sollen alle von der Mine profitieren.¹²⁵

¹²⁴ Interview mit Mario Patrón, 24. Juli 2007.

¹²⁵ Interview mit Salvador García, Generaldirektor des Unternehmens Luismin, 21. September 2007.

ORGANIZATION OF AMERICAN STATES



**Der
mexikanische
Staat und die
sozialen
Forderungen**

Staatliche Politik und Menschenrechte

Global denken und lokal handeln, das ist wichtig im Bereich der Menschenrechte, diesen globalen Blick auf die Menschenrechte zu haben und ihn auf die lokale Ebene zu bringen.

*Hipólito Lugo Cortés,
Leiter der staatlichen
Menschenrechtskommission
in Guerrero (CODDEHUM)*

Mexikos Rolle in den internationalen Menschenrechtsinstanzen

Die Vereinten Nationen

Der mexikanische Staat hat einen wesentlichen Beitrag zur aktuellen Gestaltung des internationalen Menschenrechtssystems geleistet. Nach der Niederlage der PRI verstärkte die neue Regierung der Partei der Nationalen Aktion (PAN) unter Präsident Vicente Fox, die Arbeit in diesem Bereich innerhalb der Institutionen der Vereinten Nationen. Die mexikanische Außenpolitik hat sich aktiv an der Einführung von internationalen Instrumenten beteiligt, wie z.B. die Konvention zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen, die UN-Konvention über die Rechte der indigenen Völker oder das Zusatzprotokoll zum Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte. Mexiko ist eines der Länder, die eine Reform der Menschenrechtskommission anregten, was schließlich zur deren Auflösung und der Gründung des Menschenrechtsrates führte. Als die Mitglieder dieses neuen Rates zum ersten Mal gewählt wurden, war Mexiko eines der meist gewählten Länder und konnte später auch den Präsidenten des Rates stellen. In Bezug auf die Arbeit von Menschenrechtsorganismen der UNO innerhalb des Landes, verhält sich Mexiko sehr offen gegenüber jeglichen Besuchen. Allen UN-Sonderberichterstattem wurde der Einlass gewährleistet, und die Hochkommissarin für Menschenrechte wurde damit beauftragt, ein Büro in Mexiko zu eröffnen, um Assistenz in Menschenrechtsfragen zu geben.¹²⁶ Sowohl innerhalb der Vereinten Nationen als auch bei Menschenrechtsorganisationen, die wie die Internationale Juristenkommission (ICJ) in Genf mit der UNO arbeiten, werden die Aktivitäten von Mexiko im Menschenrechtsbereich als sehr positiv bewertet.¹²⁷

126 Interview mit Juan Carlos Gutiérrez, Dozent des Menschenrechts-Studiengangs der Iberoamerikanischen Universität, 28. Juli 2007.

127 Ebd.

Im internationalen Bereich beschäftigt sich Mexiko seit langer Zeit mit dem Thema Menschenrechte, und für das Hochkommissariat ist das Land ein sehr wichtiger internationaler Partner und Verbündeter. Mexiko hat die Sache der Menschenrechte verteidigt und unterstützt und sich an der Entwicklung der wichtigsten internationalen Institutionen beteiligt.¹²⁸

Das Menschenrechtsnetzwerk *Todos los Derechos para Todas y Todos* betrachtet die Außenpolitik Mexikos trotzdem kritisch. Ihrer Ansicht nach ist das vordergründige Ziel nicht die Verteidigung der Menschenrechte, sondern hinter dieser Politik stehen andere Motive. Zudem wird beobachtet, dass das Engagement in Menschenrechtsfragen keine Wirkungen auf die mexikanische Innenpolitik hat.

Die Erfahrungen des internationalen Engagements haben gezeigt, dass sich die mexikanische Regierung, egal ob von der PRI oder von der PAN, mehr darum kümmert, was man außerhalb statt innerhalb des Landes denkt. [...] Nach außen ist Mexiko der große Bewahrer der Menschenrechte und alle internationalen Organisationen möchten sich mit ihm verbünden, damit ihre Vorschläge unterstützt werden. [...] Als Fox die Regierung antrat, lud er ganz offen alle Organismen der Vereinten Nationen ein, damit sie nach Mexiko kommen, aber innerhalb des Landes passierte nichts. Danach kam Guadalajara, dann Atenco, dann Oaxaca, und es gibt keine Untersuchungen, und dann noch das mit der Sonderstaatsanwaltschaft für soziale und politische Bewegungen der Vergangenheit. Die Schlussfolgerung die wir ziehen ist, dass Mexiko sehr auf sein internationales Image bedacht ist. Um Geschäfte zu machen, ist ein gutes Image mit Respekt für die Menschenrechte förderlich. [...] Es geht immer um die Geschäfte, Mexiko ist daran interessiert gut dazustehen, damit Investitionen angezogen werden und Handelsabkommen geschlossen werden können.¹²⁹

Während der Proteste gegen das Gipfeltreffen zwischen Europa und Lateinamerika in Guadalajara im Jahr 2004 wurden die Demonstranten gewaltsam unterdrückt. Mehr als 50 Personen wurden festgenommen, gefoltert, und in einigen Fällen dazu gezwungen, Schuldgeständnisse zu unterschreiben.¹³⁰ In ihrem Jahresbericht 2007 zur Situation der Menschenrechte in Mexiko klagt Human Rights Watch die »schwerwiegenden Fälle von Brutalität der Polizei während der Niederschlagung des Streiks der Minenarbeiter in Lázaro



Bus von AFADEM während einer Demonstration in Mexiko-Stadt [PBI]

128 Interview mit Amerigo Incalcaterra, Repräsentant des UN-Menschenrechtsbüros in Mexiko, 17. September 2007.

129 Interview mit Michel Maza, Nationales Menschenrechtsnetzwerk *Todos los Derechos para Todas y Todos*, 17. September 2007.

130 Human Rights Watch, *World Report 2005*, Januar 2005 <www.hrw.org>.



Protest von AFADEM gegenüber der Kathedrale am Zócalo von Mexiko-Stadt [PBI]

Cárdenas im April 2006« an, bei dem zwei Menschen getötet und viele verletzt wurden. Der Bericht kritisiert auch die »Vorfälle in Atenco im Mai, wo die Polizei zwei Menschen (einer davon ein Jugendlicher) tötete und Demonstranten willkürlich festnahm, schlug und mit den Füßen trat. Auf dem Weg zur Haftanstalt wurden Frauen von der Polizei sexuell belästigt.« Von Juni bis Dezember 2006 war Oaxaca Schauplatz von ausgedehnten Protesten, die von dem breiten Bündnis der Volksversammlung Oaxacas (APPO) angeführt wurden und sich gegen den Gouverneur Ulises Ruiz und das politische System des Bundesstaates richteten. Resultat der Polizeiintervention sind 20 Tote, hunderte willkürliche Festnahmen, sowie verschwundene Personen und Fälle von Folterungen, die nicht untersucht worden sind.¹³¹

¹³¹ Schulz, Christiane, »Oaxaca - hat Mexikos Rechtsstaat eine Zukunft?«, In: Giga Focus, Institut für Lateinamerika-Studien, Nr. 2, Hamburg, 2007.

Das interamerikanische Menschenrechtssystem

Das Engagement der mexikanischen Regierung für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte auf internationaler Ebene zeigt sich auch in Bezug auf die Amerikanische Menschenrechtskonvention und die damit verbundenen

internationalen Abkommen. Mexiko ist seit 1981 Mitglied der Konvention und akzeptierte 1998 die Zuständigkeit des Interamerikanischen Gerichtshofes für Menschenrechte. Damit ist das Land dazu verpflichtet, sich den Entscheidungen dieser Gerichtsstanz unterzuordnen, und alles zu tun, damit die Empfehlungen der Interamerikanischen Menschenrechtskommission (CIDH) umgesetzt werden.¹³² Innerhalb der Organisation der Amerikanischen Staaten (OAS) ist Mexiko ein aktives Mitglied und regt immer wieder Vorschläge im Menschenrechtsbereich an. Allein im Juni 2007 präsentierte Mexiko der Generalversammlung der OAS sechs Resolutionsvorschläge.¹³³

Zivilgesellschaftliche Organisationen haben das interamerikanische Menschenrechtssystem in Anspruch genommen, um Menschenrechtsverletzungen in Mexiko anzuklagen. In den Jahren 2000 bis 2006 sind etwa 550 Fälle bei der CIDH eingereicht worden. Juan Carlos Gutiérrez, Dozent des Menschenrechts-Studiengangs der Iberoamerikanischen Universität, stellt fest, dass die CIDH trotzdem nur in sehr geringem Maße auf die Rechtsklagen der mexikanischen Bürger eingeht. Von allen im Jahr 2007 präsentierten Beschwerden wurde nur in einem Fall eine Empfehlung ausgesprochen, und in vier weiteren Fällen wurden Übereinkommen zwischen der mexikanischen Regierung und den geschädigten Personen gefunden. Bisher wurde nur ein einziger Fall von der CIDH zum Interamerikanischen Gerichtshof weitergeleitet, der dort jedoch abgelehnt wurde, da sich der Vorfall zu einem Zeitpunkt zugetragen hatte, bevor Mexiko die Zuständigkeit des Gerichtshofes anerkannte.

Mexiko ist ein politisch starkes und wichtiges Land, es ist ein wirtschaftlich wichtiges Land und vor allem ist es eines der wichtigsten Geberländer für das interamerikanische System. [...] Das interamerikanische System hat einige wirtschaftliche Krisen erlebt, und auch die Organisationsmängel innerhalb der Interamerikanischen Kommission haben dazu beigetragen, dass es keine Kapazitäten gab Fälle aus Mexiko anzunehmen, und Mexiko als ein Land zu sehen, in dem schwere Menschenrechtsverletzungen begangen werden.¹³⁴

Eines der wirkungsvollsten Instrumente, das von der Interamerikanischen Kommission für Anfragen aus Mexiko Anwendung findet, sind spezielle Schutzmaßnahmen (*medidas cautelares*) für Personen. Die Kommission kann die mexikanische Regierung auffordern, bestimmte Mechanismen

132 Ministerium für Auswärtige Beziehungen, *México en el Sistema Interamericano*, <http://www.sre.gob.mx/derechoshumanos/t_relevante/sis_intera.html>.

133 Die vorgeschlagenen Themen: Interne Vertreibung; Situation des Interamerikanischen Indigenen-Institut; Menschenrechtsverteidiger und die Unterstützung ihrer Arbeit; Menschenrechte der Arbeitsmigranten und ihrer Familien; Rechte verhafteter und inhaftierter Personen; und Schutz der Menschenrechte im Kampf gegen den Terrorismus. Ministerium für Auswärtige Beziehungen <http://www.sre.gob.mx/derechoshumanos/t_relevante/sis_intera.html>.

134 Interview mit Juan Carlos Gutiérrez, 28. Juli 2007.

zum Schutz von Personen, deren Grundrechte verletzt worden sind, oder deren Leben in Gefahr ist, einzusetzen. Obwohl der Staat die Schutzmechanismen nur mangelhaft umsetzte, konnten in den letzten Jahren Fortschritte auf diesem Gebiet erzielt werden.¹³⁵

Zugang zur Justiz über internationale Instanzen

Den Richtlinien der CIDH entsprechend darf auf diese internationale Instanz nur zurückgegriffen werden, wenn alle landesinternen Rechts- und Berufungsmittel bereits erschöpft sind. Für die Menschenrechtsorganisationen und die Kläger stellt das interamerikanische System daher eine letzte Möglichkeit dar, Gerechtigkeit zu erwirken. Organisationen aus Guerrero haben diese Option bei den Fällen von Valentina Rosendo Cantú, Inés Fernández Ortega, und dem 1974 verschwundenen Rosendo Radilla Pacheco in Anspruch genommen. Derzeit wird erwartet, dass die Kommission für diese Fälle Beschlüsse fasst und sie an den Interamerikanischen Gerichtshof weiterleitet. Wie an anderer Stelle noch erläutert wird, sind die drei Fälle mit dem Thema der mexikanischen Militärgerichtsbarkeit verbunden.

Wir denken, dass die internationalen Organisationen, die internationale Gemeinschaft und ihre Organismen, unsere Alternative sind. Wir glauben nicht an den mexikanischen Staat, für den wir nicht existieren, für den unsere Probleme nicht existieren. Daher glauben wir, dass die internationalen Organismen uns helfen können, damit der Staat irgendwie auf unsere Erwartungen reagiert.¹³⁶

Die mexikanischen Organisationen bringen ihre Fälle nicht vor die Vereinten Nationen, da das interamerikanische System für sie schneller und besser zu erreichen ist, insbesondere auch wegen dem geringeren finanziellen Aufwand während des Prozesses. Die wichtigsten Beiträge der Vereinten Nationen in Mexiko sind daher zum einen der vom UN-Menschenrechtsbüro verfasste Bericht zur Situation der Menschenrechte und die Informationen der verschiedenen UN-Sonderberichterstatter. Von letzteren sind über 400 Empfehlungen in so verschiedenen Bereichen wie Justiz, Straflosigkeit, indigene Bevölkerung und in Gender-Fragen an die mexikanische Regierung gerichtet worden. Es gibt aber keine Informationen darüber, wie diese Empfehlungen von den mexikanischen Instanzen weiter verfolgt bzw. umgesetzt worden sind.¹³⁷

135 Ebd.

136 Interview mit Tita Radilla, 19. Juli 2007.

137 Interview mit Juan Carlos Gutiérrez, 28. Juli 2007.

Der UN-Menschenrechtsbericht und der Nationale Menschenrechtsplan

Das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte wurde zu Beginn der Regierungszeit des Präsidenten Vicente Fox nach Mexiko eingeladen. Die ursprüngliche Anfrage zielte auf ein technisches Kooperationsprogramm ab, das sich mit dem Thema Folter auseinander setzen sollte. Im Jahr 2002 wurde dann ein umfassenderes Abkommen unterzeichnet, worin die Einrichtung eines ständigen Büros des Hochkommissariats in Mexiko sowie die Erstellung eines Berichts zur Menschenrechtssituation des Landes vereinbart wurde.

Die Einrichtung des Büros der Vereinten Nationen in Mexiko geschieht in einem historischen Moment: Zu Beginn der sechs-jährigen Amtszeit von Fox, als einige Personen der Zivilgesellschaft in das Kabinett von Fox berufen werden, insbesondere die sehr anerkannte Menschenrechtsverteidigerin, Mariclaire Acosta. Sie wird zur Botschafterin der Menschenrechte ernannt und vermittelt das technische Abkommen mit dem Hochkommissariat. Mit diesem technischen Kooperationsabkommen wird der erste Besuch in Mexiko ermöglicht [...] und man verhandelt über die ständige Präsenz der Instanz der Vereinten Nationen. Es ist das einzige Land das so etwas gemacht hat.¹³⁸

Bei der Erstellung des Menschenrechtsberichts hatte das UN-Menschenrechtsbüro Kontakt zu vielen Organisationen der Zivilgesellschaft. Die von den sozialen Organisationen übermittelten Klagen und die Informationen der mexikanischen Behörden, bildeten die Grundlage für das Ende 2003 vorgestellte, und mit der mexikanischen Regierung abgestimmte, Dokument. Laut Aussagen des aktuellen Repräsentanten des UNHCHR, Amerigo Incalcaterra, besitzt das Dokument weiterhin seine Aktualität und Gültigkeit. Die mexikanische Regierung erstellte 2004 den Nationalen Menschenrechtsplan, der auf die Empfehlungen des UN-Menschenrechtsberichts aufbauen sollte. Das Ziel, Lösungen für die identifizierten Probleme zu erarbeiten, wurde nicht erreicht, da der Plan nie umgesetzt wurde. Nach dem Regierungswechsel im Dezember 2006 wurde der Plan aufgegeben und die neue Regierung unter Felipe Calderón beauftragte ein eher technisch orientiertes Team mit der Erstellung eines neuen Plans.

Das Nationale Menschenrechtsprogramm wurde von einer Kommission begleitet, die aus Beamten und NGOs zusammengesetzt war. Sie verfassten einen sehr kritischen Be-

138 Ebd.

richt über das Nationale Programm und über die absolut mangelhafte Methodologie zur Erfüllung der Pläne. Das war ein sehr langwieriger Prozess; vier Jahre harte Arbeit, viele Versammlungen, um ein Programm zu erstellen, für das schließlich, am Ende der Amtszeit von Fox, kein politischer Wille da war.¹³⁹

Nach der Erstellung des Berichts konzentrierte sich das UN-Menschenrechtsbüro auf technische Assistenz und Beratung der staatlichen Politik im Bereich Menschenrechte. Es begleitet nun den Prozess zur Erarbeitung eines neuen nationalen Plans und der Erstellung von Berichten und Plänen auf bundesstaatlicher Ebene. Das UN-Menschenrechtsbüro versucht aus der Erfahrung mit dem Nationalen Plan der Regierung Fox zu lernen und beabsichtigt die neuen nationalen und bundesstaatlichen Pläne als Staatspläne zu entwickeln, damit sie über die jeweiligen Regierungsperioden hinaus Bestand haben. Der UNHCHR hat dafür bereits Abkommen über technische Kooperationen mit dem Kongress und dem Obersten Verfassungsgericht unterzeichnet. Die Zusammenarbeit wird durch periodische Treffen und technische Beratung mit den Menschenrechtskommissionen des Kongresses (Senat und Repräsentantenhaus) umgesetzt. In diesen Zusammenkünften werden Vorschläge für eine Verfassungsreform im Bereich Menschenrechte analysiert. Darüber hinaus werden Vertreter der Universitäten und der Zivilgesellschaft dabei unterstützt, eine Studie über die Verfassungsreform auszuarbeiten.

Auch die Legislative wird bei der Ausarbeitung von Gesetzen, die Menschenrechtsthemen betreffen, beraten, und über internationale Standards informiert. Die Zusammenarbeit mit dem Obersten Verfassungsgericht soll die Menschenrechtskenntnisse im Justizwesen verbessern. Es werden Weiterbildungen angeboten und Publikationen zur internationalen und nationalen Rechtsprechung im Bereich Menschenrechte erarbeitet. Zudem werden in weiteren vom Verfassungsgericht angefragten Bereichen einzelne Beratungen durchgeführt.¹⁴⁰

Die Sonderstaatsanwaltschaft FEMOSPP

Um auf die Forderungen nach Aufarbeitung der Verbrechen an der politischen Opposition der sechziger, siebziger und achtziger Jahre zu reagieren, gründete die Regierung von Vicente Fox die Sonderstaatsanwaltschaft für Soziale und Politische Bewegungen der Vergangenheit (FEMOSPP). Ziel der Sonderstaatsanwaltschaft war es, Straftaten zu untersuchen, die direkt oder indirekt von Beamten des Staates gegen Per-

139 Ebd.

140 Interview mit Amerigo Incalcaterra, 17. September 2007.

sonen begangen wurden, die Verbindungen zu den sozialen und politischen Bewegungen der Vergangenheit hatten.¹⁴¹

Ein Neffe hat mich angezeigt, und gesagt, dass ich angeblich bei der Guerilla war, aber das stimmte nicht. Sie brachten mich nach Acapulco, bevor wir auf dieser Seite vom Meer ankamen, dorthin haben sie uns alle geschafft, als sie uns von hier wegbrachten, sehr viele Leute. [...] Als es raus ging, um 5 Uhr ging es los, nahmen täglich zwei Helikopter die Leute mit, auch meinen Schwiegersohn haben sie mitgenommen. [...] Der Schadensersatz ist zunächst, dass die Regierung anerkennt einen Fehler begangen zu haben. Denn das ist nicht einfach, und die Liste von angeklagten Fällen ist kurz. Ich weiß nicht wie viele Menschen dort waren, ich sage ja es waren viele Leute, Männer und Frauen waren da, und sie sind alle nicht zurück gekommen. Außerdem, das sind nur die, die ich dort gesehen habe, aber hier sind andere sonstwo abgeblieben, irgendwo haben sie sie ermordet.¹⁴²

Die FEMOSPP wurde im November 2001 ins Leben gerufen und fünf Jahre später wieder geschlossen. Sie wurde auf Empfehlung der Nationalen Menschenrechtskommission (CNDH) gegründet, die in einem Bericht die Menschenrechtsverletzungen der Vergangenheit dokumentiert hatte.¹⁴³ Um die Verantwortung für die Verbrechen aufzuklären, war die Sonderstaatsanwaltschaft mit den Befugnissen eines Untersuchungsorgans der Bundesgeneralstaatsanwaltschaft (PGR) ausgestattet, sollte aber zugleich auch als Wahrheitskommission zur historischen Klärung der Geschehnisse beitragen. Das Mandat der FEMOSPP ermöglichte, auch gegenüber den Militärs tätig zu werden, doch viele dieser Untersuchungen wurden von der Militärstaatsanwaltschaft übernommen.¹⁴⁴ Die Angehörigen der Verschwundenen verstanden diese Initiative als eine Möglichkeit ihre Forderungen nach Gerechtigkeit umzusetzen, obwohl von der Gründung an bestimmte Mängel beanstandet wurden.

Die Einrichtung der Sonderstaatsanwaltschaft hat wirklich große Erwartungen geweckt. Wir dachten: »Jetzt wird untersucht, und vielleicht erfahren wir von dem Verbleib der Verschwundenen«. Aber leider ist nach 5 Jahren gar nichts passiert. Es wurden 13 Untersuchungsverfahren eingeleitet, aber keine einzige Person ist verhaftet worden. Sie haben also nichts erreicht.

In Guerrero hat die Sonderstaatsanwaltschaft die Erwartungen nicht erfüllt, und es fanden keine gründlichen Unter-

141 Menschenrechtszentrum Miguel Agustín Pro Juárez, *Derechos incumplidos, violaciones legalizadas. Los derechos humanos en el sexenio 2000-2006*, Mexiko-Stadt, November 2006.

142 Interview mit Ascensión Rosas Mesino, »Don Chon«, Vater des Verschwundenen Lino Rosas, 21. Juli 2007.

143 Nationale Menschenrechtskommission (CNDH), Empfehlung 26/2001 vom 27. November 2001.

144 ADIN: Internet-Nachrichtenagentur, 10. März 2006 <<http://www.adin-noticias.com.ar/0100306.htm>>.



Paulina Mesino, Ascensión Rosas und Tita Radilla bereiten das Begräbnis von Esteban Mesino und Lino Rosas vor, deren Körper exhumiert und von der PGR an die Familien übergeben wurden [PBI]

suchungen über die Verschwundenen der siebziger Jahre statt. Ende 2003 wurde Zacarías Barrientos Peralta ermordet, der Opfer und zugleich Augenzeuge der Festnahme, Folter, Hinrichtung und des Verschwindenlassens von vielen Bauern aus Atoyac geworden war. Er war einer der Kronzeugen der FEMOSPP, da er in der Vergangenheit auch als Informant des Militärs gedient hatte. Die Angehörigenorganisation AFADEM kritisiert, dass die Bundesgeneralstaatsanwaltschaft nicht die notwendigen Maßnahmen für den Schutz der Zeugen eingesetzt hat.

Die Sonderstaatsanwaltschaft versuchte nur die Familien ruhig und zufrieden zu stellen, damit sie sich nicht darüber beschwerten, dass die Staatsanwaltschaft keine wirklichen Untersuchungen durchführte. Sie gaben den Familien etwas Vorrat und Medikamente [...] Der Sonderstaatsanwalt sagte er würde den Schaden wiedergutmachen. Sein Interesse lag darin, dass die Familien die Entschädigungszahlungen annehmen. Wir haben immer gesagt, dass wir kein Geld akzeptieren können, denn wir suchen unsere Angehörigen, wir suchen kein Geld. [...] Viele Leute haben uns dafür verantwortlich gemacht, dass es keine Entschädigungszahlungen gibt, aber wir glauben das geht nicht, für uns bedeutet Wiedergutmachung vor allem das Wiedererscheinen unserer verschwundenen Familienangehörigen.¹⁴⁵

Die Täter und Urheber von schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen zur Verantwortung zu ziehen, ist laut Amnesty International grundlegend für die Schaffung eines gerechten Justizsystems, für Versöhnung und Wiedergutmachung und für die Stabilität der Gesellschaft. Diese Veränderungen können durch die Einführung von Mechanismen unterstützt werden, die zur Beseitigung der strukturellen und politischen Ursachen der Straflosigkeit beitragen. Das Funktionieren dieser Mechanismen muss zudem beständig vom Staat beobachtet werden.

Die Regierung nahm den Abschlussbericht der Sonderstaatsanwaltschaft nicht an, und die Untersuchungen der Straftaten führten letztlich zu keiner einzigen Verhaftung der Verantwortlichen. Ein inoffizieller Entwurf des Berichts der FEMOSPP war im Februar 2006 veröffentlicht worden. In diesem Dokument identifizierte die Sonderstaatsanwaltschaft mehr als 700 Fälle von verschwundenen Personen, mehr als 100 außergerichtliche Hinrichtungen und mehr als 2000 Fälle von Folterung durch die Streitkräfte und Sicherheitsorgane während des »schmutzigen Krieges«.¹⁴⁶ Mit der Schließung

¹⁴⁵ Interview mit Tita Radilla, 19. Juli 2007.

¹⁴⁶ Entwurf des Berichts der FEMOSPP. Veröffentlicht von: *The National Security Archive*, 26. Februar 2006 <<http://www.gwu.edu/~nsarchiv/NSAEBB/NSAEBB180/index.htm>>.

der FEMOSPP wurde das gesammelte Material der Allgemeinen Untersuchungskoordination der Bundesgeneralstaatsanwaltschaft (PGR) übergeben, die die etwa 500 eingeleiteten Ermittlungsverfahren juristisch weiter verfolgen soll. Auf die Nachfrage über den Verbleib der Dokumente der FEMOSPP, teilte die PGR jedoch mit, dass ihr dazu keine Information vorliegt.¹⁴⁷ Das Menschenrechtszentrum *Miguel Agustín Pro Juárez* bezeichnet die FEMOSPP als Fiasko und schreibt in einem Bericht: »Sie hat eine de facto Amnestie geschaffen, zum Schaden der individuellen und kollektiven Rechte auf Gerechtigkeit und Wahrheit.«¹⁴⁸

Der Druck von Familienangehörigen bewirkte, dass die FEMOSPP im Jahr 2005 die Überreste der seit den siebziger Jahren Verschwundenen Lino Rosas Pérez und Esteban Mesino Martínez exhumierte. Im November 2006 konnten die Überreste anhand von Proben der Angehörigen identifiziert werden. Obwohl die Sonderstaatsanwaltschaft sich verpflichtet hatte, die Überreste in Atoyac zu überreichen, verschob sich die Übergabe um mehrere Monate, und kam letzten Endes nur zu Stande, als die Angehörigen im Februar 2007 bis zum Amtssitz der PGR in Mexiko-Stadt kamen. Die Übergabe war für die Angehörigen, die auf diesen Moment über 30 Jahre gewartet hatten, eine traumatische Erfahrung. Für AFADEM macht die Art und Weise der Übergabe nicht nur die fehlende Sensibilität und die Arroganz der Behörden deutlich, sondern die Familienangehörigen wurden erneut zu Opfern. Die Gebeine wurden erst nach acht Stunden Wartezeit übergeben und man gab den Angehörigen zu verstehen, dass sie die Überreste nicht mitnehmen dürfen, sollten sie den Journalisten erlauben Fotografien von den Behälter mit den Überresten zu machen.¹⁴⁹

Einerseits war es gut, aber andererseits fühlt man sich nie zufrieden und ist betrübt. Es freut mich, dass wir sie nun bei uns haben, das war es was ich mir immer vorgestellt habe, ich in diesem Alter, aber das war es dann auch, denn nicht die ganze Familie will sich engagieren.¹⁵⁰

Erfolge und Herausforderungen für den Bundesstaat Guerrero

Die bundesstaatliche Menschenrechtskommission

Im Jahr 1990 wurde in Guerrero eine staatliche Menschenrechtskommission gegründet. Die Kommission zur Verteidigung der Menschenrechte im Bundesstaat Guerrero (CODDEHUM) entstand mit dem Auftrag, gegen die Straßlosig-

147 *La Jornada*, 28. August 2007.

148 Menschenrechtszentrum *Miguel Agustín Pro Juárez*, op. cit.

149 Peace Brigades International, *Boletín Informativo del Proyecto México*, Nr. 21, Frühjahr 2007.

150 Interview mit Ascensión Rosas Mesino, »Don Chon«, Vater des Verschwundenen Lino Rosas, 21. Juli 2007.

keit, die illegalen Aktionen und den Machtmissbrauch der Beamten des Bundesstaates zu kämpfen. Die CODDEHUM ist das wichtigste staatliche Instrument in diesem Bereich; sie nimmt Beschwerden der Bürger entgegen und führt Untersuchungen durch.¹⁵¹

Die Beschwerdestelle der Kommission untersucht die eingereichten Anklagen und formuliert daraus gegebenenfalls Empfehlungen an die Behörden des Bundesstaates, an die Justiz oder an die Behörden in den Gemeinden. Die Empfehlungen beinhalten die Untersuchungsergebnisse, eine Einschätzung ob eine Menschenrechtsverletzung vorliegt und die Identifikation der mutmaßlichen Verantwortlichen. Von den im Jahr 2006 formulierten 101 Empfehlungen, richteten sich 36 an die Generalstaatsanwaltschaft des Bundesstaates, 24 an Behörden in den Gemeinden, 20 an das Innenministerium in Guerrero und 17 an das Bildungsministerium von Guerrero.¹⁵²

Die Umsetzung der Empfehlungen wird durch ein spezielles Programm begleitet. Wenn sie von den Behörden zurückgewiesen werden, versucht man diese zunächst von der Notwendigkeit der Umsetzung zu überzeugen. Gelingt das nicht, werden die Fälle an den Kongress des Bundesstaates Guerrero oder an die Nationale Menschenrechtskommission weitergeleitet. Die Kommission verfügt auch über Programme für besonders schwerwiegende Fälle, wie das Verschwindenlassen von Personen. Bei weniger schweren Fällen werden Schlichtungs- und Vermittlungsmethoden angewandt, damit möglichst schnell Lösungen gefunden werden können. Des Weiteren führt die CODDEHUM Kontrollen in den Strafanstalten des Bundesstaates sowie in den Gefängnissen der Gemeinden durch und gibt für die Polizeieinheiten und die öffentlichen Behörden Aus- und Weiterbildungen in der Menschenrechtserziehung.¹⁵³

Die Kommission selbst ist an mehr Unabhängigkeit gegenüber der Regierung und an einer umfassenden Modernisierung interessiert. Zu diesem Zweck ist vorgeschlagen worden, diese Institution im Rahmen der allgemeinen Verfassungsreform von Guerrero neu zu gestalten und dabei auch den Katalog der bisher berücksichtigten Grundrechte zu erweitern. Weiterhin hat die CODDEHUM mit zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammengearbeitet, wie z.B. bei der Kampagne für ein Gesetz über das Verschwindenlassen von Personen in Guerrero oder bei der Entwicklung von Menschenrechtskursen und Workshops.¹⁵⁴

Nach Einschätzung der CODDEHUM besteht ein enger Zusammenhang zwischen der sozioökonomischen Situation in

151 Bei von Staatsbeamten begangenen Straftaten, z.B. von Soldaten oder der Bundespolizei, liegt die Zuständigkeit für die Durchführung von Untersuchungen bei der Nationalen Menschenrechtskommission.

152 Staatliche Menschenrechtskommission Guerrero, 16. Jahresbericht, 2006 <<http://coddehumgro.org.mx>>

153 Interview mit Hipólito Lugo Cortés, Leiter der CODDEHUM, 18. September 2007.

154 Ebd.

Guerrero und der Verletzung der Bürgerrechte durch Beamte des Staates, sowie der Verletzung der Grundrechte im Allgemeinen. Kommt es durch die Arbeit oder die Proteste der sozialen Organisationen zu Rechtsbrüchen oder zu Verletzungen der Rechte von Dritten, müssen diese Situationen daher im größeren Kontext analysiert werden. Bei Protestformen wie Straßenblockaden oder Demonstrationen sollte laut CODDEHUM bedacht werden, dass bestimmte Gruppen in der Gesellschaft oft keine anderen Alternativen bleiben, um von den Behörden gehört zu werden. In Fällen wo Organisationen, die für die Schaffung von Autonomieräumen für die indigene Bevölkerung eintreten, mit staatlichen Behörden in Konflikt geraten, sollten, in Übereinstimmung mit den internationalen Menschenrechtsstandards, die internen Organisationsformen und die Gemeindeautoritäten beachtet werden.¹⁵⁵

Die Unkenntnis der Bürger über ihre eigenen Rechte und deren Schutz stellt für die Präsidentin der Menschenrechtskommission des Kongresses eines der wesentlichsten Probleme im Bereich Menschenrechte dar. Daher betont sie die bedeutende Rolle der Menschenrechtsorganisationen bei der Unterstützung von Personen, deren Rechte verletzt worden sind. Diese Organisationen beteiligen sich an der Suche nach Lösungen für Probleme, mit denen der Staat sich nicht genügend auseinandersetzt. Dennoch müsse bei den sozialen Protesten in Guerrero klarer unterschieden werden, wo die Ausübung des Rechts endet und wo der Missbrauch beginnt.

Aus der Perspektive des Kongresses besteht ein Mangel an Kommunikation mit den Beamten des Staates sowie den Bürgern. Zum Beispiel hat die Staatsanwaltschaft oft keine Kenntnis von den verabschiedeten Gesetzen, und es gibt kein Programm zur Verbreitung von Informationen, damit die Bevölkerung erfährt was der Kongress macht. Neben dem Mangel an Informationen besteht in der Bevölkerung auch ein allgemeines Desinteresse an Politik, da der Eindruck vorherrscht, dass mexikanische Politiker korrupt seien, nicht arbeiten würden und sich auf Kosten der anderen bereichern würden.¹⁵⁶ Bei der Ausarbeitung und Umsetzung der Regierungspolitik mangelt es jedoch oft an Sensibilität gegenüber den Problemen der Bevölkerung. Im Zentrum der Politik steht meist die Stärkung des Images der Regierung und nicht die Beschäftigung mit den tatsächlichen Problemen der Bevölkerung. Die Perspektive beschränkt sich zudem meist auf die Amtszeit des Gouverneurs, wodurch eine langfristig angelegte Politik zu kurz kommt.¹⁵⁷

155 Ebd.

156 Interview mit Rossana Mora Patiño, Präsidentin der Menschenrechtskommission des Kongresses, 2. Oktober 2007.

157 Ebd.

Gesetz über das Verschwindenlassen von Personen

Das Menschenrechtsnetzwerk *Red Guerrerense*, das Menschenrechtszentrum *Miguel Agustín Pro Juárez* und die CODDEHUM haben 2003 gemeinsam eine Kampagne zur Typisierung des Delikts des Verschwindenlassens gestartet. Ergebnis dieser Initiative war die Verabschiedung des Gesetzes zur Vorbeugung und Bestrafung des Verschwindenlassens von Personen im Bundesstaat Guerrero im Jahr 2005. Das Gesetz setzt international festgelegte Normen um, wie zum Beispiel die Abkommen aus der Interamerikanischen Konvention über das Verschwindenlassen von Personen. Das Verschwindenlassen wird in dem Gesetz definiert als eine »durch Beamte des Staates unterstützte oder geduldete Straftat der illegalen Freiheitsberaubung, die als schwerwiegend, eigenständig und andauernd eingestuft wird, solange die Opfer nicht präsentiert werden«. ¹⁵⁸

Gemessen an anderen Gesetzesreformen in Mexiko, mit dem Ziel einer stärkeren Anerkennung der Menschenrechte, ist die Beteiligung der Zivilgesellschaft an der Erarbeitung dieses Gesetzes in Guerrero Pionierarbeit. ¹⁵⁹ Die beteiligten Organisationen beklagen dennoch, dass das Gesetz nicht angewendet wird. Die meisten Behörden der Justiz und der Generalstaatsanwaltschaft des Bundesstaates gehen nicht auf das Gesetz ein oder argumentieren, dass eine rückwirkende Anwendung für Straftaten, die vor Inkrafttreten des Gesetzes begangen wurden, nicht möglich sei. Die CODDEHUM kritisiert diese Auslegung des Gesetzes und merkt an, dass sie im Widerspruch zur Rechtssprechung des Obersten Verfassungsgerichts und den internationalen Menschenrechtsnormen steht. ¹⁶⁰

Die Behörden haben bisher keinen politischen Willen gezeigt. Es ist ein sehr komplexes Thema, da eben die gleichen Leute vom Staat verwickelt sind. Aus diesem Grund ist das Gesetz sehr heikel. Es ist veröffentlicht und verabschiedet, aber es wird nicht genutzt. ¹⁶¹

Ein Bericht über die Menschenrechtssituation in Guerrero

Das UN-Menschenrechtsbüro vereinbarte im Jahr 2006 mit der Regierung des Bundesstaates Guerrero die Erstellung eines Berichts zur Menschenrechtssituation in diesem Bundesstaat. Für den Repräsentanten des UNHCHR in Mexiko hat die Erstellung dieses Berichts besondere Priorität, da Guerrero einer der Bundesstaaten mit den schwerwiegendsten Menschenrechtsproblemen ist. Die Initiative zur Erarbeitung des

158 Gesetz zur Vorbeugung und Bestrafung des Verschwindenlassens von Personen im Bundesstaat Guerrero, Nr. 569, veröffentlicht im Amtsblatt der Regierung des Bundesstaates Guerrero am 14. Oktober 2005.

159 Interview mit Juan Carlos Gutiérrez, 28. Juli 2007.

160 Interview mit Hipólito Lugo Cortés, 18. September 2007.

161 Interview mit Silvia Castrillo, 20. September 2007.

Berichts ist bei dem Gouverneur des Bundesstaates von Beginn an auf Interesse gestoßen.

Für die Erstellung des Berichts wurde ein Koordinationskomitee gegründet, in dem Repräsentanten der folgenden Akteure vertreten sind: Regierung, Kongress, Justiz, CODDEHUM, Organisationen der Zivilgesellschaft, private und öffentliche Universitäten. Aufgabe des UN-Menschenrechtsbüros ist es, den Prozess zu begleiten und das Komitee im Bereich der internationalen Menschenrechtsnormen zu beraten.

Alle staatlichen Instanzen haben den politischen Willen an dieser Aufgabe teilzunehmen, und auch von Seiten der zivilgesellschaftlichen Organisationen gibt es den politischen Willen, konstruktiv an dieser komplexen Aufgabe teilzunehmen. Denn das erste was man hört, wenn Du mit den Organisationen der Zivilgesellschaft sprichst ist: Warum sollte ich mich mit jemandem zusammensetzen, der die Menschenrechte verletzt? [...] Diese Art Aufgabe ist etwas völlig Neues, so etwas wird an keinem anderen Ort der Welt gemacht. Es ist also eine Pilot-Erfahrung [...] Andererseits versucht auch der Staat zu verstehen, warum die Organisationen die Rolle einnehmen, die sie in einer Gesellschaft einnehmen müssen.¹⁶²

Ziel des Menschenrechtsberichtes ist, Empfehlungen und Schlussfolgerungen an die exekutive, judikative und legislative Gewalt des Bundesstaates auszusprechen. Die Verbreitung des Dokuments unter der Bevölkerung zählt für die Mitglieder des Koordinationskomitees als wichtiges Element des gesamten Prozess. Nach der Analyse soll ein Menschenrechtsplan für den Bundesstaat Guerrero entworfen werden, der zur Lösung der identifizierten Problematiken führen soll und unter Teilnahme der mitarbeitenden Institutionen und Organisationen regelmäßig evaluiert wird.

Es wird erwartet, dass alle in den Prozess Eingebundenen die Empfehlungen befolgen, übernehmen und sich zu eigen machen, um den gegenwärtigen Zustand zu verändern [...] damit die Leute wissen was gemacht wurde, wie es gemacht wurde, wann es gemacht wurde, wer es gemacht hat, wie die Empfehlungen lauten und was danach kommen muss. Wir müssen erreichen, dass das gleiche Koordinationskomitee im nächsten Jahr ein Menschenrechtsprogramm für den Bundesstaat Guerrero ausarbeiten kann, das eine Umgestaltung der staatlichen Politik ermöglicht.¹⁶³



Veranstaltung der Vereinten Nationen über die Thematik des Verschwindenlassens [PBI]

¹⁶² Interview mit Américo Incalcaterra, 17. September 2007.

¹⁶³ Interview mit Rossana Mora Patiño, 2. Oktober 2007.

Öffentliche Sicherheit und Militarisierung

Die Armee ist wie die rechte Hand des Präsidenten. Der Präsident nutzt die Armee sogar für Aufgaben der öffentlichen Sicherheit, was er nicht tun sollte, denn dafür ist die Polizei da. [...] Die Armee ist weder ermächtigt, noch ausgebildet, Aufgaben der Rechtsprechung zu übernehmen. Sie haben andere Aufgaben.

Tita Radilla, AFADEM

Die Empfehlungen von internationalen Organisationen in Bezug auf die Themen öffentliche Sicherheit und Justiz plädieren dafür, in Mexiko eine »schrittweise und nachweisbare Ersetzung der Streitkräfte im Bereich öffentliche Sicherheit« zu veranlassen, und »die Militärjustiz auf ihren eigenen Zuständigkeitsbereich zu beschränken.«¹⁶⁴ Dennoch wird in den letzten Jahren eine zunehmende Beteiligung des Militärs im Bereich öffentliche Sicherheit festgestellt, und die Instanzen der Militärjustiz werden weiterhin mit den Fällen von Menschenrechtsverletzungen, die von Mitgliedern des Militärs gegen Zivilisten begangen worden sind, beauftragt.

Die Militarisierung der öffentlichen Sicherheit

Das Thema der öffentlichen Sicherheit war in den letzten Jahren eng mit der Diskussion über die Beteiligung der Armee am Anti-Drogen Kampf verbunden. Während der Amtszeit von Vicente Fox wurde das Programm Sicheres Mexiko (*México Seguro*) ins Leben gerufen, das von dem aktuellen Präsidenten Felipe Calderón weiter ausgebaut wird. Die Regierung gibt dem Thema Priorität, und beauftragt das Militär mit der Umsetzung der Sicherheitsstrategie sowie mit dem Kampf gegen den Drogenhandel. Der Eingriff von zivilen Institutionen wird hier als eine Unterstützung für die Militäroperationen begriffen und nicht umgekehrt.¹⁶⁵

Diese Einbeziehung der Streitkräfte in die Politik der öffentlichen Sicherheit begann im Jahr 1996. Mit der Gründung der Interinstitutionellen Koordinationsgruppe wurde während der Amtsperiode von Vicente Fox die Beteiligung in den einzelnen Bundesstaaten des Landes weiter verstärkt. Unter anderem führten die Militärs Straßenkontrollen durch, in denen sie Fahrzeuge und Reisende inspizieren, und beteiligen sich gemeinsam mit den nationalen und bundesstaatlichen Sicherheitskräften¹⁶⁶ an den so genannten Gemischten Operationseinheiten (BOM).¹⁶⁷

¹⁶⁴ UN-Menschenrechtsbüro, *Diagnóstico sobre la situación de los Derechos Humanos en México*, Mexiko, UNHCHR, Dezember 2003.

¹⁶⁵ Interview mit Edgar Cortés, Nacionales Menschenrechtsnetzwerk *Todos los Derechos para Todas y Todos*, 7. November 2007.

¹⁶⁶ UN-Menschenrechtsbüro, *Diagnóstico sobre la situación de los Derechos Humanos en México*, Mexiko, UNHCHR, Dezember 2003, S.44.

Edgar Cortés, Koordinator des Nationalen Menschenrechtsnetzwerkes *Todos los Derechos para Todos y Todas*, erklärt, dass die Regierung mit ihrem gegenwärtigen Diskurs versucht die dauerhafte Militärpräsenz als beste Option darzustellen, die den Erwartungen und Bedürfnissen der Bevölkerung entspricht. Diese Ansicht wird durch enorme Kampagnen in den Medien verbreitet:

Schon früher, aber besonders seit der jetzigen Regierung, werden die Militäroperationen als etwas Grundlegendes, als ganz zentral und essenziell für die Strategie dargestellt. Die Kampagnen werden stets so formuliert, dass alles auf ganz natürliche Weise mit den Ansprüchen und Forderungen der Bürger übereinstimmt.¹⁶⁸

Aus Perspektive der Menschenrechte sollte das Thema der öffentlichen Sicherheit jedoch in den Bereich der zivilen Sicherheitskräfte des Staates fallen, da das Militär für diese Aufgabe nicht geeignet ist. Die Erfahrungen mit der Beteiligung des Militärs an Aufgaben der öffentlichen Sicherheit haben gezeigt, dass die Gefahr der Verschlechterung der Menschenrechtssituation besteht.¹⁶⁹

In Guerrero, einer der am stärksten von den Problemen des Drogenhandels betroffenen Bundesstaaten, kritisieren Organisationen wie das Menschenrechtszentrum *Tlachinollan* sowohl die Ernennung von Militärs für Posten innerhalb der zivilen Sicherheitskräfte oder innerhalb der Staatsanwaltschaft als auch die Beteiligung der Militärs am Kampf gegen Drogenanbau und Drogenhandel: »Die Militarisierung der Polizei vollzieht sich durch den Einsatz von Mitgliedern des Militärs im Bereich der öffentlichen Sicherheit, die Durchführung von Trainings für spezialisierte Polizeieinheiten [...] in Militäreinrichtungen und durch gemeinsame Operationen der Streitkräfte mit den verschiedenen Polizeieinheiten. Als Rechtfertigung für diese Umgestaltung dient der hohe Grad an Korruption innerhalb der Polizei und deren Ineffizienz, sowie die Ausweitung der organisierten Kriminalität, sowohl räumlich als auch in Bezug auf den Waffenbesitz. Die Streitkräfte sind jedoch für das Gefecht ausgebildet und nicht für den Kampf gegen die Kriminalität. Die Einbeziehung des Militärs in diese Art von Aufgaben kann Korruption verursachen und zu einem Anstieg der Menschenrechtsverletzungen führen.«¹⁷⁰

167 Die Gemischten Operationseinheiten sind mobile Wacheinheiten, an denen die Armee in Koordination mit den Behörden und Polizeieinheiten der verschiedenen Regierungsebenen beteiligt ist. Das Innenministerium erklärt, dass diese Einheiten »per Zufallsauswahl Untersuchungen der Insassen von Fahrzeugen jeden Typs durchführen« und auf den Straßen als »Präventivmaßnahme zur Bekämpfung des Straftatenindex in Risiko-Zonen« agieren. <www.ssp.gob.mx>.

168 Interview mit Edgar Cortés, 7. November 2007.

169 Ebd.

170 Menschenrechtszentrum *Tlachinollan*, *Contra el silencio y el olvido, X informe*, Juni 2004 bis Mai 2005, S. 30-31.

Die öffentliche Sicherheit im Bundesstaat Guerrero

Derzeit leitet der General Juan Heriberto Salinas Altés das Innenministerium in Guerrero. Er wurde für dieses Amt von der Regierung Zeferino Torreblanca (PRD) ernannt, nachdem dieser die Wahlen in 2005 gewonnen hatte. Salinas Altés zeigt sich gewillt, die schädigenden Praktiken der Polizei zu beenden und glaubt, dass die fortschrittlichen Bemühungen bereits zu einer Verminderung der Menschenrechtsverletzungen geführt haben.

Dem Innenministerium gehören drei Bereiche an: die Polizeieinheiten des Bundesstaates (Abteilung Prävention, Hilfspolizei, Umwelta Abteilung, Verkehrsabteilung etc.), der Bereich der Strafvollzuges, bzw. der Bereich für soziale Wiedereingliederung, und der Bereich des Zivilschutzes. Der Minister ist zudem Vizepräsident des Bundesstaatlichen Rates für Öffentliche Sicherheit, einer Koordinationsstelle zwischen den verschiedenen bundesstaatlichen Ämtern, den nationalen Instanzen und den Streitkräften.

Salinas Altés spricht von sehr verschiedenen Regionen im Bundesstaat Guerrero mit komplexen Problematiken. Während sich in der Region Costa Chica die Probleme vor allem auf Überfälle und die Unsicherheit der Straßen beziehen, drehen sich die Probleme im Inneren des Bundesstaates, einschließlich der Region Montaña eher um soziale Konflikte als um öffentliche Sicherheit. Salinas Altés erklärt, dass sich das Ministerium stets auf die verschiedenen Konflikte einstellen muss (Agrarkonflikte, Gemeindef Konflikte, Religionskonflikte), dabei aber immer für eine Zusammenarbeit mit verschiedenen Organisationen wie der Gemeindepolizei CRAC oder mit dem Menschenrechtszentrum *Tlachinollan* bereit ist.

Das Ministerium war bereit, sich an der neuen Initiative eines zivilen Monitorings zu beteiligen, die von Organisationen wie *Tlachinollan*, FUNDAR und INSYDE angeregt wurde, und eine umfassend Begleitung der Arbeit der Polizeieinheiten in der Region Montaña veranlassen will. Durch eine breite Analyse sollen die Organisationen befähigt werden, besser auf die staatlichen Vorschläge im Bereich der öffentlichen Sicherheit Einfluss zu nehmen. Andererseits hat sich das Ministerium der Gemeindepolizei angenähert, wobei deren Legalisierung noch aussteht:

Diese Situation muss verfassungsrechtlich legalisiert werden. Die Voraussetzungen dafür sind vorhanden, und es wird gründlich daran gearbeitet, um die gesamte Situation der Indigenen legalisieren zu können. Wir haben mit ihnen

171 Interview mit Juan Heriberto Sainas Altés, Innenminister des Bundesstaates Guerrero, 20. September 2007.



Das Menschenrechtszentrum Tlachinollan dokumentiert in Barranca de Guadalupe Zeugenberichte vom Einsatz der Armee im Oktober 2006 [PBI]

zusammengearbeitet, so dass sich unsere Arbeit ergänzen kann.¹⁷¹

Die meisten Probleme in Bezug auf den Drogenhandel zeigen sich in der Zone der Sierra und in den Regionen Costa Grande und Tierra Caliente. In Mexiko ist Guerrero der Bundesstaat mit der größten Mohnproduktion und steht an zweiter Stelle bei der Produktion von Marihuana. Die psychoaktiven Pflanzen werden in den genannten Regionen angebaut. Der Handel erfolgt in den Städten am Fuß der Sierra (an der Küste und im Landesinneren) sowie in den größeren Städten des Bundesstaates, Chilpancingo und Acapulco. Aufgrund dieser Situation wird die Region der Sierra besonders aufmerksam verfolgt, und es wird ein umfassender sozialer Entwicklungsplan durchgeführt, der auf die Bedürfnisse der Bevölkerung im Bereich Bildung, Gesundheit, Kommunikation und Sicherheit eingehen soll. So wird versucht, den Forderungen der Bauern nachzukommen, die sich mangels fehlender Alternativen dazu gezwungen sehen, psychoaktive Pflanzen anzubauen. Die Arbeit der Polizei, sowie die Koordination zwischen Bundesstaatlicher Polizei und der Polizei auf Gemeindeebene soll verbessert werden, um die durch Überfälle, Ermordungen und Vergewaltigungen verursachte Unsicherheit zu beenden.



Mario Patrón, Obtilia Eugenio, Inés Fernández und Valentina Rosendo vor der Interamerikanischen Menschenrechtskommission in Washington [Tlachinollan]

Militärjustiz: Beschwerden vor den internationalen Instanzen

In Mexiko wird bei Gerichtsverfahren die Militärgerichtsbarkeit angewendet, sobald einer der involvierten Parteien ein Angehöriger des Militärs ist. Systematisch werden so alle Anklagen gegen Militärs vor die Instanzen der Militärjustiz gebracht, oder von den zivilen Behörden an die Militärgerichtsbarkeit weitergeleitet. Dieser Zustand widerspricht den internationalen Menschenrechtskonventionen und ist der Grund dafür, dass Mexiko die internationalen Instrumente zum Schutz der Menschenrechte nur unter Vorbehalt oder mit Zusatzklauseln ratifiziert hat. Das Prinzip, dass zivile Gerichte über Angehörige des Militärs richten, sobald einer der Involvierten eine Zivilperson ist, wird in Mexiko nicht anerkannt.¹⁷² Die Erfahrung in Mexiko, und speziell in Guerrero, zeigt zudem, dass die militärischen Gerichtsinstanzen die Angehörigen des Militärs nicht für die angeklagten Straftaten verurteilen. Für den Kampf gegen die Beendigung der Straflosigkeit stellt diese Situation ein schwerwiegendes Problem dar.¹⁷³

172 Interview mit Edgar Cortés, 7. November 2007.

173 Menschenrechtszentrum Tlachinollan, *Contra el silencio y el olvido, X informe*, Juni 2004 bis Mai 2005, S. 203 und 205.

In Guerrero bleibt sowohl den Angehörigen der Verschwundenen, als auch den indigenen Gemeinden, die Opfer von Übergriffen geworden sind, der Zugang zur zivilen Gerichtsbarkeit verschlossen. Aus der Sicht von AFADEM kann ein Militärgericht die Forderungen nach Wahrheit und

Gerechtigkeit nicht erfüllen. Daher haben sich die Angehörigen der Verschwundenen wiederholt dagegen ausgesprochen, vor der Militärstaatsanwaltschaft auszusagen:

Sie haben uns vorgeladen um auszusagen, aber wir haben abgelehnt, denn sie selbst sind die unmittelbar Verantwortlichen. Wir klagen sie an, wir machen sie für das Verschwindenlassen unserer Angehörigen verantwortlich, und daher können wir nicht zu einem Militärgericht gehen. Wir sind Zivile, unsere Angehörigen waren Zivile und wir glauben, dass es in dem Verfahren keine Unparteilichkeit geben würde. General Mario Arturo Acosta Chaparro war in 22 Fällen verantwortlich und trotzdem haben sie ihn freigelassen. Das Militär selbst hatte wegen Mord an 22 Bauern in der Gemeinde Atoyac ermittelt und ihn angeklagt, aber sie haben ihn letztlich entlastet.¹⁷⁴

Das Menschenrechtszentrum *Tlachinollan* unterstützt diese Haltung:

Das Militär verletzt die Menschenrechte nicht nur unmittelbar durch Folter und sexuelle Vergewaltigungen, sondern auch indirekt: Es begeht nicht nur Menschenrechtsverletzungen, sondern es deckt danach auch noch seine Mitglieder mit der Militärgerichtsbarkeit. Alle Fälle, die von zivilen Opfern angeklagt werden, gelangen vor die Militärjustiz, wo es keine wirkliche Gerechtigkeit gibt.¹⁷⁵

Die Opfer und die Organisationen haben internationale Instanzen in Anspruch genommen, um dennoch Gerechtigkeit zu erlangen. Der Fall des 1974 im Bundesstaat Guerrero verschwundenen Rosendo Radilla Pacheco ist durch AFADEM und die Mexikanische Kommission für die Verteidigung und die Förderung der Menschenrechte vor die Interamerikanische Menschenrechtskommission gebracht worden. Es besteht die Möglichkeit, dass der Fall an den Interamerikanischen Gerichtshof weitergeleitet wird und die Organisationen hoffen, dass dieser den mexikanischen Staat verpflichtet, auf die Forderungen der Opfer einzugehen.

Die Organisation des Indigenen Volkes der *Me'Phaa* beharrt weiterhin auf Gerechtigkeit in den Fällen von Inés Fernández Ortega und Valentina Rosendo Cantú. Mit der juristischen Unterstützung der Menschenrechtszentren *Tlachinollan* und *Miguel Agustín Pro Juárez*, sowie dem Zentrum für Gerechtigkeit und Internationales Recht (CEJIL) haben sie erreicht, dass die Fälle vor der CIDH präsentiert wer-

174 Interview mit Tita Radilla, 19. Juli 2007.

175 Interview mit Mario Patrón, 24. Juli 2007.

den konnten, nachdem in Mexiko alle juristischen Möglichkeiten ausgeschöpft waren: Die Generalstaatsanwaltschaft des Bundesstaates Guerrero hatte ihre Zuständigkeit abgelehnt und den Fall an die Behörden der Militärjustiz abgegeben. Diese stellten den Fall ein, da sie erachteten, dass keine Straftat durch Vergewaltigung vorliegt.¹⁷⁶

Die Bauern, sowohl die *Na Savi* als auch die *Me'Phaa*, haben erreicht, dass die beiden Fälle von Valetina Rosendo Cantú und Inés Fernández Ortega sich inzwischen zu Vorreiterfällen im Thema der Gerechtigkeit gegenüber den Militärs entwickelt haben. Sie sind bis zum interamerikanischen System vorgedrungen [...] und haben durchaus Chancen tatsächlich eine richterliche Entscheidung zu erwirken und Maßnahmen durchzusetzen, die eine Wiederholung verhindern. Denn sie wollen nicht nur Wiedergutmachung für die beiden Frauen erreichen, sondern auch Reformen bewirken, damit alle Fälle, an denen zivile Personen beteiligt sind, nicht weiter vor der Militärjustiz verhandelt werden [...] Das ist Teil der Fähigkeiten der Bewegungen der *Na Savi* und der *Me'Phaa* in Ayutla. Sie haben verstanden, dass ihr Kampf gegen die Militarisierung nicht kurzfristig ist, sondern langfristig. Sie haben ganz bewusst auf den Justizprozess gesetzt, der aber sehr lange dauert. Und darum haben sie sich sehr um Valentina und Inés gekümmert.¹⁷⁷

Die Fälle von Inés Fernández Ortega und Valentina Rosendo Cantú wurden zusammen mit vier weiteren Fällen in einem Bericht von Amnesty International dokumentiert. Die indigenen Frauen klagen an, in den Jahren 1994 bis 2004 von Militärs in Guerrero vergewaltigt worden zu sein.¹⁷⁸ Der Bericht kritisiert »die schwerwiegenden Mängel der Untersuchungen durch die Militärstaatsanwaltschaft, da die Militärjustiz aufgrund der fehlenden Unparteilichkeit und Unabhängigkeit grundlegend ungeeignet ist, Menschenrechtsverletzungen zu untersuchen, die von den eigenen Mitgliedern der Streitkräfte begangen worden sind.« Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass die Militärgerichte in diesen Fällen die Verfassung zugunsten der Militärgerichtsbarkeit auslegen, und damit »den Rechtsstaat schädigen, die Straflosigkeit begünstigen und Gerechtigkeit für die Opfer verweigern.«

176 Zulassungsbericht der Interamerikanischen Menschenrechtskommission. CIDH, Bericht Nr. 94/06, Anfrage 540-04, Zulassung, Inés Fernández Ortega und andere, Washington, D.C., 21. Oktober 2006.

177 Interview mit Mario Patrón, 24. Juli 2007.

178 Amnesty International, *México: Mujeres indígenas e injusticia militar*, Index AI: AMR 41/033/2004, 23. November 2004.

Entwicklungs- politik und Kampf gegen die Armut

Die Unzufriedenheit der Organisationen über die mangelnde Gewährleistung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte, kommt bei den Konflikten um die Ausbeutung und Nutzung von natürlichen Rohstoffen und beim Umgang mit öffentlichen Geldern in den Gemeinden zum Vorschein. Die staatliche Politik in Bezug auf die ländlichen Regionen und die indigene Bevölkerung, die Reform des Landbesitzes, und die Investitionen in Basisausstattung und Infrastruktur spielen bei diesen Konflikten eine zentrale Rolle. Der Kampf gegen die Armut ist ein zentrales und vorrangiges Thema für den mexikanischen Staat. Zu diesem Zweck wurden soziale Hilfsprogramme wie das Programm *Oportunidades* gegründet, das weltweit eines der wenigen positiv bewerteten Modelle ist, da es scheinbar gute Ergebnisse im Kampf gegen die Armut vorweisen konnte. Verschiedene mexikanische Organisationen betrachten das Programm dennoch kritisch, da sie feststellen, dass es sich weder auf die Ursachen der Armut auswirkt, noch darauf angelegt ist, strukturelle Veränderungen zu ermöglichen.

Der Landbesitz

Die Sozialstruktur der ländlichen Bevölkerung Guerreros und weiterer Bundesstaaten im Süden von Mexiko, ist am kollektiven Landbesitz der *Ejidos* bzw. des Gemeindelandes orientiert. Gesetzlich verankert wurde diese Struktur im Anschluss an die mexikanische Revolution. Damals wurde hinsichtlich der ländlichen Regionen eine Politik verfolgt, bei der man sich nach den Forderungen der sozialen Kämpfe der Bauern richtete, die eine Anerkennung ihres Landbesitzes und Schutz vor Vertreibung gefordert hatten. Das Leben dieser Bevölkerung ist heute jedoch stark vom Rückgang der Preise landwirtschaftlicher Produkte betroffen, wobei diese Tendenz in direkter Verbindung zum 1994 in Kraft getretenen Nordamerikani-

schen Freihandelsabkommen (NAFTA) zwischen Kanada, den USA und Mexiko steht. Vor diesem Kontext hat die Migration stark zugenommen, worauf der Staat mit der Einführung von Programmen der Armutsbekämpfung reagiert. In den ländlichen Regionen des Südens hat sich die Landwirtschaft vom zentralen, das Überleben sichernden Grundpfeiler, zu einer Einnahmequelle neben vielen anderen, wie der Migration und den staatlichen Hilfsprogrammen, entwickelt.¹⁷⁹

Der Nationale Zusammenschluss von Vermarktungsunternehmen landwirtschaftlicher Erzeugnisse (ANEC) stellt fest, dass sich seit den achtziger Jahren unter den Politikern die Meinung herausbildet, im ländlichen Raum würden zu viele Menschen leben, die zu wenig produzieren, und Mexiko könne auf einen Großteil des ländlichen Sektors verzichten, bzw. dessen Produktion mit Importen ersetzen. Zudem wird die Landbevölkerung weiterhin von traditionellen Machthabern unterdrückt. Die Konzepte von Demokratie und Bürgertum sind in den Städten entwickelt worden, haben aber auf dem Land kaum zu politischen Veränderungen geführt. Diese Situation in den ländlichen Gebieten begünstigt den Fortbestand der politischen Herrschaftssysteme der Kaziken und ermöglicht systematische Menschenrechtsverletzungen an der Bevölkerung. Zudem wird die vorwiegend in der Landwirtschaft tätige indigene Bevölkerung des Landes diskriminiert, und ihr Beitrag zur Wirtschaft und Kultur des Landes nicht gewürdigt.

Es heißt, die Ressourcen der Bauern- und indigenen Gemeinden befänden sich in unproduktiven Händen, und sie müssten darum auf rechtlichem oder auf halbwegs rechtllichem Weg enteignet werden. Den Produzenten soll jegliche wirtschaftliche Unterstützung und Hilfe entzogen werden, damit sie gezwungen sind ihr Land zu verpachten oder zu verkaufen. Also soll ein Staudamm auf den gemeinschaftlichen Gebieten der Ejidos gebaut werden, denn das würde im allgemeinen öffentlichen Interesse sein, da die Ländereien und Ressourcen sich angeblich in unproduktiven Händen befinden. Genau wie die Mineralien, die Wälder, das Wasser, die Landschaft, die Strände und anderes mehr [...] Dahinter verbirgt sich die Vorstellung, das Land, das Wasser und die natürlichen Ressourcen in wenigen Händen zu konzentrieren, damit diese Ressourcen als Quelle des Wachstums und der Entwicklung genutzt werden. Das ist das neoliberale Konzept. Die Ressourcen befinden sich in unproduktiven Händen, und die einzige Möglichkeit sie produktiv einsetzen zu können ist, sie zu privatisieren und in die Hände von großen transnationalen Unternehmen zu geben.¹⁸⁰

179 Interview mit Juan Carlos Martínez, FUNDAR, 22. September 2007.

180 Interview mit Víctor Suárez, Nationaler Zusammenschluss von Vermarktungsunternehmen landwirtschaftlicher Erzeugnisse, 21. September 2007.

Es gibt die allgemeine Vorstellung, dass kleine und mittelgroße Produzenten unfähig seien, effizient und wettbewerbsfähig zu arbeiten, weil sie auf relativ kleinen Landparzellen arbeiten. Auf rassistische und diskriminierende Weise heißt es, dass Bauern, und vor allem die indigenen Bauern, an der Vergangenheit festhalten, weil sie unfähig sind die Notwendigkeit für Fortschritt und Moderne zu begreifen.

Die Strategien der Unterstützungs- und Förderungsprogramme, die Strategien der Investitionen und Kredite, die Zuschüsse und die technische Unterstützung für die Landwirtschaft, all das wird aufgegeben. Es wird davon ausgegangen, dass es keinen Sinn macht, etwas Unbrauchbares zu unterstützen. Ganz wichtig ist es jedoch, die ertragreiche Produktion, die vermögenden Produzenten und die Agrarunternehmen zu unterstützen. Für den Rest der Bevölkerung, der abwandert und die ländlichen Regionen verlässt, soll dann staatliche oder private Unterstützung geleistet werden. Sie sollen staatliche oder private Wohltätigkeit in Form von finanziellen Zuwendungen, wie durch das Programm *Oportunidades* bekommen.¹⁸¹

Als das Nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA unterzeichnet wurde, war bekannt, dass viele Regionen nicht in der Lage waren, mit den großen Produzenten aus den USA konkurrieren zu können. Die Mehrheit der südlichen Bundesstaaten funktionierte noch mit regional orientierten Ökonomien, die auf der Landwirtschaft und dem lokalen Warenaustausch basieren. Trotzdem wurden Mais und Bohnen nicht als grundlegende Erzeugnisse und Nahrungsmittel anerkannt, die speziell geschützt werden müssen, sondern die Märkte wurden für alle Erzeugnisse geöffnet. Im Jahr 2008 werden jegliche Importbeschränkungen für Mais, Bohnen und Zuckerrohr aufgehoben, und es wird befürchtet, dass die Auswirkungen der Liberalisierung die Prozesse der Verarmung und der Migration weiter verschärfen.¹⁸²

Eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Verhandlungen des Freihandelsabkommens NAFTA war die Reform des Artikel 27 der mexikanischen Verfassung im Jahr 1992, die zur Inkraftsetzung eines neuen Agrargesetzes und zur Schaffung des Programms PROCEDE geführt hat. PROCEDE, das Programm zur Vergabe von Titeln und Zertifikaten für ejidalen und kommunalen Landbesitz, verfolgt das Ziel, eine gerechte Entwicklung des Lebens auf dem Land zu fördern, indem juristische Sicherheit für den Landbesitz gewährleistet werden soll. Die Gemeindeversammlung kann somit über eine Umformung

181 Ebd.

182 Ebd.

- 183 Homepage der Agrarbehörde über das Programm PROCEDE: <www.pa.gob.mx/publica/pao70113.htm>.
- 184 Interview mit José Manuel Olivares Hernández, 3. August 2007.
- 185 Das Menschenrechtszentrum *Tlachinollan* arbeitet mit landwirtschaftlichen Hilfsarbeitern. In dem Bericht *Migrar o morir, el dilema de los jornaleros agrícolas de la Montaña de Guerrero* (Dezember 2005) erklärt das Menschenrechtszentrum, dass »die offiziellen Statistiken für Migration von etwa 12.000 landwirtschaftlichen Hilfsarbeitern, allein in der Region Montaña« ausgehen (zwischen 2005 und 2006). Aber diese Angaben variieren stark, denn einige Hilfsarbeiter gehen in die Grenz-Bundesstaaten und registrieren sich nicht unbedingt. Wenn man das bedenkt, kommt man auf eine Anzahl von 20.000, ohne dabei die Migranten einzuschließen, die in die USA abwandern. »Zu der Größenordnung der Migration in die USA werden unterschiedliche offizielle und inoffizielle Angaben gemacht, wobei manche Quellen von täglich 3.000 die Grenze überschreitenden Migranten ausgehen. Auch in diesen statistischen Angaben sind die Migranten der Region Montaña zu finden.«

des gemeinschaftlichen Landbesitzes zu ejidalem Landbesitz und dann zu privatem Landbesitz verfügen.¹⁸³ Mit diesem Programm wird versucht, den gemeinschaftlichen Landbesitz in privaten Landbesitz zurückzuführen, indem Titel für individuelle Landparzellen vergeben werden. Die dieser Entwicklung zugrunde liegende Politik versucht, die Entstehung von individuellen Produzenten zu fördern, die im Wettbewerb des freien Marktes bestehen könnten. Die Umsetzung dieser Politik hat zu neuen Problemen im Agrarbereich geführt, da sie in vielen Fällen von Bedrohungen, Druck, Erpressung und Korruption begleitet wird.¹⁸⁴ Im Endeffekt hat die Umsetzung des Programms PROCEDE bisher nicht zur umfassenden Privatisierung der Parzellen geführt. Die Bauern haben eine enge Verbindung zu ihrem Grund und Boden und sind nicht am Verkauf interessiert. Zudem erhalten viele Familien in ländlichen Regionen regelmäßige Geldüberweisungen (*remesas*) von den abgewanderten Angehörigen, wodurch ihnen ermöglicht wird, weiterhin auf dem Land zu leben.¹⁸⁵ Die Unternehmen haben ebenfalls wenig Interesse am Kauf von Boden im Süden des Landes gezeigt, da die landwirtschaftliche Produktion sich angesichts des unfairen Wettbewerbs gegenüber den subventionierten Produkten aus den USA nicht behaupten kann.¹⁸⁶

Armutsbekämpfung und Infrastrukturinvestition

Parallel zu den Gesetzesänderungen im Agrarbereich wurden Initiativen zur Armutsbekämpfung wie das Programm PRONASOL, später das Programm PROGRESA und das heutige Programm *Oportunidades* eingeführt. Letzteres arbeitet mit 5 Millionen Familien zusammen und kommt damit etwa 25 Millionen Personen zugute.¹⁸⁷ Partner des Programms sind stets die Frauen bzw. Mütter der Familien. Das Programm besteht vor allem aus einer Unterstützung in Form von Nahrungsmitteln, die den Frauen ausgehändigt werden. Die Unterstützung ist daran gebunden, dass die Kinder zur Schule gehen, die Familie sich jeden zweiten Monat beim Arzt im Gesundheitszentrum vorstellt, und dass Mitglieder der Familie alle zwei Monate an einer Informationsveranstaltung zu Gesundheitsthemen teilnehmen. Für Kinder im Schulalter gibt es eine zusätzliche Ausbildungsunterstützung.¹⁸⁸

Dieses Programm löst in Wirklichkeit keine langfristigen und strukturellen Probleme, wie unsere Auswertung aus Kostenperspektive zeigt. Es ist ein ausgesprochen wirtschaftliches Programm, wobei man davon ausgeht, dass 25 Millionen Personen damit versorgt werden. Der Staat hat

hier 2005 pro arme Familie jährlich 6797 Pesos [ca. 430 Euro] ausgegeben. Das ist tatsächlich gar nichts. [...] Es werden keine Arbeitsplätze geschaffen und keine Infrastrukturmaßnahmen durchgeführt [...] Andere Auswertungen von zivilgesellschaftlichen Organisationen zeigen, dass die armen Familien unterschiedliche Überlebensstrategien haben, Strategien um Einnahmen zu bekommen. Das Geld vom Programm ist ein Teil. Dann gehen der Ehemann und der Sohn in die USA und schicken von dort Geld. Mehr oder weniger kann die Familie vielleicht der extremen Armut entkommen, der Armut durch Ernährungsprobleme, und sie gelangt zur so genannten Armut an Möglichkeiten, einer weniger extremen Form von Armut. Der Staat kann seine Sorge loswerden und erfüllt zudem bestimmte Ziele, wie den Anstieg der Einschulungsrate, die Senkung der Kinder- und Müttersterblichkeit und anderes mehr. Es gab tatsächlich eine Verbesserung bei der Versorgung im Bereich Gesundheit und Ernährung. Obwohl sich gleichzeitig die wirtschaftliche Ungleichheit vergrößert hat.¹⁸⁹

Mexikanische Menschenrechtsorganisationen beurteilen die Programme sehr kritisch. Sie bemängeln die klientelistischen Tendenzen der Programme, da sie auch für politische Zwecke eingesetzt werden können, um die Personen an die machthabende politische Partei zu binden. Weiterhin wird beobachtet, dass sich die Programme nicht an der Gewährleistung der universalen Rechte orientieren, sondern einen assistentialistischen Charakter haben. Die finanziellen Zuwendungen sind nicht darauf ausgerichtet strukturelle Veränderungen zu bewirken. Selbst wenn die Programme also dazu beitragen der absoluten Armut zu entkommen, erlauben sie keine strukturellen Veränderungen der Armutssituation.¹⁹⁰

Das Programm Oportunidades ist ein exemplarisches Beispiel. Es geht davon aus, dass die ländliche Bevölkerung keine Unterstützung im Sinne einer wirtschaftlichen und produktiven Entwicklung bekommt, da die Bevölkerung weder Fähigkeiten noch Entwicklungspotentiale hat. Diese Bevölkerung bekommt nur rein assistentialistische Hilfe, um ein bestimmtes Gesundheits- und Ernährungsniveau zu halten, und um ein bestimmtes Bildungsniveau zu erlangen, damit sie als Migranten gute Arbeitskräfte sein können, die den Arbeitgebern nicht zu viele Kosten verursachen. Wie gut, dass sie lesen, schreiben und rechnen können [...] Wie gut, dass sie gesund sind, denn sonst wäre die Arbeit sehr unproduktiv. [...] Also hat es nicht zur Überwin-

186 Interview mit Juan Carlos Martínez, 22. September 2007.

187 Für weitere Informationen über das Programm: <www.oportunidades.gob.mx>.

188 Interview mit Kristina Pirker, FUNDAR, 22. September 2007.

189 Ebd.

190 Interview mit Michel Maza, 17. September 2007.

derung der Armut beigetragen, sondern es verwaltet die Armut, und zum Teil auch die Migrationsströme.¹⁹¹

Politik für soziale Entwicklung im Bundesstaat Guerrero

Die gegenwärtige Regierung des Bundesstaates Guerrero ist über den hohen Anteil an Armut und Marginalisierung besorgt. Verschiedene Ministerien versuchen in Koordination mit der nationalen- und lokalen Ebene eine Antwort auf die Grundrechte in Bezug auf Gesundheit, Wohnraum und Bildung zu geben.

Das Ministerium für Soziale Entwicklung SEDESOL will die Bevölkerung Guerreros durch so genannte Integrative Zentren für Menschliche Entwicklung befähigen ihre eigenen Entwicklungspläne zu formulieren. 74% des Etats werden für verschiedene Programme wie *Pro Vivir* oder *Pensión Guerrero* ausgegeben. Das Programm *Pensión Guerrero* richtet sich an 50.000 über 65-Jährige, die in Armut leben. Sie erhalten alle zwei Monate einen finanziellen Betrag von 800 Pesos (ca. 50 Euro), die als Ergänzung für die Erfüllung ihrer grundlegenden Gesundheits- und Ernährungsbedürfnisse dienen sollen. Für Familien mit geringen Einnahmen gibt es ein Schulstipendien-Programm, bei dem gute schulische Leistungen der Schüler ausgezeichnet werden. Ein weiteres Programm unterstützt die Rückführung von in den USA verstorbenen Migranten, das im Zeitraum von Januar bis Oktober 2007 insgesamt 106 Fälle betreute. Ein weiteres Programm vergibt Mikrokredite an Menschen mit Behinderungen. Der Kredit ist zinsfrei und muss nach zwei Jahren zurückgezahlt werden. Derzeit werden somit 1887 Familien unterstützt. Das Ministerium koordiniert ein weiteres Programm, das Spenden von Migranten aus Guerrero entgegennimmt. Dieses Geld wird in Einkommen schaffende Projekte und Infrastrukturmaßnahmen für die Entwicklung ihrer Heimat investiert.¹⁹²

Infrastrukturinvestitionen in den Gemeinden

Die Gemeinden erhalten direkte finanzielle Mittel von der Regierung Mexikos über den Bereich 33 des Allgemeinen Nationalen Finanzhaushalts. Dieser Fond ist auch der Finanzierung des Gesundheits- und Bildungssektors der Bundesstaaten gewidmet.

Für die Zuordnung und Aufteilung dieser Mittel wurden diverse Formeln entwickelt, wie z.B. der Marginalisierungsindex, der die Bevölkerungszahl und ihren Grad an Marginalisierung berücksichtigt. Bei der Verteilung der Mittel für die Gesundheits- und Bildungsdienstleistungen orientiert sich die Aufteilung jedoch an dem bereits angestellten Personal

191 Interview mit Víctor Suárez, 21. September 2007.

192 Interview mit Gloria Sierra, Ministerin für Soziale Entwicklung im Bundesstaat Guerrero, 26. September 2007.

und der Anzahl der bereits bestehenden Einrichtungen, wodurch die Ungleichheiten zwischen verschiedenen Zonen bestehen bleiben. Das größte Problem des Geldtransfers ist die Überwachung der Verwendung dieser staatlichen Gelder. Früher waren die lokalen Regierungen in den ländlichen Gemeinden von der guten Beziehung zur Bevölkerung abhängig. Jetzt, da das Geld extern vergeben wird, ist diese Beziehung nicht mehr notwendig. Oft ist die Bevölkerung weder darüber informiert, wie viel Geld die Gemeinde erhält, noch darüber, wofür das Geld ausgegeben wird. Innerhalb der Gemeinden werden kleinere Siedlungskerne oft von der Verteilung des Geldes ausgeschlossen, was zu internen Konflikten führt. In diesen Situationen intervenieren die Regierung des Bundesstaates und der Kongress, da hier die Zuständigkeiten für die Prüfung der Ausgaben der Gemeinden liegen. Daher verhalten sich die Lokalregierungen der Gemeinden gegenüber der Regierung des Bundesstaates besonders loyal.¹⁹³

Die staatliche Politik gegenüber der indigenen Bevölkerung

Präsident Fox übergab im Jahr 2000 den von der Parlamentarischen Vermittlungskommission COCOPA¹⁹⁴ formulierten Gesetzentwurf zu indigenen Rechten an eine Regierungskommission, die einen neuen Gesetzesvorschlag ausarbeiten sollte. Den Repräsentanten der indigenen Bevölkerung wurde keine Möglichkeit gegeben, zu dem neuen Vorschlag Stellung zu nehmen. Im August 2001 trat schließlich die Verfassungsänderung auf der Grundlage des neuen Gesetzesvorschlages in Kraft. Die Reform beinhaltet eine Antidiskriminierungsklausel aufgrund ethnischer Herkunft und soll mehr Unterstützung für indigene Frauen und die Förderung des Bildungssystems garantieren. Ebenso wurden die Autonomie-rechte der indigenen Gemeinden in den Bereichen Kultur, Erziehung, Sprache und eigener Verwaltung auf lokaler Ebene festgeschrieben. Die Reform wurde dennoch von der Mehrheit der Betroffenen abgelehnt, da sie in entscheidenden Punkten vom Vorschlag der COCOPA abweicht, die alle zu Lasten der Rechte der indigenen Bevölkerung gehen.

Das Projekt der COCOPA beabsichtigte, das Recht auf eine kollektive Ausübung der Land- und Ressourcennutzungsrechte der indigenen Bevölkerung verfassungsrechtlich festzuschreiben. Dieser Vorschlag wurde in der Verfassungsreform darauf reduziert, der indigenen Bevölkerung den vorrangigen Zugriff auf die natürlichen Ressourcen rechtlich anzuerkennen, und ihre Landrechte auf die von ihnen bewohnten Ge-

193 Interview mit Juan Carlos Martínez, 22. September 2007.

194 Die Parlamentarische Vermittlungskommission COCOPA wurde auf Grundlage von Artikel 8 des Gesetzes zum Friedensprozess in Chiapas im Jahr 1995 eingerichtet, und setzte sich aus Mitgliedern des Parlaments sowie Regierungsvertretern aus Chiapas zusammen. Die COCOPA formulierte die Initiative zur Verfassungsreform der indigenen Rechte und Kultur, die auf den Abkommen von San Andrés basierte.

biete zu beziehen. Dass die indigene Bevölkerung ihr Territorium nur »vorrangig« bewirtschaften und nutzen darf, lässt die Hintertür offen, im Rahmen von wirtschaftlichen Programmen das Land Unternehmen zu überlassen, die sich auf den Abbau von Bodenschätzen spezialisiert haben. Bezüglich des Rechtsstatus der indigenen Bevölkerung wird den indigenen Gemeinden nicht der Status einer juristischen Person (*entidad de derecho público*), sondern der eines Trägers »öffentlichen Interesses« (*entidad de interés público*) zugestanden. Damit besitzen sie keinen Status als Rechtsobjekt und können ihre Rechte nicht kollektiv einklagen.¹⁹⁵

Vicente Fox initiierte auch die Umwandlung des ehemaligen Nationalen Instituts für Indigene Angelegenheiten (INI) zur Nationalen Kommission für die Entwicklung der Indigenen Völker (CDI). Ausgestattet mit juristischer Unabhängigkeit und einem eigenen Etat, konnte die neue Kommission eigenständig Programme zur Infrastrukturentwicklung für die indigene Bevölkerung, zur Förderung und Entwicklung der indigenen Kultur, Einkommen schaffende Projekte für indigenen Frauen oder Aktivitäten zur Förderung von Rechtsabkommen durchführen. Die Gründung der Kommission wurde dennoch stark kritisiert, da zum einen der Vorschlag zur Gründung nicht dem Kongress zur Abstimmung vorgelegt wurde, und zum anderen, da die Kommission die Indigenen weiterhin als die »Armen« wahrnimmt und sie somit wie Empfänger von Hilfe und nicht als eigenständige Rechtssubjekte behandelt.¹⁹⁶

Guerrero ist einer der Bundesstaaten, in dem die Rechte der indigenen Bevölkerung kaum anerkannt werden, und wo internationale Instrumente, wie die Konvention 169 der ILO, oder die vor kurzem von der UNO verabschiedete Deklaration über die Rechte der indigenen Völker, weitgehend unbekannt sind.¹⁹⁷ Die Regierung von Guerrero hat kein Interesse gezeigt, Initiativen, wie die von verschiedenen Organisationen und indigenen Gemeinden entwickelte Agenda für Entwicklung und Autonomie der Indigenen Bevölkerung in Guerrero, zu unterstützen. Der Prozess der Ausarbeitung der Agenda führte zur Präsentation eines gemeinsam beschlossenen Dokumentes und wurde vom Menschenrechtszentrum *Tlachinollan* unterstützt.¹⁹⁸ Die Agenda war das Ergebnis von mehreren öffentlichen Foren, und mit ihr war es gelungen, konkrete Handlungsvorschläge zu formulieren, die zur Verwirklichung, sowohl der bürgerlichen und politischen, als auch der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte, beitragen können. Die Agenda greift ebenso die Forderung der indigenen Bevölkerung auf, als alleinige Nutzer ihrer Territorien und der sich dort befindlichen natürlichen Ressourcen anerkannt zu werden.

195 Interview mit Carola

Hausotter, Arbeitsgruppe
Vergleichendes Verfassungsrecht,
1. Dezember 2005.

196 Magdalena Gómez, *¿Jaque a la autonomía? Indigenismo de baja intensidad In: Ojarasca Nr. 90, La Jornada*, Oktober 2004.

197 Die Deklaration wurde am 13. September 2007 beschlossen und umfasst 46 Artikel, in denen Mindestanforderungen für die Anerkennung der Rechte der indigenen Völker formuliert werden: Eigentum des Grund und Bodens, Zugang zu den natürlichen Ressourcen des von ihnen bewohnten Territoriums, Respekt und Erhalt ihrer Traditionen, Selbstbestimmung und andere Themen. *La Jornada*, 14. September 2007.

198 Menschenrechtszentrum *Tlachinollan* (Koord.) *Agenda estatal para el desarrollo y la autonomía de los pueblos indígenas de Guerrero*, Mexiko, Mai 2005.



**Schutz-
mechanismen für
Menschenrechts-
verteidiger**

Verteidigung der Menschen- rechte: Die Begleitung von PBI in Guerrero

Das ist auch eine moralische Unterstützung, wenn du geachtet wirst und deine Arbeit gewürdigt wird. Sieh mal, ich habe Briefe bekommen, Postkarten, und das macht mir viel Mut, dass andere Leute mich unterstützen, anstelle der Unterstützung in meinem eigenen Land.

Obtilia Eugenio Manuel,
OPIM

Peace Brigades International setzt sich in Mexiko für Menschenrechtsverteidiger ein, die wegen ihrer Arbeit bedroht werden und daher internationale Schutzbegleitung anfragen. Die Methode der Begleitung wurde entwickelt, um Handlungsspielräume von Menschenrechtsverteidigern zu erhalten und zu vergrößern, und zu einem verbesserten Schutz beizutragen, damit zivilgesellschaftliche Organisationen in Guerrero und Mexiko ihre gewaltfreie Arbeit für die Förderung der Menschenrechte fortsetzen können.

Die internationale Schutzbegleitung ist ein Instrument zur Transformation von Konflikten, wobei zwei verschiedene Aufgaben wahrgenommen werden: Zum einen der Schutz von Personen, die zu Opfern von Menschenrechtsverletzungen geworden sind, und zum anderen die moralische Unterstützung dieser Personen, damit sie ihre Aktivitäten auch angesichts der durch Repression bewirkten Isolierung fortsetzen können. Die weit verbreitete Straflosigkeit und Korruption in Mexiko wird von verschiedenen Teilen des Staates genutzt, um ihre Machtsphären zu sichern und zu erhalten. Kritisieren und beklagen soziale Bewegungen und Menschenrechtsorganisationen die Folgen dieser Form von Machtausübung, werden sie diffamiert und ignoriert, damit bestimmte Interessen geschützt werden können. Die internationale Präsenz will daher zur Entstehung eines neuen Diskurses beitragen, der die Sorge um die Menschenrechte als legitim anerkennt.¹⁹⁹

199 Eguren, Luis Enrique, *De las resistencias (colectivas) a la amenaza (política): dos miradas desde la protección por el acompañamiento internacional*, Peace Brigades International, 2006, S. 13.



Felipe Arreaga von den Campesinos Ecologistas [PEI]

Menschenrechtsverteidiger²⁰⁰

Amnesty International²⁰¹ bezeichnet »jene Männer und Frauen als Menschenrechtsverteidiger, die einzeln oder gemeinschaftlich dazu beitragen, dass jegliche Verletzungen der Grundrechte aller Völker und Personen beseitigt werden. Zu dieser Arbeit gehört die Suche nach Wahrheit und Gerechtigkeit dort, wo Menschenrechte verletzt worden sind, der Kampf für die Gleichstellung der Geschlechter und der Völker, der Schutz der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte sowie der Rechte der indigenen Völker, und der Kampf gegen Hunger, Armut und Diskriminierung. Die Verteidiger arbeiten in unterschiedlichen Bereichen der Gesellschaft und ihre Arbeit wird von den Normen der Menschenrechte inspiriert bzw. basiert auf ihnen.«

In der Regel arbeiten Menschenrechtsverteidiger in einem ihnen gegenüber feindseligen Umfeld, wodurch sie zu Opfern unterschiedlicher Arten von Übergriffen werden. Durch die Übergriffe wird versucht ihre Handlungsspielräume einzuschränken, ihre Aktivitäten zu stoppen und sie von ihrer Arbeit abzuhalten. Um diese Ziele zu erreichen, werden in einigen Fällen Menschen ermordet oder verschwunden gelassen, in anderen Fällen greifen die Aggressoren auf Drohungen oder verschiedene Arten von Einschüchterungen zurück. Mit Drohungen sind an dieser Stelle Aussagen oder andere Anzeichen gemeint, die darauf hindeuten, dass die Absicht besteht, Schaden zu verursachen, jemanden zu züchtigen oder zu verletzen, um die oben genannten Ziele zu erreichen.²⁰² Die Bedrohungen können daher als ein Indikator verstanden werden, der darauf hinweist, wie sehr sich die Arbeit der Menschenrechtsverteidiger auf andere Akteure auswirkt.

200 Eine umfassende Definition von Menschenrechtsverteidigern bietet folgender Text: *Los defensores de los derechos humanos: protección del derecho a defender los derechos humanos*, Informationsblatt Nr. 29, UN-Menschenrechtsbüro, Genf, Vereinte Nationen, 2004.

201 Amnesty International, *México: Se atreven a alzar la voz*, Index AI: AMR 41/040/2001/s, Dezember 2001.

202 Eguen, Luis Enrique, *op. cit.*, S. 17.



Fortunato Prisciliano, Inés Fernández und Obtilia Eugenio mit einem Freiwilligen von PBI [PBI]

Drohungen sind für gewöhnlich systematisch, sie sind komplex und wirken sich mindestens in zwei Bereichen aus: Zum einen in den Emotionen, zum anderen in der Sicherheit. Die bedrohten Personen fühlen sich stärker verletzlich, angespannt, zerstreut und ohnmächtig. Um eine öffentliche Anklage zu verhindern, versuchen die Aggressoren eine allgemeine Angst zu verbreiten, die nicht nur bei den direkt anklagenden Personen wirkt, sondern auch alle Personen betrifft, die an dem Prozess beteiligt sind und sich ebenfalls angegriffen fühlen.²⁰³ PBI versucht diese beiden Aspekte aufzugreifen und vermittelt ergänzend zur internationale Schutzbegleitung Fähigkeiten zum Thema Sicherheit und Schutz an Organisationen und Menschenrechtsverteidiger.

Die Interamerikanische Menschenrechtskommission²⁰⁴ erklärt, dass mit den Übergriffen auf Menschenrechtsverteidiger eine Botschaft mit einschüchternder Wirkung an die gesamte Gesellschaft gesendet werden soll, wodurch diese in eine Situation der Hilflosigkeit versetzt wird. Die Übergriffe sollen Angst verbreiten und andere Menschenrechtsverteidiger entmutigen. Die Anklagen und Forderungen der Opfer von Menschenrechtsverletzungen sollen übergangen werden und verstummen, wodurch die Straflosigkeit verstärkt und die Umsetzung des demokratischen Rechtsstaats verhindert wird.

Mexiko ist, wie jedes Mitgliedsland der UNO und in Übereinstimmung mit den Normen des internationalen Rechts, dazu verpflichtet, die Menschenrechtsverteidiger durch spezifische Maßnahmen zu schützen. Die Hauptverantwortlichen für die Gewährleistung von Schutzmaßnahmen sind die zivilen Behörden und die Ordnungskräfte. Der UN-Menschenrechtsbericht von 2003 hat der mexikanischen Regierung empfohlen, »konkrete Maßnahmen zu unternehmen, um Offenheit gegenüber Kritik zu fördern und zu gewährleisten, dass alle Beamten, einschließlich der Mitglieder der Sicherheitskräfte, in der Praxis die Legitimität der Arbeit von Menschenrechtsverteidigern anerkennen.«

Verteidigung der Menschenrechte: Legalität und ziviler Ungehorsam

Das Menschenrechtswerk *Todos los Derechos Para Todas y Todos* versteht die sozialen Bewegungen und Organisationen als wichtige Akteure für den Aufbau einer Demokratie, da sie für die Erfüllung der Grundrechte kämpfen. Dennoch sind die Sichtweisen von Staat und sozialen Bewegungen in Bezug auf Menschenrechte, Legalität oder auch Demokratie oft sehr unterschiedlich, bisweilen auch gegensätzlich.

203 Ebd. S. 17-18 ff.

204 Interamerikanische Menschenrechtskommission, Informe sobre la situación de las defensoras y defensores de los derechos humanos en las Américas, Washington, D. C., Organisation Amerikanischer Staaten, 2006, S. 40.

Für uns, aus Perspektive der Menschenrechte, gibt es eine tatsächliche Demokratie nur dann, wenn die Menschenrechte gültig sind. Wenn die Menschenrechte keine Gültigkeit haben, können wir nicht von einer Demokratie sprechen.²⁰⁵

Um in ihrem Kampf für die Menschenrechte von den Behörden gehört und wahrgenommen zu werden, sehen sich die Organisationen gezwungen, Initiativen zu ergreifen, die sie mitunter an den Rand der Legalität bringen. Finden in Mexiko Demonstrationen und Protestaktionen statt, so werden oft auch Straßen blockiert oder öffentliche Räume, wie z.B. Rathäuser, besetzt.

Der Diskurs des Staates ist die Legalität. Legalität dann wenn es mir passt. [...] Da ich über das Gesetz verfüge, wende ich es nur an wenn es mir passt. Nicht jede Gesetzgebung ist gerecht, nicht jede Gesetzgebung kümmert sich um deine Rechte, und du hast das Recht dich dagegen zu wehren.

Auf die Institutionen zurückzugreifen funktioniert nicht, und die einzige Möglichkeit diese ungerechten Verhältnisse zu stoppen, ist die soziale Mobilisierung. Diese Mobilisierung kann auf juristische Mittel nicht verzichten, denn sonst wird sie als unnachgiebig abgetan. Aber wenn sie sich nur auf die juristischen Mittel verlassen, werden sie auch bei einem Sieg verlieren, also auch wenn sie gewonnen haben, werden sie nicht gewinnen.²⁰⁶

Um die sozialen Bewegungen zu diffamieren und unglaubwürdig zu machen wird argumentiert, dass bei den Protestaktionen (wie z.B. bei der Blockade von Straßen) unbeteiligte Personen betroffen werden. Das Menschenrechtsnetzwerk *Todos los Derechos Para Todas y Todos* hält den Respekt der Rechte von Unbeteiligten für wichtig, fügt aber hinzu, dass diese Rechte gegenüber den Anklagen und Forderungen der Organisationen in Bezug auf ihre durch den Staat verletzen oder nicht erfüllten Rechte abgewogen werden sollten.

Ich glaube, dass alle Menschenrechte ihre Grenzen haben. Um jedoch abzuwägen, welches Recht über dem anderen steht, in Fällen, da sich beide widersprechen, musst du die Situation abwägen und sehen, welcher Fall schwerwiegender ist. So betrachtet gibt es einerseits Menschen, die in extremer Armut leben, deren Recht auf ein würdiges Leben usw. verletzt wird, und andererseits besteht die Verletzung



Abel Barrera und Celsa Valdovinos [Tlachinollan]

205 Interview mit Michel Maza, 17. September 2007.

206 Ebd.



Tita Radilla in Begleitung einer Freiwilligen von PBI [PBI]

des Rechts ungestört mit dem Auto auf der Straße zu fahren. Hier muss man die Rechte abwägen und das ist wirklich kein Vergleich.²⁰⁷

Die Arbeit von PBI in Mexiko wird von der mexikanischen Regierung anerkannt und unterstützt. Die Aktivitäten basieren auf den Prinzipien der Gewaltfreiheit, der Nicht-Einmischung, der Unparteilichkeit und vor allem der Achtung der in Mexiko geltenden Gesetze. Für die Durchführung von internationaler Schutzbegleitung ist grundlegend, dass die Aktivitäten der begleiteten Organisationen sich im Rahmen der internationalen Menschenrechtsnormen bewegen und gewaltfrei sind.²⁰⁸ PBI beabsichtigt nicht, die mexikanischen Menschenrechtsinitiativen zu ersetzen, und mischt sich nicht in deren Arbeit ein, sondern begleitet Organisationen, die sich gewaltfrei für die Verteidigung der Menschenrechte, den sozialen Wandel und die Entwicklung der Zivilgesellschaft einsetzen. PBI versteht sich als dritte Partei bei der Intervention im Konflikt, bewahrt absolute Unabhängigkeit gegenüber Parteien und Kirchen und informiert auf objektive und unparteiische Weise, ohne selbst Stellung zu nehmen.

Menschenrechtsverteidiger in Guerrero

Nach der Ermordung der Anwältin Digna Ochoa im Oktober 2001 erklärte Amnesty International in einem Bericht, dass die Übergriffe gegen Menschenrechtsverteidiger in Mexiko nicht das Werk einiger vereinzelter Individuen ist, sondern dass sie mit der Zustimmung oder unter Mithilfe einer Vielzahl von Beamten geschehen.²⁰⁹ Als Verantwortliche dieser Übergriffe wurden sowohl Behörden der drei Regierungsebenen (nationale Ebene, bundesstaatliche Ebene, Gemeindeebene), wie auch das Militär und die Richter identifiziert.

Die Interamerikanische Menschenrechtskommission hat unlängst eine Typisierung der Probleme vorgenommen, mit denen Menschenrechtsverteidiger auf dem amerikanischen Kontinenten konfrontiert sind: Außergerichtliche Hinrichtungen und das Verschwindenlassen von Personen; Bedrohungen und Einschüchterungen; Diffamierungskampagnen und gerichtliche Verfolgung; Einbruch in Wohnungen und in den Einrichtungen der Organisationen, Störungen bei der telefonischen und elektronischen Kommunikation; Aktivitäten der Sicherheitsdienste gegen die Organisationen; Einschränkung des Zugangs zu Informationen des Staates und die Aktionen des *hábeas data* bezüglich geschützter, personenbezogener Daten; willkürliche Verwaltungs- und Finanzkontrollen der

207 Ebd.

208 Eguren, Luis Enrique, *op. cit.*, S. 17-18.

209 Amnesty International, *op. cit.*

210 Interamerikanische Menschenrechtskommission, *op. cit.*

Organisationen; Straflosigkeit bei den Untersuchungen der Übergriffe auf Menschenrechtsverteidiger.²¹⁰

Die Präsenz von PBI in Guerrero entstand aufgrund der Übergriffe gegen Menschenrechtsverteidiger, die ausdrücklich Unterstützung durch internationale Schutzbegleitschutz angefragt haben. Wenn man sich an der Typisierung der Interamerikanischen Menschenrechtskommission orientiert, stellt man fest, dass die Arbeit von Menschenrechtsverteidigern in Mexiko gegenwärtig nicht durch massenhafte Hinrichtungen und Fälle von Verschwindenlassen bedroht wird. Es ist aber zu beobachten, dass soziale Bewegungen und Menschenrechtsorganisationen Opfer von Repressionen niedriger Intensität werden. In einigen Fällen wurden dadurch Widerstandsprozesse zerschlagen und Initiativen zur Einforderung der Grundrechte aufgelöst. In diesem Bericht wurden Probleme vorgestellt, mit denen sich soziale Aktivisten und Mitglieder von Organisationen auseinandersetzen müssen. Dass in Fällen wie den Morddrohungen gegen Obtilia Eugenio Manuel noch keine Untersuchungsergebnisse vorliegen, ist ein deutliches Zeichen der weiterhin bestehenden Straflosigkeit. Im Jahr 2007 erneuerte die Interamerikanische Menschenrechtskommission die Aufforderung zur Bereitstellung von Schutzmaßnahmen, die bereits 2005 angeordnet wurden, und in denen die Regierung dazu aufgefordert worden war, »die Ursachen, die diese Schutzmechanismen begründen, juristisch aufzuklären«.²¹¹

Beispielhaft soll an dieser Stelle erwähnt sein, dass während der Erstellung dieses Berichts, in den Monaten Februar bis November 2007, verschiedene Organisationen gegen Festnahmen und Strafprozesse von mindestens sieben bedeutenden sozialen Führern, Gemeindeautoritären und Menschenrechtsverteidigern Beschwerde eingelegt haben.²¹²

- 211 *Proceso*, Nr. 1589, 15. April 2007.
- 212 Von 21 angeklagten Fällen sind die folgenden besonders hervorzuheben: Cándido Félix Santiago, Leiter des *Consejo Regional para el Desarrollo de los Pueblos Me'Phaa de la variante lingüística Bátháá*; Rodolfo Chávez Galindo, Mitglied des *Consejo de Ejidos y Comunidades Opositoras al Proyecto Hidroeléctrico de La Parota* (CECOP); Nicolás Chávez Adame, Leiter der *Coordinadora Estatal para la Reivindicación de los Principios de la Coordinadora Estatal de Trabajadores de la Educación de Guerrero* (CERP-CETEG); David Valtierra Arango, Mitglied des *Radio Ñomndaa*; Cirino Plácido, Gründer der Gemeindepolizei und Leiter der *Coordinadora Regional de Autoridades Comunitaria* (CRAC); Virgino Vázquez Pileño, Leiter des *Consejo Ciudadano de Chilapa* und José Manuel Olivares Hernández, Direktor des Menschenrechtszentrums *José María Morelos y Pavón*, Pressemitteilung des Menschenrechtsnetzwerkes *Red Guerrerense de Organismos de Derechos Humanos*, 12. November 2007.

Schlussfolgerungen: Aktionen zum Schutz der Menschenrechts- verteidiger

Ja, uns haben viele Briefe erreicht. Und das hat uns sehr geholfen. Ich glaube, ohne die internationale Unterstützung wäre Felipe [Arreaga] nicht freigelassen worden. Wir haben euch und allen anderen viel zu verdanken. Von PBI haben wir auch viel Unterstützung erhalten, denn sie haben mich begleitet, sie sind regelmäßig jede Woche gekommen. Sie haben mir mehr Vertrauen gegeben, und ich habe mich besser gefühlt, denn sonst war ich allein unterwegs von Zihuatanejo bis zum Gefängnis, fast jeden dritten Tag. Seitdem sie mich begleitet haben, habe ich mich sicherer gefühlt, denn sie waren ja bei mir.

Celsa Valdovinos, OMESSP

Der Schutz der Menschenrechtsverteidiger ist Teil der Verantwortlichkeiten aller Mitgliedsstaaten der UNO²¹³. Seit Dezember 1998 ist die Arbeit der Menschenrechtsverteidiger formal in der UN-Erklärung für Menschenrechtsverteidiger (Dokument A/RES/53/144) festgeschrieben, die nicht nur deren wichtige Rolle anerkennt, sondern auch zu ihrem Schutz verpflichtet.

Im Juni 2004 hat die Europäische Kommission die EU-Leitlinien zu Menschenrechtsverteidigern verabschiedet, die konkrete Maßnahmen aufstellen, welche von den Mitgliedsländern der Europäischen Union und ihren diplomatischen Missionen umgesetzt werden sollen, um den Schutz der Menschenrechtsverteidiger zu gewährleisten. Darunter befinden sich folgende Maßnahmen: Enge Zusammenarbeit und Informationsaustausch über Menschenrechtsverteidiger; unterstützende Maßnahmen bei Bedrohung oder Risiko; Anerkennung und Unterstützung der Arbeit von Menschenrechtsverteidigern; Kontaktpflege durch Besuche bei den Organisationen oder durch Empfänge im Rahmen von Missionen.

Die Parlamente der Länder können ebenfalls Maßnahmen für den Schutz der Menschenrechtsverteidiger ergreifen, indem sie die Erfüllung der EU-Leitlinien überwachen und ihre Regierungen zur Einhaltung der Leitlinien bewegen. Die Parlamente einiger Länder wie Belgien, Deutschland und Spanien haben spezielle Erklärungen abgegeben. Dadurch sind Instrumente entstanden, die auf internationaler Ebene zum

Schutz der Menschenrechtsverteidiger beitragen können. Die Präsenz der Peace Brigades International in Guerrero ist seit Jahren ein Ausdruck der Unterstützung von Organisationen und Personen aus anderen Ländern gegenüber der Menschenrechtsbewegung in Guerrero und Mexiko. Eine Vielzahl internationaler Organisationen verfolgt die Entwicklung der Menschenrechtssituation in diesem Bundesstaat und hat durch Solidaritätsbekundungen, Eilaktionen, thematische Berichte, Besuche und Delegationsreisen die Kampagnen der lokalen Organisationen unterstützt. Die Ergebnisse dieser Arbeit werden von den mexikanischen Organisationen generell als positiv eingeschätzt, und die Wirkung dieser Ergebnisse breitet sich auch auf die zwei zuvor genannten Aspekte aus: den Schutz und die Unterstützung der Menschenrechtsverteidiger.

Wir haben von internationaler Seite sehr wichtige Unterstützung erhalten, wie zum Beispiel durch Amnesty International. Wenn wir mit Personen von der Regierung Probleme hatten und unsere körperliche Unversehrtheit bedroht war, wurden die Behörden durch internationale Eilaktionen und Briefe aufgefordert ihre Aufmerksamkeit auf unsere Situation zu richten. Darüber hinaus denke ich, sind wir in einer sehr speziellen Situation, da wir die Unterstützung und Begleitung von Peace Brigades International haben. Diese Arbeit ist für uns sehr wichtig und hat dazu beigetragen, dass unsere körperliche Unversehrtheit nicht verletzt worden ist. Die Begleitung und die Gespräche, die PBI mit den verschiedenen Behörden auf unterschiedlichen Ebenen führt, verhindern, dass von Seiten der Regierung Übergriffe gegen jemanden von uns verübt werden. Ich denke es waren zum einen die Aktionen und Briefe von internationalen Organisation aus verschiedenen Ländern, und zum anderen die intensive Begleitung von PBI, die nah bei uns sind und in direkter Verbindung mit den Leuten und den Behörden stehen, die versuchen gegen uns vorzugehen.²¹⁴

213 Für mehr Information zum Thema Menschenrechtsverteidiger und entsprechende Schutzmechanismen siehe auch die Homepage von Protectionline: www.protectionline.org.

214 Interview mit José Manuel Olivares Hernández, 3. August 2007.

Anhang

Auflistung der interviewten Personen (Juli bis November 2007)

Nichtregierungsorganisationen

- Institut für Sicherheit und Demokratie (INSYDE): Laura Díaz de León, Koordinatorin für öffentliche Sicherheit, Strafjustiz und Menschenrechte und Carlos Silva Forné, Berater.
- Menschenrechtsnetzwerk *Red Guerrerense*: Silvia Castillo Salgado, Koordinatorin.
- Menschenrechtszentrum *Tlachinollan*: Abel Barrera Hernández, Direktor; Ana Paula Hernández, Stellvertretende Direktorin; Vidulfo Rosales Sierra, Koordinator der Juristischen Abteilung; Mario Patrón Sánchez, Koordinator der Abteilung für Integrale Verteidigung.
- Nationales Menschenrechtsnetzwerk *Todos los Derechos para Todas y Todos* (Red TDT): Edgar Cortés Morales und Michel Maza, Koordinationssekretariat.
- Organisation des Indigenen Volkes der *Mee'Phaa* (OPIM): Obtilia Eugenio Manuel, Andrea Eugenio Manuel, Inés Fernández Ortega und Cuauthémoc Ramírez Rodríguez.
- Radio *Nomndaa*: David Valtierra Arango, Mitglied des Koordinationskomitees und Roberta Pineda Morales.
- Rat der *Ejididos* und Gemeinden in Opposition zu La Parota (CECOP): José Venus Hernández Nicanor, gesetzlicher Vertreter der CECOP.
- Regionale Koordination der Gemeindeautoritäten (CRAC): Jesús Reyes Bonifacio.
- Regionales Menschenrechtszentrum *José María Morelos y Pavón*: José Manuel Olivares Hernández, Direktor und Casiana Nava Rodríguez, Schatzmeisterin.
- Ständige Versammlung der *Ejidatarios* und Arbeiter von Carrizalillo: Crisóforo Guzmán Montiel, Präsident der Ejido-Leitung und Vale-riano Celso Solís, Präsident des Aufsichtsrates.

- Umweltschutzorganisation *Mujeres Ecologistas* der Sierra von Petatlán (OMESP): Celsa Valdovinos Ríos, Präsidentin; Felipe Arreaga Sánchez, Berater; Minerva Mendoza Martínez und María de Jesús Pineda Ríos, Schatzmeisterin.
- Unabhängige Organisation des Volkes der *Na Savi* (OIPM): Raúl Lucas Lucien, Präsident und Guadalupe Castro Morales.
- Vereinigung der Angehörigen von Verhafteten, Verschwundenen und Opfern von Menschenrechtsverletzungen in Mexiko (AFADEM): Tita Radilla Martínez, Vizepräsidentin und Ascensión Rosas Mesino.
- Zentrum für Analyse und Forschung (FUNDAR): Juan Carlos Martínez, Menschenrechtsinstitutionen und Bürgersicherheit und Cristina Pirker, Transparenz, Finanzhaushalte, Sozialpolitik.

Behörden und Berater

- Alejo Zavala Castro, Bischof der Diözese von Chilpancingo und Chilapa.
- Amerigo Incalcatera, Repräsentant der UN-Hochkommissarin für Menschenrechte (UNHCHR) in Mexiko.
- Arturo Rodríguez Tonelli, Koordinator für Kooperation in den Bereichen Menschenrechte und Justizverwaltung der Vertretung der Europäischen Kommission in Mexiko.
- Celia Aguilar Setién, Programmleiter des Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für Frauen (UNIFEM).
- Eckhard Finsterer, Misereor.
- General Juan Heriberto Salinas Altés, Innenminister von Guerrero.
- Gloria Sierra López, Ministerin für Soziale Entwicklung von Guerrero.
- Hipólito Lugo Cortés, Leiter der staatlichen Kommission zur Verteidigung der Menschenrechte im Bundesstaat Guerrero (CODDEHUM).
- Ing. Eugenio Laris Alanís, Direktor für Investitionsprojekte der staatlichen Energiebehörde (CFE).
- Juan Carlos Gutiérrez Contreras, Dozent des Menschenrechts-Studiengangs der Iberoamerikanischen Universität.

- Maribel Gutiérrez, Journalistin der Tageszeitung *El Sur*.
- Mario Campos Hernández, Leiter der Sozialpastorale der Diözese von Tlapa.
- Rossana Mora Patiño, Präsidentin der Menschenrechtskommission des Kongresses von Guerrero.
- Salvador García Ledesma, Generaldirektor des Unternehmens Luismin.
- Víctor Suárez Carrera, Direktor des Nationalen Zusammenschlusses von Vermarktungsunternehmen landwirtschaftlicher Erzeugnisse (ANEC).

Auflistung der seit 2001 von PBI in Guerrero begleiteten Personen und Organisationen

- Bewohner der Siedlung *Leonardo Rodríguez Alcaine* in Acapulco.
- Enedina Cervantes Salgado (auf Anfrage der Aktion der Christen für die Abschaffung der Folter (ACAT), dem Menschenrechtszentrum *Miguel Agustín Pro Juárez* und dem Regionalen Menschenrechtszentrum *José María Morelos y Pavón*).
- Menschenrechtskomitee *La Voz de los Sin Voz*.
- Menschenrechtskomitee *Sembrador de la Esperanza*.
- Menschenrechtszentrum *Miguel Agustín Pro Juárez*.
- Menschenrechtszentrum *Tlachinollan*.
- Organisation des Indigenen Volkes der *Mee'Phaa* (OPIM).
- Ranferi Hernández Acevedo (auf Anfrage von AFADEM).
- Regionales Menschenrechtszentrum *José María Morelos y Pavón*.
- Umweltschutzorganisation *Mujeres Ecologistas* der Sierra von Petatlán (OMESP).
- Vereinigung der Angehörigen von Verhafteten, Verschwundenen und Opfern von Menschenrechtsverletzungen in Mexiko (AFADEM).

Auflistung der Nichtregierungsorganisationen mit denen PBI in Guerrero in Kontakt steht

- Aktion der Christen für die Abschaffung der Folter (ACAT).
- Bauernorganisation der Südlichen Madre Sierra (OCSS).
- Bündnis der Demokratischen Organisationen des Bundesstaates Guerrero (FODEG).
- Bürgerrat für Rechtsstaatlichkeit Zihuatanejo.
- Dachverband der Indigenen Frauen Guerreros.
- Frauen für den Frieden.
- Gewerkschaft der Zeitungsredakteure.
- Indigene Frauen im Kampf.
- Kollektiv gegen Folter und Straflosigkeit (CCTI).
- Komitee Eureka Guerrero.
- Komitee für die Verteidigung und die Förderung der Menschenrechte Acapulco.
- Landfrauen-Kollektiv (COMUCAM).
- Menschenrechtsinstitut Guerrero.
- Menschenrechtsnetzwerk *Red Guerrerense*.
- Menschenrechtszentrum *Mahatma Gandhi*.
- Nationaler Vielfältiger Indigener Zusammenschluss für die Autonomie (ANIPA).
- Netzwerk der Umweltschutzorganisationen und -gruppen in Zihuatanejo (ROGAZ).
- Radio *Ñomndaa*.
- Rat Guerrero 500 Jahre Widerstand.
- Regionaler Fond der indigenen Frauen *Tinochimej Tinejneme*.
- Revolutionäre Agrarföderation des Südens *Emiliano Zapata* (LARSEZ).
- Revolutionäres Volksbündnis (FPR).
- SOS Bahía.
- Soziale Bewegung der Linken (MSI).
- Traditionelle Autoritäten von Xochistlahuaca.
- Unabhängige Organisation der Völker der *Mixtecos* und *Tlapanecos* (OIPMT).
- Unabhängige Organisation des Volkes der *Na Savi* (OIPM).
- Umweltschutzorganisation *Campesinos Ecologistas* der Sierra von Petatlán und Coyuca de Catalán (OCESP).
- Ziviles Gemeinschaftskomitee *Lucio Cabañas Barrientos* (CCCLCB).

Abkürzungsverzeichnis

ACAT – Aktion der Christen für die Abschaffung der Folter – *Acción de los Cristianos para la Abolición de la Tortura*

ACG – Bürgervereinigung Guerreros – *Asociación Cívica Guerrerense*

ACNR – Nationale Revolutionäre Bürgeraktion – *Acción Cívica Nacional Revolucionaria*

AFADEM – Vereinigung der Angehörigen von Verhafteten, Verschwundenen und Opfern von Menschenrechtsverletzungen in Mexiko – *Asociación de Familiares de Detenidos, Desaparecidos y Víctimas de Violaciones a los Derechos Humanos en México*

ANEC – Nationaler Zusammenschluss von Vermarktungsunternehmen landwirtschaftlicher Erzeugnisse – *Asociación Nacional de Empresas de Comercializadoras de Productores del Campo*

ANIPA – Nationaler Vielfältiger Indigener Zusammenschluss für die Autonomie – *Asociación Nacional Indígena Plural por la Autonomía*

APPO – Volksversammlung Oaxacas – *Asamblea Popular de los Pueblos de Oaxaca*

BOM – Gemischte Operationseinheiten – *Bases de Operaciones Mixtas*

CCCLCB – Ziviles Gemeinschaftskomitee Lucio Cabañas Barrientos – *Comité Cívico Comunitario Lucio Cabañas Barrientos*

CCI – Unabhängige Bauerngewerkschaft – *Central Campesina Independiente*

CCTI – Kollektiv gegen Folter und Straflosigkeit – *Colectivo Contra la Tortura y la Impunidad*

CDI – Nationale Kommission für die Entwicklung der indigenen Völker – *Comisión Nacional para el Desarrollo de los Pueblos Indígenas*

CECOP – Rat der Ejidos und Gemeinden in Opposition zum Wasserkraft-Projekt La Parota – *Consejo de Ejidos y Comunidades Opositoras al Proyecto Hidroeléctrico La Parota*

CEJIL – Zentrum für Gerechtigkeit und Internationales Recht – *Centro por la Justicia y el Derecho Internacional*

CETEG – Koordination der Lehrer im Bundesstaat Guerrero – *Coordina-*

dora Estatal de Trabajadores de la Educación en Guerrero

CFE – Halbstaatliche Energiebehörde – *Comisión Federal de Electricidad*

CG500ARI – Rat Guerrero 500 Jahre Widerstand – *Consejo Guerrerense 500 Años de Resistencia Indígena Negra y Popular*

CIDH – Interamerikanische Menschenrechtskommission – *Comisión Interamericana de Derechos Humanos*

CMDA – Mexikanisches Zentrum für Umweltrecht – *Centro Mexicano de Derecho Ambiental*

CNDH – Nationale Menschenrechtskommission – *Comisión Nacional de Derechos Humanos*

CNI – Nationales Unabhängiges Komitee für die Verteidigung von Gefangenen, Verfolgten, Verschwundenen und politischen Exilanten – *Comité Nacional Independiente Pro-Defensa de Presos, Perseguidos, Detenidos Desaparecidos y Exilados Políticos*

COCOPA – Parlamentarische Vermittlungskommission für Versöhnung und Frieden – *Comisión de Concordia y Pacificación del Congreso de la Unión*

CODDEHUM – Staatliche Kommission zur Verteidigung der Menschenrechte im Bundesstaat Guerrero – *Comisión de Defensa de los Derechos Humanos de Guerrero*

COMUCAM – Landfrauen-Kollektiv – *Colectivo de Mujeres Campesinas*

CONABIO – Nationale Kommission für Biodiversität – *Comisión Nacional de Biodiversidad*

CONAFOR – Nationale Forstwirtschaftskommission – *Comisión Nacional Forestal*

CRAC – Regionale Koordination der Gemeindeautoritäten – *Coordinadora Regional de Autoridades Comunitarias*

EPR – Revolutionäre Volksarmee – *Ejército Popular Revolucionario*

ERPI – Revolutionäre Armee des Aufständischen Volkes – *Ejército Revolucionario del Pueblo Insurgente*

EU – Europäische Union – *Unión Europea*

EZLN – Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung – *Ejército Zapatista de Liberación Nacional*

FEMOSPP – Sonderstaatsanwaltschaft für Soziale und Politische Bewegungen der Vergangenheit – *Fiscalía Especial para Movimientos Sociales y Políticos del Pasado*

FODEG – Bündnis Demokratischer Organisationen des Bundesstaates Guerrero – *Frente de Organizaciones Democráticas del Estado de Guerrero*

FPR – Revolutionäres Volksbündnis – *Frente Popular Revolucionario*

FUNDAR – Zentrum für Analyse und Forschung – *Centro de Análisis e Investigación*

ICJ – Internationale Juristenkommission – *International Commission of Jurists*

ILO – Internationale Arbeitsorganisation – *Organización Internacional del Trabajo*

INI – Nationales Institut für Indigene Angelegenheiten (heute CDI) – *Instituto Nacional Indigenista*

INSYDE – Institut für Sicherheit und Demokratie – *Instituto para la Seguridad y la Democracia*

IWF – Internationaler Währungsfond – *Fondo Monetario Internacional*

LARSEZ – Revolutionäre Agrarföderation des Südens Emiliano Zapata – *Liga Agraria Revolucionaria del Sur Emiliano Zapata*

LIMEDDH – Mexikanische Menschenrechtsliga für die Verteidigung der Menschenrechte – *Liga Mexicana por la Defensa de los Derechos Humanos*

MSI – Soziale Bewegung der Linken – *Movimiento Social de Izquierdas*

NAFTA – Nordamerikanisches Freihandelsabkommen – *Tratado de Libre Comercio de América del Norte*

OAS – Organisation der Amerikanischen Staaten – *Organización de los Estados Americanos*

OCESP – Umweltschutzorganisation Campesinos Ecologistas der Sierra von Petatlán und Coyoaca de Catalán – *Organización de Campesinos Ecologistas de la Sierra de Petatlán y Coyoaca de Catalán*

OCSS – Bauernorganisation der Südlichen Madre Sierra – *Organización Campesina de la Sierra Madre del Sur*

OIPM – Unabhängige Organisation des Volkes der Na Savi – *Organización Independiente del Pueblo Na Savi*

OIPMT – Unabhängige Organisation der Völker der Mixtecos und Tlapanecos – *Organización Independiente de Pueblos Mixtecos y Tlapanecos*
OMESP – Umweltschutzorganisation Mujeres Ecologistas der Sierra von Petatlán – *Organización de Mujeres Ecologistas de la Sierra de Petatlán*
OPIIM – Organisation des Indigenen Volkes der Me'Phaa – *Organización del Pueblo Indígena Me'Phaa*
PAN – Partei der Nationalen Aktion – *Partido de Acción Nacional*
PDLP – Partei der Armen – *Partido de los Pobres*
PFP – Präventive Bundespolizei – *Policía Federal Preventiva*
PGJE – Generalstaatsanwaltschaft des Bundesstaates – *Procuraduría General de Justicia del Estado*
PGR – Bundesgeneralstaatsanwaltschaft – *Procuraduría General de la República*
PRD – Partei der Demokratischen Revolution – *Partido de la Revolución Democrática*
PRI – Partei der Institutionalisierten Revolution – *Partido Revolucionario Institucional*
PROCEDE – Programm zur Vergabe von Titeln und Zertifikaten für ejidales und kommunalen Landbesitz – *Programa de Certificación de Derechos Ejidales y Titulación de Solares*
PRODESC – Projekt für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte – *Proyecto de Derechos Económicos, Sociales y Culturales*
PRODH – Menschenrechtszentrum Miguel Agustín Pro Juárez – *Centro de Derechos Humanos Miguel Agustín Pro Juárez*
PROGRESA – Programm für Bildung, Gesundheit und Nahrung – *Programa de Educación Salud y Alimentación*
PRONASOL – Nationales Solidaritätsprogramm – *Programa Nacional de Solidaridad*
Red TDT – Nationales Menschenrechtsnetzwerk Todos los Derechos para Todas y Todos – *Red Nacional de Organismos Civiles de Derechos Humanos Todos los Derechos para Todas y Todos*
ROGAZ – Netzwerk der Umweltschutzorganisationen und -gruppen in Zihuatanejo – *Red de Organizaciones y Grupos Ambientalistas de Zihuatanejo*
SCJN – Oberstes Verfassungsgericht – *Suprema Corte de Justicia de la Nación*

SCT – Ministerium für Kommunikation und Transport – *Secretaría de Comunicaciones y Transportes*
SEDENA – Verteidigungsministerium – *Secretaría de la Defensa Nacional*
SEDESOL – Ministerium für Soziale Entwicklung in Guerrero – *Secretaría de Desarrollo Social de Guerrero*
SEG – Bildungsministerium Guerrero – *Secretaría de Educación de Guerrero*
SEMARNAT – Bundesumweltministerium – *Secretaría de Medio Ambiente y Recursos Naturales*
SIPAZ – Internationaler Dienst für den Frieden – *Servicio Internacional para la Paz*
SRE – Ministerium für Auswärtige Beziehungen – *Secretaría de Relaciones Exteriores*
SSP – Innenministerium – *Secretaría de Seguridad Pública*
TLA – Lateinamerikanisches Wassertribunal – *Tribunal Latinoamericano del Agua*
UNAM – Nationale Autonome Universität von Mexiko – *Universidad Nacional Autónoma de México*
UNHCHR – Hochkommissariat der Vereinten Nationen für Menschenrechte – *Alto Comisionado de Naciones Unidas de los Derechos Humanos en México*
UNO – Organisation der Vereinten Nationen – *Organización de las Naciones Unidas*
USA – Vereinigte Staaten von Amerika – *Estados Unidos de América*
WB – Weltbank – *Banco Mundial*

Übersetzungen weiterer Organisationen und Institutionen
 Bürgerrat für Rechtsstaatlichkeit Zihuatanejo – *Consejo Ciudadano de Procuración y Administración de Justicia de Zihuatanejo*
 Dachverband der Indigenen Frauen Guerreros – *Coordinadora Guerrerense de Mujeres Indígenas*
 Frauen für den Frieden – *Mujeres por la Paz*
 Gewerkschaft der Zeitungsredakteure – *Sindicato de Redactores de Prensa*
 Indigene Frauen im Kampf – *Mujeres Indígenas en Lucha*
 Komitee Eureka Guerrero – *Comité Eureka Guerrero*
 Komitee für die Verteidigung und die Förderung der Menschenrechte Acapulco – *Comité de Defensa y*

Promoción de Derechos Humanos de Acapulco
 Komitee für die Verteidigung von Gefangenen, Verfolgten, Verschwundenen und politischen Exilanten – *Comité Nacional Independiente Pro Defensa de Preseos Políticos, Detenidos, Desaparecidos y Exiliados Políticos*
 Koordination für die Verteidigung des Grundbesitzes – *Coordinadora Estatal para la Defensa del Territorio*
 Menschenrechtsinstitut Guerrero – *Instituto Guerrerense de los Derechos Humanos*
 Menschenrechtsnetzwerk Red Guerrerense – *Red Guerrerense de Organismos Civiles de Derechos Humanos*
 Menschenrechtszentrum Mahatma Gandhi – *Centro de Derechos Humanos Mahatma Gandhi*
 Menschenrechtszentrum Tlachinollan – *Centro de Derechos Humanos de la Montaña Tlachinollan*
 Mexikanische Kommission für die Verteidigung und die Förderung der Menschenrechte – *Comisión Mexicana de Defensa y Promoción de los Derechos Humanos*
 Observatorium für den Schutz der Menschenrechtsverteidiger – *Observatorio para la Protección de los Defensores de Derechos Humanos*
 Rat der Nahua Völker der Region Alto Balsas – *Consejo de Pueblos Nahuas del Alto Balsas*
 Rat der Völker der Region Montaña – *Consejo de Pueblos de la Montaña*
 Rat Indigener Autoritäten – *Consejo de Autoridades Indígenas*
 Regionaler Fond der indigenen Frauen Tinochimej Tinejeme – *Fondo Regional de Mujeres Indígenas Tinochimej Tinejeme*
 Regionales Menschenrechtszentrum José María Morelos y Pavón – *Centro Regional de Derechos Humanos José María Morelos y Pavón*
 Ständige Versammlung der Ejidatarios und Arbeiter von Carrizalillo – *Asamblea Permanente de Ejidatarios y Trabajadores de Carrizalillo*
 Traditionelle Autoritäten von Xochistlahuaca – *Autoridades Tradicionales de Xochistlahuaca*
 Zentrum zur Förderung und Verteidigung der Menschenrechte – *Centro de Promoción y Defensa de los Derechos Humanos*

Bibliografie

Literatur

- AMBOS, Kai: *Impunidad y Derecho Penal Internacional*, Buenos Aires, Ad Hoc in Koedition mit: CIEDLA, Konrad Adenauer Stiftung, Max Planck Institut für ausländisches und internationales Strafrecht, Revista Ciencias Penales de Uruguay und Coordinadora Nacional de Derechos Humanos del Perú, 1999.
- BARTRA, Armando (Hrsg.): *Crónicas del sur. Utopías campesinas en Guerrero*, Mexiko, Era, 2000.
- BARTRA, Armando: *Guerrero Bronco*, Mexiko, Era, 2001.
- BUSTAMANTE ÁLVAREZ, Tomás und SARMIENTO SILVA, Sergio (Koord.): *La reinención de Guerrero en el S. XXI*, Mexiko, Laguna, 2001.
- EGUREN, Luis Enrique und Europäisches Büro (BEO) von Peace Brigades International: *Manual de protección para defensores de derechos humanos*, Front Line, 2005.
- GUTIÉRREZ ÁVILA, Miguel Ángel: *Déspotas y caciques. Una antropología política de los amuzgos*. Mexiko, Universidad Autónoma de Guerrero, 2001.
- GUTIÉRREZ, Maribel: *Violencia en Guerrero, México*, La Jornada Ediciones, 1998.
- NERI QUEVEDO, Edgar (Koord.): *Guerrero, 1849-1999*, Mexiko, Regierung des Bundesstaat Guerrero, 1999.
- Programm für die Zusammenarbeit zwischen Mexiko und der Europäischen Kommission im Bereich Menschenrechte: *Derechos Económicos, Sociales y Culturales*, Mexiko, Ministerium für Auswärtige Beziehungen, Programm für die Zusammenarbeit zwischen Mexiko und der Europäischen Kommission im Bereich Menschenrechte 2005.
- Programm für die Zusammenarbeit zwischen Mexiko und der Europäischen Kommission im Bereich Menschenrechte: *Derechos Humanos de*

los Pueblos Indígenas, Mexiko, Ministerium für Auswärtige Beziehungen, Programm für die Zusammenarbeit zwischen Mexiko und der Europäischen Kommission im Bereich Menschenrechte, 2006.

- Programm für die Zusammenarbeit zwischen Mexiko und der Europäischen Kommission im Bereich Menschenrechte: *Derechos humanos. Instrumentos de protección internacional*, Mexiko, Ministerium für Auswärtige Beziehungen, Programm für die Zusammenarbeit zwischen Mexiko und der Europäischen Kommission im Bereich Menschenrechte, 2005.

Artikel

- BARTRA, Armando: »La lucha por el camino largo«, In: *Masiosare*, Nr. 374, *La Jornada*, 20. Februar 2005.
- Menschenrechtszentrum *Tlachinollan*: *Un año más de resistencia de los pueblos indígenas de Guerrero*, 12. Oktober 2004.
- EGUREN, Luis Enrique: *De las resistencias (colectivas) a la amenaza (política): dos miradas desde la protección por el acompañamiento internacional*, Peace Brigades International, 2006.
- GÓMEZ, Magdalena: *¿Jaque a la autonomía? Indigenismo de baja intensidad*, In: *Ojarasca* Nr. 90, *La Jornada*, Oktober 2004.
- MENDOZA ZARAGOZA, Jesús: *La policía comunitaria, entre la ilegalidad y la legitimidad*, *El Sur*, 28. Oktober 2007.
- PACHECO LEÓN, Silvestre: *El muelle de cruceros en Zihuatanejo es inviable*, *El Sur*, 15. November 2007.
- SARMIENTO SILVA, Sergio: *El movimiento indígena en Guerrero*, In: *Ojarasca*, Nr. 88, *La Jornada*, August 2004.
- SCHULZ, Christiane: *Oaxaca – hat Mexikos Rechtsstaat eine Zukunft?*, In: *Giga Focus*, Institut für Lateinamerika-Studien, Nr. 2, Hamburg, 2007.

Berichte

- Amnesty International: *Injusticia e impunidad: deficiencias en el sistema de justicia mexicano*, Index AI: AMR 41/001/2007, Februar 2007.
- Amnesty International: *México, Leyes sin justicia: Violaciones de derechos humanos e impunidad en el sistema de justicia penal y de seguridad pública*, Index AI: AMR 41/002/2007, Februar 2007.
- Amnesty International: *México, Mujeres indígenas e injusticia militar*, Index AI: AMR 41/033/2004, November 2004.
- Amnesty International: *México, La desaparición: un delito permanente*, Index AI: AMR 41/020/2002/s, Juni 2002.
- Amnesty International: *México, Se atreven a alzar la voz*, Index AI: AMR 41/040/2001/s, Dezember 2001.
- CIDH: *Informe sobre la situación de las defensoras y defensores de los derechos humanos en las Américas*, Washington, D. C., OAS, 2006.
- CIDH: Bericht Nr. 94/06, Anfrage 540-04, *Admisibilidad, Inés Fernández Ortega y otros*, Mexiko, Washington, D. C., OAS, 21. Oktober 2006.
- Kommission zur Verteidigung der Menschenrechte im Bundesstaat Guerrero: *XVI informe anual*, Guerrero, 2006.
- Kommission zur Verteidigung der Menschenrechte im Bundesstaat Guerrero (Hrsg.): *Foro estatal para tipificar como delito la desaparición forzada de personas*, 4. Februar 2004.
- Lateinamerikanisches Wassertribunal: *Caso: contaminación marina en la bahía de Zihuatenejo atribuida a descargas orgánicas y a complejo turístico, estado de Guerrero, Veredictos de la audiencia pública regional*, Mexiko, TLA, März 2006.
- Lateinamerikanisches Wassertribunal: *Caso: proyecto hidroeléctrico La Parota sobre el río Papagayo en el estado de Guerrero, Veredictos de la audiencia pública regional*, Mexiko, TLA, März 2006.
- Menschenrechtsnetzwerk *Red Guerrerense*, PRODESC und Nacionales Menschenrechtsnetzwerk *Todos los derechos para Todas y Todos: Diagnóstico sobre la situación de los derechos humanos y la violencia en contra de las mujeres en el Estado de Guerrero*, Chilpancingo, November 2006.
- Menschenrechtszentrum Miguel Agustín Pro Juárez: *Derechos incumplidos, violaciones legalizadas. Los derechos humanos en el sexenio 2000-2006*, Mexiko-Stadt, November 2006.
- Menschenrechtszentrum Miguel Agustín Pro Juárez: *Xochistlahuaca: la herencia del poder. Informe sobre las violaciones a los derechos humanos y abuso de poder de las autoridades de Xochistlahuaca, Guerrero*, Mexiko-Stadt, Februar 2001.
- Menschenrechtszentrum Miguel Agustín Pro Juárez: *Informe Sobre la Presunta Implicación del Ejército Mexicano en Violaciones a los Derechos Humanos en el Estado de Guerrero*, Juli 1997.
- Menschenrechtszentrum Tlachinollan (Koord.): *Agenda estatal para el desarrollo y la autonomía de los pueblos indígenas de Guerrero*, Mexiko, Mai 2005.
- Menschenrechtszentrum Tlachinollan: *Migrar o morir, el dilema de los jornaleros agrícolas de la Montaña de Guerrero*, Tlapa, Dezember 2005.
- Menschenrechtszentrum Tlachinollan: *Tejedores de Esperanza. XI informe*, Juni 2004 bis Mai 2005.
- Menschenrechtszentrum Tlachinollan: *Contra el silencio y el olvido. X Informe*, Juni 2003 bis Mai 2004.
- Nacionales Menschenrechtsnetzwerk *Todos los derechos para Todas y Todos: Agenda de la Red TDT*, Mexiko-Stadt, November 2006.
- UN-Sonderberichterstatter über die Menschenrechtssituation und die Grundfreiheiten der indigenen Völker: *Informe del Relator Especial sobre la Situación de los Derechos Humanos y las Libertades Fundamentales de los Indígenas, Rodolfo Stavenhagen, sobre su misión a México del 1 al 18 de junio de 2003*, E/CN.4/2003/90, 2003.
- UNHCHR: *Los defensores de los derechos humanos: protección del derecho a defender los derechos humanos*, Informationsblatt Nr. 29, UN-Menschenrechtsbüro, Genf, Vereinte Nationen, 2004.

- UNHCHR: *Diagnóstico sobre la Situación de los Derechos Humanos en México*, Mexiko, 2003.
- UNHCHR: *Los derechos de los pueblos indígenas*, Informationsblatt Nr. 9, UN-Menschenrechtsbüro, Genf, Vereinte Nationen, 1998.

Zeitungen und Zeitschriften

- *El Sur*: www.suracapulco.com.mx
- *El Universal*: www.eluniversal.com.mx
- *La Jornada* und *La Jornada Guerrero*: www.jornada.unam.mx
- *Proceso*: www.proceso.com.mx
- *Reforma*: www.reforma.com.mx

Internetquellen

Staatliche Behörden Mexikos

- Abteilung für die Förderung und die Verteidigung der Menschenrechte: www.derechoshumanos.gob.mx
- Kommission zur Verteidigung der Menschenrechte im Bundesstaat Guerrero: www.coddehumgro.org.mx
- Koordinationskomitee für Politische Analyse und Beteiligung an den Menschenrechten: <http://www.diagnostico-guerrero-mexico.org.mx>
- Ministerium für Auswärtige Beziehungen: www.sre.gob.mx
- Nationale Menschenrechtskommission: www.cndh.org.mx
- Nationales Institut für Statistik, Geografie und Informatik: www.inegi.gob.mx
- Nationales Komitee für die Entwicklung der indigenen Völker: www.cdi.gob.mx
- Programm Oportunidades: www.oportunidades.gob.mx
- Programm PROCEDE: www.pa.gob.mx/Procede
- Regierung des Bundesstaates Guerrero: www.guerrero.gob.mx

Internationale Institutionen

- Delegation der Europäischen Kommission in Mexiko: www.delmex.ec.europa.eu

- Interamerikanische Menschenrechtskommission: www.cidh.oas.org
- UNHCHR: www.hchr.org.mx

Mexikanische

Nichtregierungsorganisationen

- AFADEM: www.laneta.apc.org/afadem-fedefam
- CCTI: <http://es.wordpress.com/tag/ccti-guerrero>
- Comité Eureka: www.eureka.org.mx
- FUNDAR: www.fundar.org.mx
- Gemeindepolizei: www.policiacomunitaria.org
- INSYDE: www.insyde.org.mx
- Menschenrechtsnetzwerk *Red Guerrerense*: www.mujeres-sinviolencia.org
- Menschenrechtszentrum *Miguel Agustín Pro Juárez*: www.centroprodh.org.mx
- Menschenrechtszentrum *Tlachinollan*: www.tlachinollan.org
- Mexikanische Kommission für die Förderung und die Verteidigung der Menschenrechte: <http://comisionmexicana.blogspot.com>
- Mexikanische Menschenrechtsliga für die Verteidigung der Menschenrechte (LIMEDDH): <http://espora.org/limeddh/>
- Nationales Menschenrechtsnetzwerk *Todos los derechos para todas y todos*: www.redtdt.org.mx
- PRODESC: www.prodesc.org.mx
- SOS Bahía: www.sosbahia.org

Internationale

Nichtregierungsorganisationen

- Amnesty International: www.amnistiainternacional.org
- CEJIL: www.cejil.org
- Front Line: www.frontlinedefenders.org
- Human Rights Watch: www.hrw.org
- Lateinamerikanisches Wassertribunal: www.tragua.com
- Peace Brigades International: www.peacebrigades.org
- Protectionline: www.protectionline.org
- SIPAZ: www.sipaz.org

Andere

- Nationales Sicherheitsarchiv: www.gwu.edu/~nsarchiv

Peace Brigades International | Mexiko Projekt
Internationales Büro
P.O. BOX 40007 | San Francisco | CA 94140 USA
Tel. +1 415 287 0895
pbimexico@pbi-mexico.org | www.pbi-mexico.org

Büro Mexiko Stadt
Medellin 33 | Colonia Roma
06700 México DF | México
Fax/Tel. +1 55 55 14 28 55
pbidf@pbi-mexico.org

Team im Bundesstaat Guerrero
Lerdo de Tejada 9 | Colonia San Mateo
39022 Chilpancingo | Guerrero | México
Fax/Tel. +1 747 47 119 62
pbigro@pbi-mexico.org

Wir haben damit begonnen das Thema über konkrete Fälle in die Öffentlichkeit zu bringen. Wir sprechen über Folter, über die Notfälle, über das Einmarschieren des Militärs in indigene Gemeinden [...] Die Menschenrechtsgemeinschaft nimmt die Region Montaña inzwischen stärker wahr und wir glauben, dass unsere Organisation viel dazu beigetragen hat.

Abel Barrera, Menschenrechtszentrum Tlachinollan

Die Leute glauben nicht mehr an die Justiz. Dadurch wird noch mehr Straflosigkeit und Gewalt erzeugt.

Mario Patrón Sánchez, Menschenrechtszentrum Tlachinollan

Wenn man nicht anklagt, und wenn man nicht bestraft, wird man die Gewalt nicht stoppen können. So lange eine Frau Gewalt erfährt, wird sie weder studieren können, noch daran denken andere Rechte einzufordern. Daher halten wir es für grundlegend, dass ihr zunächst das Recht auf Leben garantiert werden muss, dann das Recht auf ein würdevolles Leben.

Silvia Castillo Salgado, Menschenrechtsnetzwerk Red Guerrerense

Ich habe den Familienangehörigen immer gesagt: Glaubt ihr, dass der Staat sagen wird »Familienangehörige, hier sind wir, und wir werden alles erledigen«, während ihr euch zu Hause niederlegt und schläft? Nein. Wir müssen das angehen, denn die Familienangehörigen müssen etwas tun, müssen bitten, fordern, oder wie auch immer, damit das Thema nicht von der Tagesordnung verschwindet. Denn wir wollen nicht, dass sich das wiederholt. Aber auch heute gibt es wieder Fälle von Verschwundenen. Es gibt so viele Verschwundene.

Tita Radilla Martínez, Vereinigung der Angehörigen von Verhafteten, Verschwundenen und Opfern von Menschenrechtsverletzungen, AFADEM

Was wir dort gemacht haben hat mit nachhaltigem Leben zu tun, dass die Wälder nicht niedergebrannt werden, damit das Wasser nicht knapp wird. Es sind Ideen, es sind Dinge, die auf dem Land passieren und Realität werden. Zu sehen was dort passiert, bewegt einen manchmal, und es schmerzt.

Felipe Arreaga Sánchez, Umweltorganisationen Campesinos Ecologistas/Mujeres Ecologistas

Unser Kampf ist klar und eindeutig, wir sind nicht hinter dem Geld her, sondern wir verteidigen unser Territorium, damit die Regierung uns hier weiter leben lässt, denn hier sind wir glücklich und zufrieden. Hoffentlich könnt ihr diese Information verbreiten, wo immer ihr auch hingehet. Der Kampf um La Parota gilt der Verteidigung des Grund und Bodens und des Wassers, und wir sind nicht daran interessiert, dass uns mehr gezahlt wird. Wir haben es wiederholt betont – der Grund und Boden steht nicht zum Verkauf. Und was nicht zum Verkauf steht, kann man nicht kaufen, es trägt kein Peso-Zeichen. Wenn Du mit Gewalt kaufen willst, wird Dir niemand etwas verkaufen.

José Venus Hernández Nicanor, Rat der Ejidos und Gemeinden in Opposition zu La Parota, cecop

Das Recht uns so zu respektieren wie wir sind, dass sie uns alle respektieren. Zum Beispiel haben die Senatoren und die Abgeordneten das Verfassungsrecht beschlossen. Dort heißt es, die Regierung darf niemanden angreifen, aber sie haben dieses Recht wiederholt verletzt. [...] Natürlich erkennen sie uns als Indigene an, aber sie wollen uns beiseite schaffen, verängstigen, sie wollen keine Organisationen. Denn das einzige Verbrechen das wir begehen ist, uns zu organisieren.

Obtilia Eugenio Manuel, Indigene Organisation der Me phaa , OPIM

